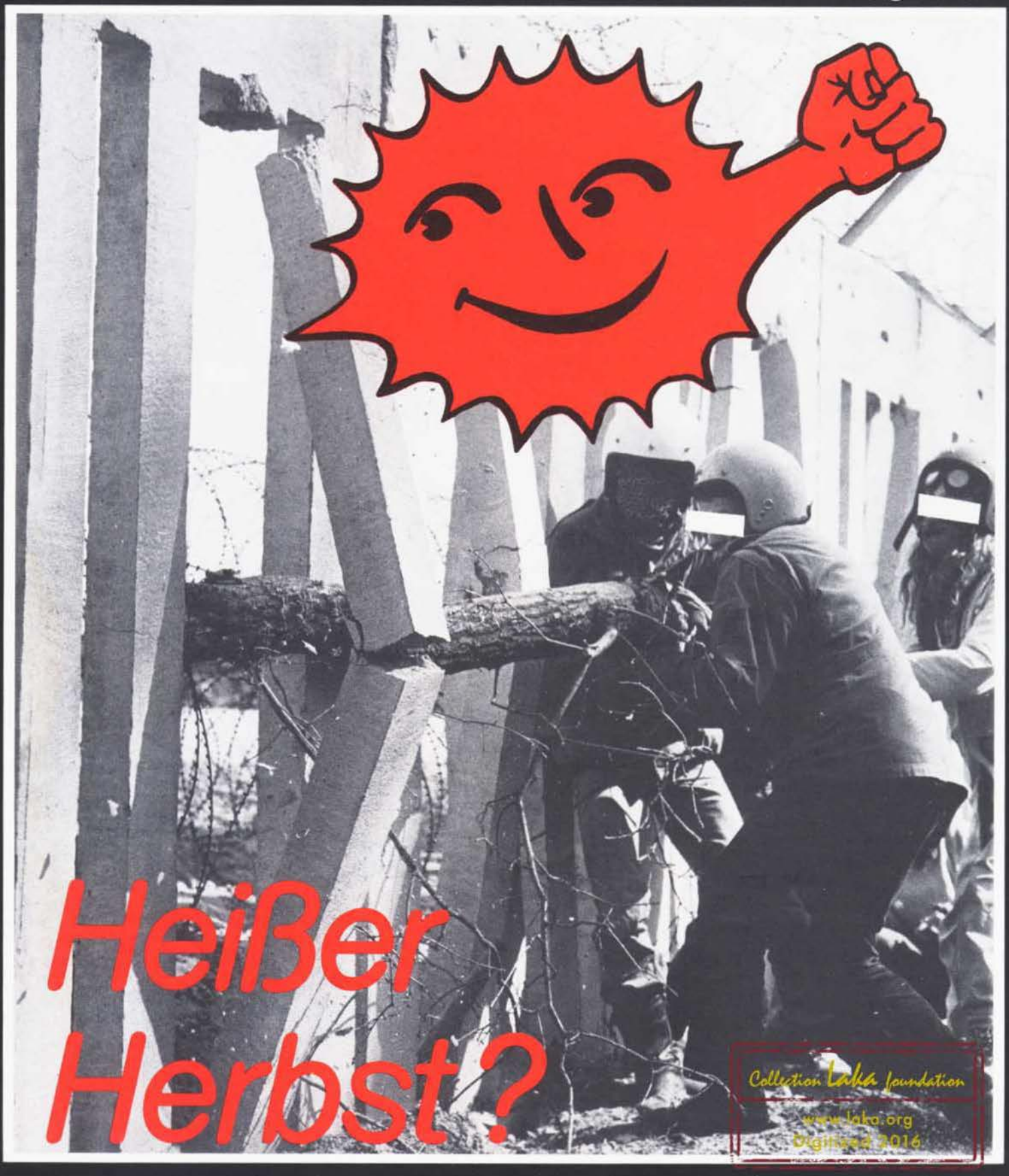
S 1934 F
Göttinger Arbeitskreis
gegen Atomenergie

Atom Express

Zeitung der Initiativen
gegen Atomenergie

DM 2,— Nr. 30 August 82



Heißer Herbst?

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Original und Richtigstellung

Alle viertel Jahre werden Göttingens Haushalte mit einer kostenlosen Zeitung des regionalen Stromlieferanten (EAM) überflutet: der EAM-Bote. Jahrelang hat es uns schon geärgert,was dort dem Leser unter dem Deckmäntelchen von Energiesparen geboten wird. Zusammengefaßt: Strom fürs **Kochen, Strom fürs Badezimmer, Strom fürs Heizen ... Strom über alles.**

Die Titelseite des EMA-Boten

Daß Elektrizität, zwar bequem in der häuslichen Anwendung , in bezug auf den Primärenergie-Einsatz die Energieform mit dem schlechtesten Wirkungsgrad ist und, bei aller Sauberkeit beim Verbrauch riesige Umweltproblem bei der Herstellung mit sich bringt, über all das wird dort geschwiegen. Das Hauptthema der letzten Nummer dieses Strom-Verbrauchs-Werbeblättchens, die Elektrische Wärmepumpe als Heizungsknüller der Zukunft, hat uns dann endlich dazu gebracht, dem eine Gegeninformation entgegenzustellen. Das Ergebnis nach langer- zeitweise schleppender Arbeit:... der EMA-Bote statt EAM-Bote . Wir wollen damit möglichst die gleiche Leserschicht erreichen, die sonst die Lobgesänge des EAM-Boten über den Strom lesen.

Gedruckt in einer Auflage von 20.000 Exemplaren wanderte dieses Exemplar auch in die Briefkästen Göttinger Bürger, nahm also den selben Weg wie das Original. Bei der Verteilaktion kam uns der Göttinger Kunstmarkt gelegen. Dort haben wir die 20.000

EMA-Boten zu einem über zwei Meter großen Turm aufgestapelt und die vorbeigehenden Leute mit Stelltafeln aufgefordert,den EMA-Boten in ihren jeweiligen Wohngegenden zu verteilen. Um Doppelverteilungen zu verhindern, hat sich jeder , der verteilen wollte, in einen Stadtplan eingetragen.

Wie uns eine Erstresonanz zeigt, hat diese Verteilaktion gut geklappt. Da wir diese Aktion für eine gute Sache halten, um mit der **Informationsarbeit aus der sog. „Szene" herauszukommen, und die Leute ein bißchen** mehr zu erreichen,die mangels leicht zugänglichem Angebot an Gegninformation der verdummenden Werbung der Stromindustrie ausgeliefert sind , stellen wir unsere Aktion auf Anregung der Redaktion in dieser Form im Atomexpress vor-**zum Nachahmen!**

Wer im Versorgungsgebiet der EAM diese EMA-Aktion nachmachen will, kann sich an uns wenden und den EMA-Boten von uns bekommen.

Adresse:
Arbeitsgruppe Energiepolitik
AK gegen Atomenergie
Marienstrasse 1o
34oo Göttingen

Energiebroschüre aktuell

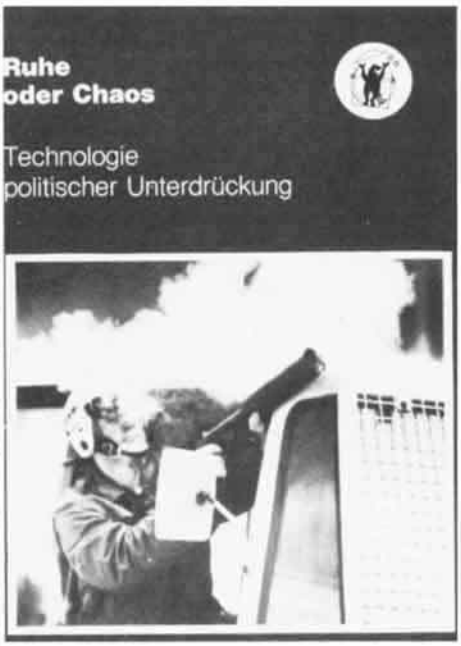
Manch einer glaubte schon, das Projekt wäre eingeschlafen, andere fürchteten um ihre gespendeten Gelder, aber bei aller bisher vergangenen Zeit dieses Projektes - Beschluß über Durchführung dieser Kampagne im November 80, erstes Redaktionstreffen Januar 81, Verschicken des ersten Entwurfes September 81 - können wir nun konkrete Angaben über Fertigstellung des Projektes angeben.

Wie bereits aus ATOM EXPRESS, TAZ o.ä. bekannt, hat es politische Kontroversen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung um den Inhalt der Broschüre gegeben. Nach monatelangen harten Diskussionen wurde letztlich parallel ein Entwurf der Mehrheit der alten Redaktionsgruppe und ein Entwurf von alten Redaktionsmitgliedern mit Teilen verschiedener Bremer Anti-AKW-Initiativen entworfen. Bei der Diskussion um beide Entwürfe konnten die vorhandenen inhaltlichen Differenzen nicht gelöst werden, so daß nun leider die gesamte Anti-AKW-Bewegung entscheiden muß, welchen Inhalt, welche Zielsetzung dieses Projekt nehmen soll.

Beide Redaktionsgruppen haben jeweils eigene, vollständige Entwürfe erarbeitet. Beide Gruppen bemühen sich um Texter und Grafiker. **Bis zum 10./11. Juli müssen diese Arbeiten erledigt sein. Dann werden beide Gruppen sich treffen, um das bundesweite** Arbeitstreffen am 21/22. August in Kassel vorzubereiten. Dort wird über beide Entwürfe diskutiert, beschlossen und die weitere Kampagne festgelegt. Drucktermin wäre demnach ca. Oktober 82.

Wichtig ist vor allem zahlreiches Erscheinen und gute Vorbereitung. Wir würden uns freuen, wenn es zu ähnlich breiten Diskussionen kommt wie um die erste Broschüre. Ihr könnt euch ab 11. Juli die fertigen Texte der beiden Redaktionsgruppen gegen Vorauskasse bei der BBA, St. Pauli Str. 10/11, 28 Bremen, 0421-700144 bestellen und euch dort, oder ab gleichem Zeitpunkt bei der BI-Kassel, Elfbuchenstr. 18, 35 Kassel, 0561-75307, für das Arbeitstreffen anmelden.

Neues Buch



Der zweite Gesundheitstag fand im Oktober 1981 in Hamburg statt. Über zehntausend Menschen nahmen an den knapp 600 Seminaren, Referaten, Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen teil. Eine der Themenreihen hieß *Medizin auf der Straße* und beschäftigte sich mit der Ersten-Hilfe bei Demonstrationen, der medizinischen Versorgung in besetzten Häusern und den körperlichen Auswirkungen von Polizeiwaffen.

Im Anschluß daran beschlossen die Referenten dieser Veranstaltungen, die medizinischen, technischen und politischen Aspekte zum Thema Polizeiwaffen und Polizeientwicklung zu dokumentieren und Fachleute zu bitten, Beiträge zu ihrem jeweiligen Gebiet zu schreiben. Es gelang, Autoren und Autorengruppen für die Mitarbeit zu gewinnen, die sonst kaum etwas miteinander zu tun haben. Die Texte wurden untereinander ausgetauscht, mit Anmerkungen versehen, benörgelt und schließlich gebilligt. Die politischen Aussagen der Beiträge wurden als Diuskussionsanregung verstanden — es ging um die Sache und nicht um ein gemeinsames Programm.

Eine Reihe Fotografen und Agenturen stellten Bildmaterial zur Verfügung, das z. T. in *RUHE ODER CHAOS* erstmalig veröffentlicht wird. So entstand ein Reader, in dem von verschiedenen Seiten die Aufrüstung der bundesdeutschen Polizei beleuchtet wird und in dem insbesondere auf die jüngsten Beschlüsse der Innenminister zur Einführung des Kampfstoffes CS eingegangen wird. Beiträge aus den Niederlanden und der Schweiz sowie über das Testfeld für Polizeiwaffen Nordirland gehen auf die aktuellen Auseinandersetzungen in diesen europäischen Nachbarländern ein. *RUHE ODER CHAOS* ist für diejenigen geschrieben, die jetzt oder in absehbarer Zeit in den „Einflußbereich polizeilicher Maßnahmen" geraten: bei Hausbesetzungen, Demonstrationen gegen die Umweltzerstörung, antifaschistischen Protestaktionen oder bei Blockaden von Atomwaffenlagern bzw. Raketentransporten.

Der Preis des Buches beträgt 7.50 DM. Für BI's, linke Buchläden usw. gibt's natürlich Rabatt.
Bezugsadressen:
BUU Hamburg
Bartelstr. 26
2OOO Hamburg 6

Göttinger AK gegen Atomenergie
Postfach 45
34 Göttingen

In eigener Sache

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich der Atom Express von seinen Freunden, Abonnenten, Anhängern und Lesern – für die Sommerferien.
Wann die nächste Nummer erscheint, ist noch unklar; vermutlich jedoch erst Anfang Oktober, kurz nach der Kalkar-Demo. Allerdings gibt es auch Informationen, nach denen sich neulich ein kleiner Kreis von Daheimbleibenden beim Bier getroffen und Pläne für eine Sommer-Sonder-Ausgabe geschmiedet hat.
Mal sehen.
Die meisten von uns haben in den nächsten Wochen aber anderes vor: Kirsten z.B. will mit dem Rad durch die Lüneburger Heide, Uli – falls das auch interessiert – ist schon weg, ohne die Abo-Kartei ordnungsgemäß übergeben zu haben, Bernd fährt mit Frau und Kind nach Dänemark, Enno muß Geld verdienen, um seine neue Luxus-Wohnung auch bezahlen zu können, wieder andere machen ganz was anderes ...
Spätestens im September sind wir jedoch alle wieder da; dann nämlich haben wir für eine Woche zusammen ein Haus in Pisselberg bei Gorleben gemietet. Dort wollen wir es uns gemütlich machen und über die Zukunft des Atom Express reden – Konzeptdiskussion, könnte man auch sagen.
Einigen ist nämlich aufgefallen, daß in der „Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie" zunehmend mehr über allgemein-ökologische oder friedensbewegte Themen zu lesen steht, daß eine inhaltliche Öffnung stattgefunden hat sozusagen ...
Andere bedauern, daß z.B. über Energiepolitik oder Alternativ-Energien kaum mehr was zu finden ist ... kurzum: zu besprechen gibt's genug!
Für ein paar Tage kriegen wir in Pisselberg dann noch Besuch von unseren Freunden von der Atommüll Zeitung (bekannt und beliebt aus der Atom Express-Werbung). Während dieses Treffens sollen Fragen der Zusammenarbeit und der friedlichen Koexistenz zwischen beiden Blättern erörtern werden, um zukünftig noch gezielter Schläge gegen Atomprogramm und -mafia austeilen zu können.
Beiträge, Thesenpapiere, Kritiken zu diesen Themen bitte an unsere Adresse!
So; nun erholt euch gut in den Ferien bei Sonne, Gesang und Atom Express-Lektüre und vor allem: kommt gestärkt zurück, denn im Herbst geht's an – gegen das Atomprogramm!

Die Redaktionsgruppe

SCHLUSS MIT DEM ISRAELISCHEN TERROR GEGEN PLO UND LIBANON !!!

ACHTUNG: NEUES KONTO !!!

Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik
Marienstr.10 - 34 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308

INHALT

Herbstoffensive gegen das Atomprogramm 5

Rheinland-Pfalz
Der Widerstand wächst 6

Kalkar
Großdemonstration am 2.Oktober 7
Diskussionsbeitrag aus Essen 9

Gorleben
Tanz auf dem Vulkan 11
„Auf zum Richtfest..." 12

Hessen
Vor der Standortbenennung: Frankenberg macht's! 13

Auf der Suche nach dem Widerstand 14
Eindrücke aus WAAngershausen 17
Bundesweites WAA-Treffen 18

Aktuelle Nachträge 20

Trockenlager in Würgassen 21

Brokdorf-Prozesse
Gebt Markus und Michael heraus! 22
Das Plädoyer des Staatsanwaltes 23
Im Namen des Volkes: Das Urteil 24
Ein Fanal für uns! 26
Briefe von Markus und Michael 27
Leserbriefe 28
Aktionen nach dem Urteil 29
Weitere Verfahren 30

Atomkraftwerke gegen sterbende Wälder? 32

Sauberer Regen nicht ohne AKWs? 35

Lingen
Ein Freizeitsee für's Volk, ein Speichersee für's AKW 38

Bonn 10.6. / Berlin 11.6.
500.000 gegen Reagan und NATO 39
Sind die Raketen noch zu verhindern? 40
Bonn-Demo: Fortschritt oder Katastrophe? 42
Anti-NATO-Woche 46

Cattenom
Der Kampf ist schwer... ...doch er geht weiter! 48

Impressum

Der **Atom Express** erscheint zweimonatlich und wird herausgegeben vom **'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik'**.
Marienstraße 10
34 GÖTTINGEN

Anschrift der Redaktion.
Atom Express
Postfach 45
34 Göttingen
Tel. 0551/7700158

Der **Atom Express** kostet 2.- DM.

Ein **Abonnement** kostet 15,- für sechs Ausgaben incl. Porto, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren je 1,30.

Druck: Steidl, Düstere Straße, 34 Göttingen

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Bernd, Enno, Jan, Jürgen, Kirsten, Kristin, Lutz, Ulla, Uli (Abos/Abrechnung), Ulrike und Wilhelm.

V.I.S.d.P.:
Enno Brand, Wilhelm Bethlehem, Kirsten Hellwig, Reimar Paul, Bernd Weidmann.

VERMISCHTES

Anzeigen im Atom Express??!!

In den sieben, acht Wochen zwischen zwei AtomExpress-Nummern bekommen wir durchschnittlich etwa 50 Briefe, in denen wir um den Abdruck von beiliegenden Anzeigen, um die Besprechung von mitgeschickten Broschüren, Büchern, Schallplatten usw., um die Werbung für Ausstellungen oder Alternativ-Projekten gebeten werden.
Wer den AtomExpress halbwegs aufmerksam liest,wird feststellen, daß auf den Anzeigeseiten jedoch viel weniger „Reklame" ist.
Wir haben bisher das Prinzip verfolgt, uns nicht von Anzeigen finanziell abhängig zu machen, d.h., wir nehmen grundsätzlich kein Geld dafür. An dieses Prinzip wollen wir uns auch in Zukunft halten. Was sind also die Kriterien für unsere Anzeigenauswahl?
1. Für Publikationen von Bürgerinitiativen aus dem Anti-AKW-Bereich machen wir grundsätzlich Werbung. Wenn eine BI eine Broschüre z.B. zu „ihrem" Standort-AKW macht und uns um Abdruck einer Anzeige für diese Broschüre bittet, so geht das in der Regel klar.
2. Publikationen von größeren Verlagen, bzw. finanzkräftigeren Organisationen wie z.B. Parteien haben die Chance, im AtomExpress angezeigt oder besprochen zu werden, wenn jemand (oder mehrere) von uns das entsprechende Buch etc. gelesen hat und eine Werbung dafür richtig und wichtig findet. Dies können gegebenfalls auch Schriftstücke sein, die nichts oder nur am Rande mit der „Friedlichen Nutzung der Kernenergie" zu tun haben, sondern z.B. mit allgemeinökologischen Problemen, Friedens- und 3.Welt-Fragen usw. Eine „Grauzone" bilden hier die mit uns befreundeten oder sonstwie verwobenen Projekte - z.B. der Göttinger Gegenwind Verlag, der Göttinger Werkstatt-Verlag, die Gesellschaft für bedrohte Völker u.a.-, an deren Produkte (Aufkleber, Zeitungen, Kalender...) wir nicht so „strenge" Maßstäbe anlegen, zumal diese Produkte zum Teil mit unserem eigenen Büchertisch-Angebot identisch sind.
3: Alle Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen, die sich selbst und die wir als „links" begreifen, können auf der Basis eines Anzeigentausches im AtomExpress inserieren. Wenn etwa „pardon" oder „Päd Extra" eine Anzeige bei uns unterbringen wollen,so geht das meistens nur, wenn sie uns auch entsprechenden Platz für AtomExpress-Werbung einräumen. Eine Ausnahme bilden die Zeitungen politischer Organisationen; hier entscheiden wir von Fall zu Fall.
4. Ab und zu rutscht auch mal eine Anzeige mit rein, die eigentlich nicht unbedingt rein sollte. Wenn z.B. auf einer Seite noch Platz ist und sich absolut keine Kurzmeldung mehr findet, oder wenn irgendjemand von uns es irgendweichen Leuten am Telefon ganz fest versprochen hat...
So, wir hoffen, daß jetzt alles klar ist.

Die Redaktion

Kleiner Nachtrag

Die „Straßenkämpfe" in Warburg (siehe AE 27) hatten noch ein trauriges Nachspiel: Der BI'ler aus S. war im Verlauf einer Rangelei mit der Polizei während einer Demo vorübergehend festgenommen worden. Die anschließende Anklage lautete: Landfriedensbruch, Widerstand und Sachbeschädigung. Die Gerichtsverhandlung erfolgte ohne Anhörung des Angeklagten. Das Revisionsurteil (wieso Revisionsurteil? D.S.) des Amtsgerichtes Warburg ging „nur noch" auf die Sachbeschädigung ein (eine beschädigte Autotür) und setzte 30 Tagessätze - ca. 260.- DM - fest.

Neue WAA-Dokumentation

Einen Überblick über den bisherigen Kampf gegen die geplante WAA **Wangershausen** (Hessen) gibt eine neue Dokumentation. Dargestellt wird der Widerstand in erster Linie aus der Sicht der Winterberger Bevölkerung (Winterberg ist ein kleiner Ort ca. 16 km vom „Standort" entfernt) und der dort arbeitenden Bürgerinitiative (BUWI). Der Vorteil dieser Beschränkung auf Winterberg liegt darin, daß Bürgerwiderstand hier sehr detailliert dargestellt werden konnte; ein Nachteil, daß der Widerstand des nordhessischen Raumes weitgehend rausfällt.
Die Broschüre hat 56 Seiten und kann einzeln gegen Voreinsendung von 5.- in Briefmarken bestellt werden. Bei Abnahme von mind. 10 Expl. 2.- + Porto.
Konto der BUWI: 61501649, Sparkasse Hochsauerland, BLZ 41651770
Bestelladresse:
BUWI c/o Klaus Becker
Auf der Wallme 49
5788 Winterberg 1

Einladung zum Vorbereitungstreffen für eine Bundeskonferenz

Liebe Freunde,
Sinn und Zweck einer solchen BuKo ist es, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Bewegung kennenzulernen, zu diskutieren und zu koordinieren. Denn den Widerstand gegen Atomanlagen jeglicher Art leisten zwar hauptsächlich die Gruppen vor Ort, jedoch hat sich gezeigt, daß der Erfahrungsaustausch der verschiedenen Gruppen über verschiedene Widerstandsformen sehr wichtig ist. Bundesweit zu diskutieren und zu analysieren sind auch die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe der verstärkten Aktivitäten der Atommafia und deren politischen Helefershelfern in letzter Zeit. Auch die skandalösen Urteile im Brokdorf-Prozeß gehen uns alle an. Informationen von Prozessen gegen Atomananlagen und vieles andere mehr sollten nicht vergessen werden.
Für den Herbst 1982 sind auch noch einige bundesweite Aktionen geplant (Kalkar, Gorleben, WAA usw.).
Um eine solche Bundeskonferenz (Termin evtl. Anfang September) zu organisieren und inhaltlich vorzubereiten, schlagen wir ein VORBEREITUNGSTREFFEN vor.

Termin: 10. und 11. Juli 1982 in Darmstadt.

Es wäre gut, wenn von möglichst vielen Gruppen Vertreter (vielleicht auch Vertreterinnen d.S.) kommen könnten. Es sollte sich auf diesem Treffen u.a. ein Ausschuß bilden, der die Buko im einzelnen vorbereiten soll (überlegt euch auch schon mal, wo die Buko stattfinden könnte). (Vielleicht gar in Darmstadt?? d.S.)

Gorleben,

Rheinland-Pfalz,

Hessen,

Kalkar ...

Herbstaktionen gegen Atomanlagen

Die Auseinandersetzungen um die Atomenergie werden sich im Herbst wieder verschärfen. Nach Monaten „relativer" Ruhe – einer Ruhe, die immerhin gestört wurde durch 50.000 Menschen in Wyhl, durch 10.000e in der Oberpfalz und in Hessen, durch 1.000e in Rheinland-Pfalz, durch eine Reihe von direkten Aktionen in Gorleben, durch Sabotage und Brandanschläge rund um Brokdorf ... – wird es wieder bundesweite Demonstrationen und Aktionen geben.
Besonders die Schwachstellen des westdeutschen Atomprogramms, Schneller Brüter, Wiederaufbereitungsanlage, Zwischen- und Endlager, hat sich die Anti-AKW-bewegung zu Zielen gewählt.
Nachfolgend zunächst ein Überblick über die bislang bekannten Aktionen. Im Anschluß daran könnt Ihr Berichte von den entsprechenden Standorten lesen, wobei wir dieses Mal den Schwerpunkt auf Kalkar und Hessen gelegt haben. Schließlich dann eine Art von zusammenfassendem Kommentar aus den Chefredaktionsetagen des Atom Express, der die ganzen Geschehnisse vorausschauend und rückblickend zugleich zu analysieren versucht.
AUF GEHT'S !!!

FÜR EINEN HEISSEN ANTI–AKW–HERBST !!

HESSEN
–Demonstration in Frankenberg (und Merenberg?) nach der Standortbenennung am 20. Juli.
–Landesweite Demonstration in Wiesbaden gegen alle Umweltsauereien in Wiesbaden am 19. September.

SCHWANDORF/BAYERN
–Rockfestival unter dem Motto „Keine WAA in der Oberpfalz" am 7. und 8. August.
–Großdemonstration in Regensburg bei Bekanntgabe des Schlußtermins für die Stellingnahmen im Raumordnungsverfahren.

GORLEBEN
–„3 Tage Tanz auf dem Vulkan" vom 3.-5. September und Großdemonstration zum Zwischenlagergelände am 4.9.

RHEINLAND-PFALZ
–Großdemonstration in Kaisersesch am 4. September.
–Landesweite Demo in Cochem, sobald die DWK offiziell ihren WAA-Antrag stellt.

KALKAR
– Internationale Demonstration am 2.Oktober

SCHACHT KONRAD
– Großdemonstration am 30.Oktober

WAA Pläne Rheinland-Pfalz

Der Widerstand wächst

Als die DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH) am 13.3.82 die Orte Hambuch und Illerich bei Kaisersesch (im letzten Atom Express haben wir versehendlich des öftern Kaiseresch geschrieben) als möglichen Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage nannte, ging sie und die Landesregierung wohl davon aus, daß in der Eifel kein großer Widerstand zu erwarten sei.

Aber da haben sich die Herren sehr getäuscht.

Innerhalb kürzester Zeit gelang es, die Bevölkerung über die Risiken und Gefahren einer WAA umfassend zu informieren, und auch die Vertreter der Landesregierung taten einiges dazu – natürlich unbeabsichtigt – um die Leute davon zu überzeugen, daß eine WAA in Hambuch/Illerich und natürlich auch anderswo verhindert werden muß.

Dankenswerterweise hatte die DWK den Standort eine Woche vor dem Pro-Contra-WAA-Anhörungsverfahren im Mainzer Landtag bekannt gegeben, das von der mutigen Regierung im 3.Fernsehprogramm übertragen wurde. So hatten viele aufgeschreckte Bürger gleich die Gelegenheit, sich über die Gefährlichkeit einer WAA zu informieren.

Bei der Demonstration anläßlich des Anhörungsverfahrens machten etwa 1.700 Menschen deutlich, daß sie sich nicht auf die Landesregierung verlassen wollen. Daß dies richtig und die Anhörung eine Farce war, zeigte sich schon nach wenigen Tagen: Für die F.D.P. und die CDU hatte sie „nichts Neues gebracht".

Kurz daraus boten Vertreter der Landesregierung Hand in Hand mit den Betreibern auf zwei Veranstaltungen ein solch schwaches Bild, daß auch dem letzten Zweifler die möglichen Folgen des Baues einer solchen Anlage bewußt wurden.

Bürgerinitiativen schossen wie Pilze aus dem Boden, verschwanden aber nicht wieder so schnell wie diese.

Gemeinderäte verabschiedeten Resolutionen gegen den Bau einer WAA.

Auf einer öffentlichen Kreistagssitzung am 27.3.82 in Kaisersesch konnten auch Anwesenheit und Ausführungen von DWK-Chef Scheuten und Wirtschaftsminister Holkenbrink nicht verhindern, daß sich der Kreistag Cochem-Zell gegen die WAA aussprach und dann am 25.5. einen entsprechenden Beschluß fasste.

Die DWK versuchte ihrerseits, die Bevölkerung in sogenannten „Info"-Bussen für ihre zerstörerischen Pläne zu gewinnen, was ihr aber gründlich mißlang. In einer Vielzahl von Aktionen brachten die Bewohner der „informierten" Orte ihr (Liebes)verhältnis zur DWK zum Ausdruck – jeder Ort versuchte den anderen zu übertreffen.

Waren es in Hambuch schwarze Totenkopffahnen, mit denen das Dorf „geschmückt" war, so hatten die DWK'ler in Illerich Schwierigkeiten, sich so schnell an den Duft von Kuhmist und Traktorabgasen zu gewöhnen.

In Landkern gar waren soviel Leute zur Begrüßung erschienen, daß sich die Atom-Leute zunächst gar nicht unter die vielen fremden Menschen trauten und in aller Bescheidenheit schnell wieder abreisten.

Foto: Mittlerweile hat sich auch Wirtschaftsminister Holkenbrink auf die Seite der Atomenergiegegner geschlagen. Hier sehen wir ihn (Pfeil), wie er die Gelegenheit nutzt, nach einer Brückeneinweihung in Cochem eine Demonstration gegen die WAA-Pläne anzuführen.

Bisheriger Höhepunkt des Widerstandes war die Sternwanderung zum geplanten Baugelände am 16.5., an der rund 8.000 Menschen – vorwiegend aus der Region – teilnahmen. In mehreren Redebeiträgen wurde auf die Gefahren einer solchen Anlage hingewiesen. Auch bei einem Gottesdienst kam die Verpflichtung eines jeden Christen zum Ausdruck, jedwede Zerstörung der Schöpfung zu verhindern.

Bürgermeister Esper aus Landkern berichtete vom Besuch der Kommunal- und Regierungspolitiker in der französischen WAA am Cap de la Hague. Dieser Besuch habe ihn noch mehr von der Notwendigkeit des Widerstandes überzeugt. Man müsse davon ausgehn, daß die WAA ständig ausgebaut werde und weitere Atomprojekte folgen würden, wenn die DWK erst einmal in dieser Region Fuß gefaßt habe.

Die Sternwanderung blieb kein einsamer Höhepunkt. Mittlerweile haben sich die mehr als 25 BIs der Region sowie aus Koblenz, Neuwied, Wittlich und Trier zu einer regionalen Koordination zusammengeschlossen, um den Widerstand gemeinsam zu gestalten und abzusprechen.

Die Landesregierung bzw. die Landtagsfraktion der CDU sucht jetzt den Dialog mit den Bürgern. So sollte am 17.Juni ein Gespräch zwischen fünf BI-Vertretern und der CDU-Fraktionsspitze in Illerich stattfinden.

Die BIs waren aber der Meinung, man solle keine Geheimgespräche „unter vier Augen" führen, sondern öffentlich mit den Politikern diskutieren.

So begrüßten montagsmorgens um 9 Uhr 300 Bürger den sichtlich überraschten Fraktionschef Wilhelm mit Transparenten und Parolen. Nach einigem Zögern und sichtlich verärgert mußte Wilhelm den Forderungen der BIs nach öffentlicher Diskussion nachgeben.

Nachdem einige BI-Vertreter den Standpunkt der Gegner dargelegt hatten, boten die CDU-Politiker wieder mal ein schwaches Bild. Nach den üblichen Phrasen wie:„Die Frage des Standortes ist vollkommen offen" oder „Wir werden objektiv und unabhängig prüfen" kam Wilhelm zum Höhepunkt seiner Ausführungen „Die Welt hat sich für Kernenergie entschieden!"

Beim anschließenden Besuch des geplanten Baugeländes wurde den Politikern von einigen Bäuerinnen und Bauern klipp und klar gesagt, was man von ihnen denke und daß der Bau einer WAA hier und anderswo verhindert werden müsse.

Die DWK versucht nach ihren anfänglichen Mißerfolgen jetzt in weiter entfernten Ortschaften Desinformationsarbeit zu leisten, wahrscheinlich in der Absicht, die unmittelbar Betroffenen und sich wehrenden Menschen in der Region zu isolieren.

Aber das wird ihnen nicht gelingen.

Daß die Atomindustrie nicht allein die Eifel bedroht und daß eine bundesweite Zusammenarbeit erforderlich ist, ist mittlerweile in den BIs klar geworden. **Selbstverständlich werde man sich an dem bundesweiten Aktionstag gegen die Atommüllpläne von DWK und Regierung im September beteiligen – so die Auffassung auf der letzten regionalen Koordination.**

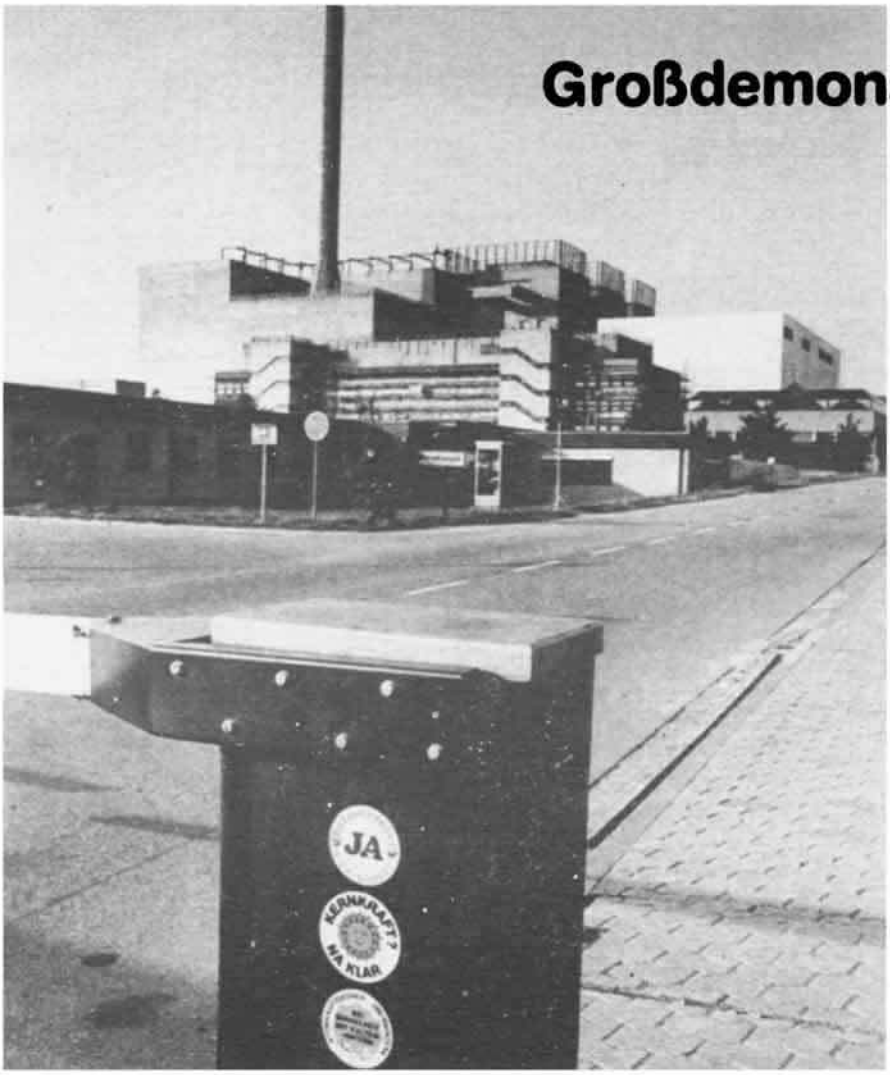
An diesem Tag im September (achtet auf Terminbekanntgabe) sollen in den WAA-bedrohten Gebieten

Gorleben/Niedersachsen
Schwandorf/Bayern
Merenberg und Frankenberg/Hessen
Hambuch/Illerich/Rheinland-Pfalz

zentrale Demonstrationen stattfinden.

Ferner wird jetzt schon eine landesweite Demo vorbereitet für den Fall, daß die DWK offiziell den Antrag für die WAA Hambuch/Illerich stellt.
Wird der Antrag vor Dienstag gestellt, wird am unmittelbar folgenden Samstag demonstriert; wird er nach Dienstag gestellt, am Samstag der darauffolgenden Woche. Diese Demonstration wird um 14 Uhr in Cochem stattfinden!!

Großdemonstration in Kalkar



»Die erste Teilabriß-genehmigung erteilen wir am 2.10.!«

Auf Einladung des Göttinger AK gegen Atomenergie, der BI Stop Kalkar und des BBU trafen sich am 19./20. Mai in Kleve AKW-Gegner aus ca. 50 westdeutschen, niederländischen und belgischen BI's zu einem Kalkar-Arbeitstreffen. Anwesend waren auch atomkritische Wissenschaftler, z.T. aus der Bundestags-Enquete-Kommission sowie die Abgeordneten Gaertner (FDP) und Catenhusen (SPD). Die wichtigsten Ergebnisse:

1. Die Öffentlichkeitsarbeit gegen den Schnellen Brüter muß wiederaufgenommen, bzw. verstärkt werden. Neben den „bekannten" Argumenten (Baukosten, Rohstoffprobleme, Unsicherheit usw; siehe u.a. Artikel im letzten AE) sollen vor allem die Themenkomplexe „Wirtschaftlichkeit" und „Arbeitsplätze" herausgestellt werden. Vorbereitet wird ein vierseitiges Massenflugblatt in Millionenauflage, das die gesamte Palette der Argumente gegen den Brüter zusammenfaßt.
2. Mitglieder der BI Stop Kalkar sowie des BBU haben einen Fragenkatalog erarbeitet, mit dem im Vorfeld der Bundestagsentscheidung über den Brüter kritsche Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden kann. Nach dem Muster einer bereits in der Stadthalle Kleve durchgeführten Bürgerversammlung mit den für Kalkar zuständigen „Volksvertretern" sollen auch in anderen Städten Veranstaltungen mit kritischen Wissenschaftlern, Vertretern von BI's und Bundestagsabgeordneten stattfinden.

Der Fragenkatalog ist zum Preis von 20 Pf pro Stück – ab 100 Expl. 10 Pf – erhältlich bei:
BBU, Heilbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248.

3. Die BI Stop Kalkar und der Landesverband NRW der Grünen haben einen Stromgeldteilzahlungsboykott initiiert, um den seit Januar vom RWE über die Strompreise erhobenen Brüter-Anteil zu verweigern. Diese Aktion „Kalkargroschen – Ohne uns" wird zunächst nur im RWE-Einzugsbereich durchgeführt. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß demnächst auch andere EVU's öffentlich eine Finanzierung des Brüters über die Strompreise zugeben.
4. Am 2. Oktober – fast auf den Tag genau 5 Jahre nach der Kalkar-Demo 1977 – soll, unter Beteiligung auch der belgischen und niederländischen Anti-AKW-Bewegung, eine **Großaktion am Brüter stattfinden. Für die Diskussion über Aufruf, Charakter und Ablauf dieser Demonstration wurde ein weiteres** Treffen vereinbart (Bericht weiter unten).

Grundlage dieser praktischen Beschlüsse war die vorausgegangene Diskussion über im wesentlichen drei Themnkomplexe: Die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" (EKKE), die Einschätzung der Brüterdiskussion im Bundestag sowie Stand der Verfahren gegen den Schnellen Brüter.

Die Arbeit der Enquete-Kommission

Die auf dem Treffen anwesenden Kommissionsmitglieder Altner und v. Ehrenstein versuchten zunächst eine Einschätzung der EKKE aus ihrer Sicht.

Zur Erinnerung: Die Kommission wurde zur politischen Entscheidungshilfe des Parlaments eingesetzt. Sie besteht aus 16 Personen – 9 Abgeordneten und 7 Wissenschaftlern. Die Brütergegner sind eindeutig in der Minderheit. Die EKKE soll dem Bundestag bei seiner Entscheidung beraten, welcher zukünftige energiepolitische Weg eingeschlagen werden soll. Im ersten Teil ihrer Arbeit, d.h. bis zu den Bundestagswahlen 1980, hatte die Kommission vier „Pfade" dargestellt, die begangen werden könnten: Untersucht wurde, wieviel Primärenergie in welcher Zusammensetzung die BRD in 30, bzw. 50 Jahren benötigt. Ist Pfad 1 das eine Extrem mit einem sehr hohen Atomenergieanteil, so geht Pfad 4 als das sozusagen andere Extrem davon aus, daß es mit den heute bekannten Mitteln möglich ist, den Primärenergiebedarf zu senken und auf einen Ausbau der Atomkraft zu verzichten. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß **alle**Kommissionsmitglieder sich vor Beginn ihrer Arbeit auf den Kompromiß eingelassen haben, vom heutigen Stand der Energieversorgung einschließlich der laufenden AKWs auszugehen !

Der zweite Abschnitt in den Untersuchungen der EKKE kann mit einengten Fragestellung überschrieben werden: Ist ein Schneller Brüter gefährlicher als ein Leichtwasserreaktor? Zwei Studien, die als Grundlage für die Beantwortung dieser Frage dienen sollten, wurden vergeben. Eine an die Gesellschaft für Reaktorsicherheit; ein eingespieltes Team, gut bezuschußt und mit Vorleistungen bedacht, konnte die Arbeit sofort aufnehmen. Mit der anderen Studie wurde eine Kritikergruppe

unter der Leitung von Prof. Benecke beauftragt; durch Terminverzögerungen, unsichere Finanzierung und teilweise Verweigerung von Daten sowie dem Zutritt zur Baustelle schwer benachteiligt und behindert, konnte die Gruppe ihre Studie nicht termingerecht zum April fertigstellen. Erst auf öffentlichen Druck hin **und nach der Drohung von Studienmitarbeitern und der Kommissionsmitglieder Altner** und v. Ehrenstein, die Arbeit niederzulegen, wurde eine Terminverlängerung bis zum 5.9. gewährt und die nötigen Unterlagen herausgegeben. Die kritischen Mitglieder der EKKE erhoffen sich von dieser Studie hinreichende sicherheitsrelevante Argumente zur Ablehnung des Brüters.

Die Risikostudie der kritischen Wissenschaftler wird nach ihrer Beendigung einen ähnlich hohen Stellenwert haben wie der Zwischenbericht der EKKE mit den vier energiepolitischen Pfaden. Sie wird beweisen, daß es eine wissenschaftlich belegbare Position gegen die Atomenergie gibt und vor allem wissenschaftlich erhärtbare Bedenken gegen den Brüter. Es ist nach Altners Ansicht sehr hoch zu veranschlagen, wenn eine solche Studie **vorliegt, auf die sich die Bürgerinitiativ-Bewegung in der Öffentlichkeit beziehen kann. Es müsse versucht werden, sie durch starken öffentlichen Druck als Grundlage für die Bundestagsdebatte über den Brüter zu fordern.**

Bei der Überlegung für das grundsätzliche Vorgehen in der Kommissionsarbeit stellt sich für die Kritiker die Frage, ob sie sich auf eine klare Minderheitsposition der Ablehnung des Brüters festlegen sollen, oder ob sie diese Position durch Konzessionen abschwächen sollen, um eine oder zwei zusätzliche Stimmen zu gewinnen. Entscheidungshilfe sollen die Forderungen der BI's sein, die in der Diskussion auf klare Ablehnung des Brüters hinausliefen. Nach Altners Einschätzung ist eine Fortsetzung der kritischen wissenschaftlichen Arbeit in der EKKE sehr wichtig, so lange die Studie in Arbeit ist und solange Fragestellungen auf dem Spiel stehen, bei denen die Beteiligung der Kritiker Bedeutung hat.

Aus der Sicht der BI's gab es verschiedene Einschätzungen zur Bedeutung der Kommissionsarbeit. Negativ wurde bewertet, daß

- ein Risikovergleich zwischen Brüter und LWR eine zu sehr eingeschränkte Fragestellung ist, die letztendlich auch eine stark verkleinerte Argumentationsbasis gegen Kalkar zur Folge hat;
- anstelle einer breiten Diskussion in der Bevölkerung eine vorbereitende Entscheidung einem kleinen Kreis von Experten überlassen wird;
- die EKKE **insgesamt** eine „ergebnisvorprogrammierte Alibikommission" ist, die eine wissenschaftliche Rechtfertigung für die Inbetriebnahme des Brüters liefern soll.

Als positive Aspekte hoben BI-Vertreter hervor, daß

- abgesehen von der konkreten Brüterdiskussion **ein** Erfolg der EKKE schon jetzt zu verzeichnen ist: die Kommission wird mit großer Mehrheit die Empfehlung für die energiepolitischen Pfade 3 und 4 ihres Zwischenberichtes von 1980 aussprechen. Diese Empfehlung sollten die BI's für ihre Öffentlichkeitsarbeit offensiv ausnutzen;
- eine Diskussionshilfe und ein Entscheidungsspielraum für die uns wohlgesonnenen Politiker geschaffen wird;
- die Zusammenarbeit der Kritiker und die Formierung ihrer Meinung gefördert wird und daß
- Ansatzpunkte für eine verstärkte Sachdiskussion geliefert werden.

Baustelle des Super-Phénix-Brüters in Frankreich

Die vielen Schwachstellen des Brüters können in jeder öffentlichen Diskussion im Grunde nur Nachdenklichkeit provozieren und daher den Brütergegnern nutzen.

Als Folgerung für die praktische Arbeit der Brütergegner ergibt sich, daß durch vielfältige Aktionen und Aktivitäten der Brüter ständig in der öffentlichen Diskussion bleiben muß. Wichtig ist, die öffentliche Resonanz auf die zu erwartenden Ergebnisse zu nutzen, zu verstärken und zu versuchen, die öffentliche Meinung in unserem Sinne zu beeinflussen. Im Vorfeld der Erwartung der für uns günstigen, d.h. für den Brüter ungünstigen Ergebnisse der Risikostudie könnten mit den kritischen Mitgliedern der EKKE, bzw. deren Mitarbeitern, Veranstaltungen der BI's vor Ort, z.B. mit Befragungen von Bundestagsabgeordneten, durchgeführt werden.

Die Brüter-Diskussion im Bundestag

Bei der letzten Bundestagsabstimmung über Kalkar hatten sich 1978 lediglich sechs Abgeordnete, die sog. „Kalkar-Rebellen", ihrer Stimme enthalten.

Es muß davon ausgegangen werden, daß auch dieses Mal, also im Oktober, Fraktions- und Koalitionszwänge (welche auch immer, d.S.) die Entscheidung überschatten, und daß **es demzufolge nur sehr wenige Nein-Stimmen geben wird.**

Gaertner und Catenhusen wollen aber versuchen, ein ausschließlich taktisches Schein-Streitgespräch zu verhindern und auf eine Abstimmung „zur Sache" hinzuarbeiten; in vorbereitenden Gesprächen mit möglichst vielen ihrer Kollegen wollen sie die Forderung nach einer inhaltlichen Debatte breiter verankern. Hierfür ist nach Meinung der beiden notwendig, daß von den BI's, von Wissenschaftlern und den kritischen EKKE-Mitgliedern im Vorfeld der Oktoberdiskussion ein entsprechendes Klima geschaffen wird; sowohl durch Argumentationshilfen und fundierte wissenschaftliche Kritik in Form der Risikostudie als auch durch massiven politischen Druck in Form von Aktionen und Kampagnen. Der Ausgang der Bundestagsdebatte entscheidet für oder gegen die Inbetriebnahme des Brüters! Finanzielle Lücken könnten mehr Abgeordnete zur Ablehnung des Brüters bewegen als Sachargumente, obwohl viele Sachargumente gegen den Brüter sprechen, die z.T. sogar von Befürwortern der Leichtwasserreaktoren geteilt werden.

Nicht zu unterschätzen ist der psychologische Aspekt des Brüters als „Durchhaltemahnmal" für die Atomtechnologie überhaupt. **Er wird als Beweis gesehen für die bundesdeutsche Exportfähigkeit von Atomanlagen**, für die internationale Kooperation von EG-Staaten auf diesem Gebiet, vor allem aber eben für die Akzeptanz von Großtechnologie in der dichtbesiedelten BRD. Außerdem soll **ein Brüter-Genehmigungsverfahren erstmals durchgeführt werden, um dann sozusagen standarisiert werden zu können.**

Stand der Prozesse gegen Kalkar

Bei der juristischen Auseinandersetzung um den Schnellen Brüter müssen zwei Ebenen auseinandergehalten werden. Zum einen wird seit Jahren gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung geklagt; dieses Verfahren ist inzwischen in 2. Instanz vor dem OVG Münster anhängig. Der Termin für die Wiederaufnahme des Prozesses wird sicherlich bestimmt von der Vorlage und dem Ergebnis des Berichts der Enquete-Kommission, also voraussichtlich gegen Ende des Jahres sein. Zum anderen läuft ein Prozeß gegen die folgenden Teilerrichtungsgenehmigungen 2 - 5, die vor allem sicherheitsrelevant sind, vor dem VG in Düsseldorf an.
Das VG in Düsseldorf wird im Herbst das Verfahren eröffnen, in welchem Landwirt Josef Maas gegen den Brüter klagt. Er wird als unmittelbar betroffener Nachbar klageberechtigt sein.

Zwei Monate vor dieser Verhandlung wird der Termin bekanntgegeben. Eine möglichst breite Teilnahme und Öffentlichkeitsarbeit soll die Bedeutung des Prozesses unterstützen und den Richtern außerdem ein Bild vermitteln von der Stärke des Widerstandes gegen den Brüter. Darum helft bei der Vorbereitung und Werbung in der Öffentlichkeit und besucht den Termin möglichst zahlreich!

Kontaktadresse:
BI Stop Kalkar
Mittelweg 45
419 Kleve 1.

Prozeß-Konto:
Sparkasse Kleve
Konto Kalkar-Prozeß
Konto-Nr. 5104633
BLZ 324 500 00.

Das Kalkartreffen vom 19. Juni

Wie der zivile Ungehorsam in Kalkar ausgedrückt werden soll, darüber gibt es die schillerndsten Vorstellungen: Einige wollen so ziemlich alles anmalen, was sich anmalen läßt, Bauzaun, Straßen, Brücken. Andere wollten die Straße aufreißen, den Bauzaun knacken,Masten umsägen usw. Die leidige Gewaltfrage prägte die Diskussion.
Die Vorstellung, ob es Ausdruck des Rechts auf Widerstand ist, wenn eine Polizeisperre abgeräumt wird oder wenn man auf einen Container klettert, konnte wieder einmal nicht ausdiskutiert werden. Festgelegt wurde, daß mehrere BIs zum nächsten Treffen einen Aufrufentwurf vorlegen, in denen die politische Grundlage und organisatorische Durchführung näher bestimmt sind. Besonders auf die Punkte Ziviler Ungehorsam, Brokdorf-Gefangene, Plutonium/Atombomben und Ausplünderung durch Strompreise soll eingegangen werden. Die Argumente gegen den Brüter sollen in einem bundesweiten Flugblatt für alle Haushalte verteilt werden.
Auf dem nächsten Treffen sollen dann verschiedene Ausschüsse eingerichtet werden, wie Verkehrs-, Ermittlungs- und Sanitätsausschuß und die Demonstrationsleitung.
Dieses treffen findet am 11. Juli um zehn Uhr im Duisburger Eschhaus statt.

Wie einen Monat zuvor vereinbart (s.o.), trafen sich am 19. Juni ca. 80 Vertreter von Bürgerinitiativen im Duisburger Eschhaus, um einen Aufruf für die Großdemonstration am 2. Oktober zu verabschieden.
Zunächst wurde eine Vorlage der BI Stop Kalkar diskutiert. Danach sollte die Demo nicht den Charakter der Bonn-Demonstrationen haben. Das Recht auf Widerstand soll im Mittelpunkt stehen. Die Demo soll auch nicht als Appell an den Bundestag verstanden werden, der im Oktober über die Inbetriebnahme entscheiden will.
In der Diskussion wurden zwei Positionen deutlich: vor allem BBU-Vertreter wollten über den Massenprotest „den Spaltpilz in die Parlamente tragen" (jo Leinen). Die deutlichste Gegenposition bezog die Essener Initiative: „Wer den Brüter als Spitze des Atomprogramms verhindern will, muß mit diesem Staat brechen." In diesem Sinne verstehen sie die Demo als erste Teilabrißgenehmigung, die sich die Bewegung selbst erteilt.

W.K., BI Stop Kalkar

Da der Atom Express kurz vorher in Druck geht, können wir darüber leider nicht mehr berichten.

Diskussionsbeitrag aus Essen

Nachfolgend drucken wir Auszüge eines Diskussionspapiers der Essener Initiative gegen Atomanlagen ab. Besonders in der Frage des weiteren Widerstandes gegen Kalkar werden darin z.T. Positionen vertreten, die im Gegensatz zu den auf dem Treffen vom 19./20.5. diskutierten stehen.
Das Papier in seiner vollen Länge könnt ihr bei der Essener Initiative gegen Atomanlagen, Eltingstraße 35, 43 Essen 1 bestellen.

... Die Entwicklung der Schnell-Brüter-Technologie ist gekennzeichnet durch die enorme staatliche Finanzierung, besonders der BRD, sowohl auf der Ebene von Forschung und Entwicklung als auch beim Bau ... Die internationale Zusammenarbeit auf regierungs- und Forschungsebene und auf der Ebene der Zusammenarbeit von Industrie und Energieversorgungsunternehmen ist ein weiteres Merkmal dieser Technologieentwicklung.
... Auf diesem Hintergrund stellen wir uns die Frage, welche Interessen hinter der Entwicklung der Brütertechnologie stehen. Hierzu ein paar Zitate von der Gegenseite:

Handelsblatt, 20.1.82: „Bülow: ...Gleichzeitig bleiben die Chancen gewahrt, daß die BRD in der Verwirklichung großtechnischer Vorhaben ihren Spitzenplatz gegenüber der internationalen Konkurrenz halten kann..."

Atomwirtschaft: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Weiterbaus liegt für die BRD nicht zuletzt darin, daß bei einer Einstellung der Arbeiten auch die deutschen Industriefirmen ein Gebiet aufgeben müßten und nicht mehr in der Lage wären, später etwaige Lizenzen aus einem anderen Land zu nutzen ..."
Spiegel, Nr. 43/81: „Auch wenn im Ernstfall nur noch importierte Brütertechnologie verwendet würde, so die Häfele-Gefolgschaft, müsse die Nation demonstrieren können, die Brüter-Technik zu beherrschen. Sie müsse für den Umgang mit ihr 'creditable' sein."
Handelsblatt, 19.1.82: „BDI: Beide Systeme (SNR und HTR) seien aber auch erforderlich, wolle die BRD in der weltweiten technologischen Entwicklung nicht hoffnungslos zurückfallen."

Es geht also nicht um die Wirtschaftlichkeit des Kalkar-Brüters, sondern um die Exportfähigkeit der BRD-Wirtschaft. Der Brüter ist Demonstration technischen Fortschritts und technischen Know-Hows, um im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt Erfolgsaussichten zu haben. Das ist aber bei den finanziellen Dimensionen nur mit staatlicher Finanzierung zu bewerkstelligen. Im nationalen Rahmen sind aber allenfalls, in der BRD nicht mal dashoffentlich, Demonstrationsprototypen möglich. Die Kooperation europäischer Staaten ist perspektivisch die einzige Möglichkeit. Und im europäischen Konkurrenzkampf um „Kooperationsfähigkeit" liegt die BRD noch hinter Frankreich und Großbritannien. Aber erst in europäischer Kooperation ist es möglich, Marktanteile auf dem Weltmarkt zu sichern z.B. gegenüber den USA und Japan, die erst im April 81 ein Brüterabkommen über gemeinsame Forschungsarbeiten auf dem Brennstoffsektor für Schnelle Brutreaktoren abgeschlossen haben.
Die Bedeutung des Baus des Brüters ist also eine qualitativ andere, als die irgendeines Leichtwasserreaktors. Mit diesem Objekt steht und fällt die Möglichkeit der BRD in der Plutoniumswirtschaft ihre imperialistischen Interessen in Form von Export in Länder der 3. Welt aber auch ihre europäische Führungsrolle zu verwirklichen.
Das sind Dimensionen!!
Dafür mußte der Staat, d.h. von unserem Geld, schon ganz schön löhnen. Die Industrie hingegen bekommt zum langfristigen Ziel der

Exportfähigkeit gleich noch die kurzfristigen Profitinteressen erfüllt. Für sie bedeutet die Brütertechnologie bislang enorme Erkenntnisse in der Forschung ohne Kapitaleinsatz, die bezahlt der Staat. Für sie bedeutet das auch gesicherte Investitionsmöglichkeiten ohne Risiko, das trägt der Staat. Der Staat als Auftraggeber, der dann auch noch die Baukosten trägt und das Betriebsrisiko. Daneben können die Erbauer und Betreiberfirmen wie z.B. das RWE Aufträge an eigene Firmen oder Firmen mit hoher Eigenbeteiligung, wie in diesem Fall an die Hochtief-AG, erteilen. Das ist bei der Krise in der Bauindustrie erstens von Nöten, und zweitens werden bei den Konzentrationstendenzen die Marktanteile erhöht.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Auseinandersetzung um die Weiterführung des Schnellen Brüter-Projektes so dar:

Die Kosten für dieses Jahrhundertwerk technologischer Großprojektforschung belaufen sich mittlerweile auf offiziell 5,4 Mrd. Mark, in einer internen Brüterstudie werden Zahlen **bis zu 10 Mrd. Mark gehandelt. Diese Kostenexplosion und die Finanzkrise des Staates** führten zum drohenden Baustopp im September 81. Eine Finanzlücke von 1,1 Mrd. Mark war staatlich nicht mehr finanzierbar. Nun machte sich die Brüterlobby im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) auf, diese Lücke zu schließen. An vorderster Front Bundesminister Bülow (Staatssekretär Schmidt-Küsten gehört u.a. auch dazu, um mal ein paar Namen zu nennen), der in „zähen" Verhandlungen mit den EVU's die 1.1 Mrd. eintreiben wollte, was er auch geschafft hat. Die Zusagen des RWE (Vorstand Günter Klätte) und der NWK (Hermann Krämer) und der Preußen Elektra über 500 Mio. DM machten den Weiterbau bis Ende 81 möglich. Im Zuge der folgenden Verhandlungen konnten weitere Zusagen der übrigen Unternehmen erreicht werden. Die Industrie investiert natürlich nicht umsonst. Sie koppelt an die Finanzierung folgende Bedingungen:

1. Positive Entscheidung des Bundestages für den Brüter im Herbst 82.
2. Zusicherung der Betriebsgenehmigung.
3. Abwälzung der Kosten auf die Stromkunden.
4. Erleichterung der Genehmigungsverfahren für den Bau weiterer AKW's.
5. Anerkennung der Milliardenspende als Betriebskosten, wodurch 600 Mio. von öffentlichen Kassen getragen werden.

Diese Zusicherung der EVU's war Grundlage für die im Februar getroffene Entscheidung des Bundestages, die anstehenden Kosten für den Weiterbau von Februar bis Septem ber 82 zwischenzufinanzieren. Im Septem ber soll dann angeblich über den Weiterbau Kalkars entschieden werden.

Angeblich, denn die Akzeptierung der Bedingungen der EVU's kommt einer Entscheidung zum Weiterbau gleich, die im September anstehenden Beschlüsse sind längst gefallen.

Bei der vielgelobten „partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Wissenschaft, Industrie und Staat" (G.H. Scheuten) während der Entwicklung des Schnellen Brüters mit dem gemeinsamen imperialistischen Ziel der Exportfähigkeit, europäischen Vorherrschaft sowie der Aufrechterhaltung kapitalistischer Marktmechanismen sind Widersprüche im Verhältnis von Staat und Industrie aufgetreten. Der Staat ist real nicht mehr in der Lage, seine Rolle als alleiniger Finanzier weiter zu verfolgen, die Industrie soll im Interesse des gemeinsamen Ziels Kosten übernehmen. Mit der oben beschriebenen Entscheidung hat sich das Verhältnis jedoch kaum geändert. Der Staat finanziert, die Industrie kassiert. Die Tendenz zur höheren Beteiligung der Industrie ist jedoch nicht zu leugnen; die ist bislang noch minimal und wird über die Stromkunden abgewälzt. Das ist keine Erpressung, sondern ein Widerspruch. Außerdem waren diese Auseinandersetzungen günstig für die Legitimation vereinfachter Genehmigungsverfahren, die in den Bereich staatlicher Aufgaben fallen.

Dennoch, der Konflikt, der sich hier auftut, wird sich im Zuge der Weiterentwicklung und des Weiterbaus vom Schnellen Brüter, und nicht nur da, wiederholen, wobei sich das Verhältnis von Industrie und Staat noch vielen Prüfungen unterziehen muß (hihi).

... Zunächst sieht's ziemlich schlecht aus: Der Koloß ist fertig gebaut. Wie vorhin aufgezeigt, sehen wir uns nicht nur mächtigen Kapitalinteressen gegenüber, sondern einem nationalen und internationalen Konsortium politischer und wirtschaftlicher Interessen. Daß wir hier die Machtfrage stellen können, können wir weder uns selbst noch anderen erzählen. Aber dieser Machtblock bröckelt. Die Niederlande sind dabei, sich zurückzuziehen, und der Staat ist tendenziell nicht mehr in der Lage, dieses Projekt allein zu finanzieren. Diese Situation wird sich im Verlauf der nächsten fünf Baujahre eher verschlechtern als bessern (oder umgekehrt, ganz wie man's sieht; d.S.). Der Brüter wird erst in fünf oder mehr Jahren in Betrieb gehen. Wir haben also noch Zeit, die Gegenseite nicht, sie steht unter Druck. Bei Verschärfung des noch grade gekitteten Konfliktes kann sich folgende Situation ergeben:

Erstens ist eine Umverlagerung der Kosten auf die Dauer auch für die EVU's nur begrenzt möglich. Und zweitens wird sich die staatliche Finanzierungslücke, die sich mittlerweile aufgetan hat, bei steigenden Kosten noch vergrößern. Die Möglichkeit, durch Umverteilung diese Kosten einzutreiben, ist für den Staat ebenfalls begrenzt. Nicht zuletzt sind EVU's und vor allen Dingen der Staat gezwungen, wollen sie nicht den letzten Schein an Sozialstaatlichkeit verlieren, ihre Vorgehensweise vor dem Bürger zu legitimieren, was ihnen zunehmend schwerer fallen dürfte. Und hier genau muß unser Widerstand ansetzen. Wir müssen einfach klarstellen, daß solche Projekte wie der Schnelle Brüter durch nichts zu rechtfertigen sind, daß deren Weiterbau nur mit einem totalen Vertrauensverlust der Bürger dem Staat gegenüber durchzusetzen sind.

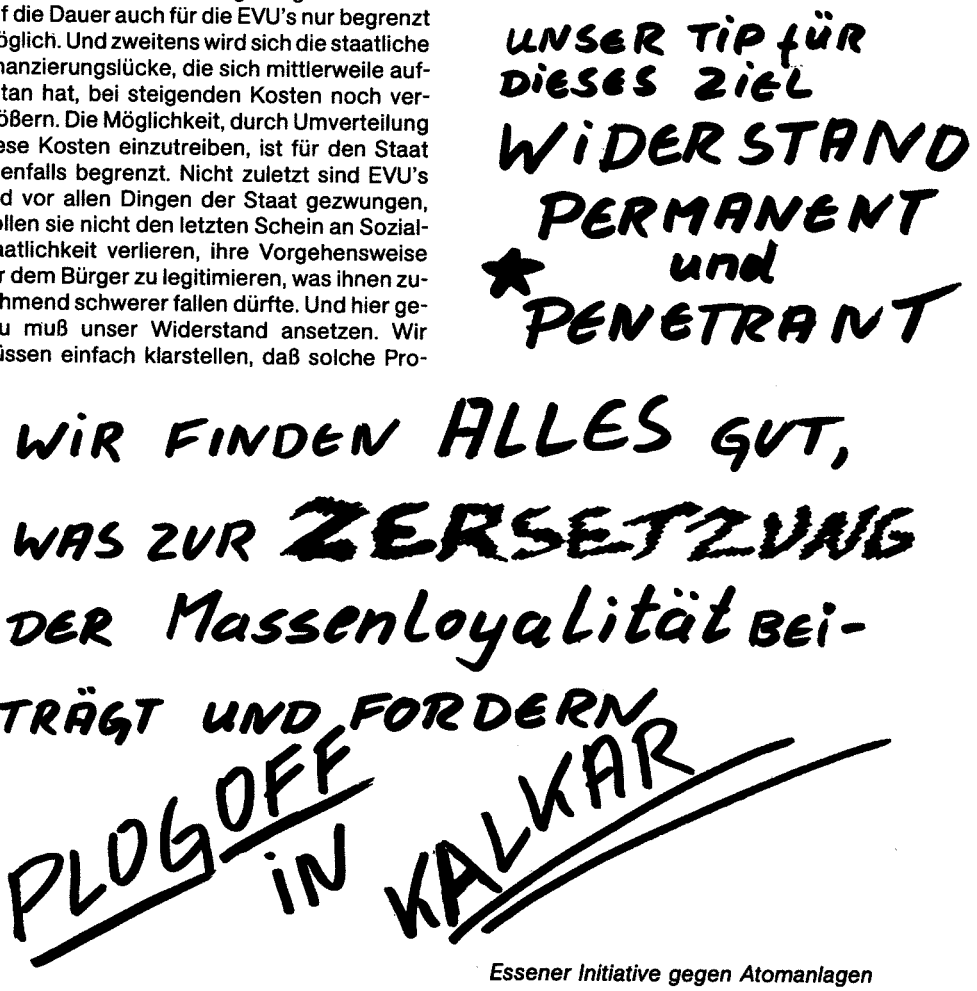
Die einzige Möglichkeit, die Inbetriebnahme des Brüters zu verhindern, ist das Zusammentreffen von der von uns vorangetriebenen Legitimationskrise und der immanenten Finanzkrise. Das ist eine Chance für uns, die sich aber nicht zwangsläufig ergeben muß.

So: Die Demo am 2. Oktober ist in diesem Zusammenhang nur als Teil eines ständigen Widerstandes zu sehen, der vor allen Dingen von den Anti-AKW-Gruppen in NRW getragen werden muß. Die oben beschriebenen Zusammenhänge müssen in unserem Widerstand und in der Demo ihren Ausdruck finden.

Das heißt: **Keine Appelle an die Enquete-Kommission oder an deren sogenannten kritischen Teil.**
Keine Appelle an Bundestagsmitglieder und Regierung.

Wir müssen deutlich machen, daß die Entscheidung im Bundestag uns keine Überraschung mehr bringt, daß wir darauf nicht mehr vertrauen werden und daß es nicht mehr ist, als ein Anlaß unseren Protest zu äußern. Wir müssen deutlich machen, daß wir uns nicht auf den Staat verlassen, daß er vielmehr auf der Gegenseite steht und daß wir ihn verlassen.

Der Charakter der Demo kann deshalb nicht eines Volksfestes haben, weil das erstens eine totale Ignoranz sowohl der Geschichte der Auseinandersetzung um den Brüter (Kalkar 77) wäre, als auch des Inhalts unseres Widerstandes. Andererseits halten wir es auch für aussichtslos, unsere Ernsthaftigkeit mit Feldschlachten oder Angriffen auf den Bauzaun unter Beweis zu stellen.



Essener Initiative gegen Atomanlagen

Pfingsttreffen in Gorleben

Tanz auf dem Vulkan

Es waren ca. 1000 Leute zum Pfingsttreffen gekommen. Bei hochsommerlichen Temperaturen herrschte eine etwas alternativ touristische Atmosphäre mit Niveau. Viele hatten ihr Fahrrad mitgebracht und konnten so den Landkreis und die örtlichen Begebenheiten der Baustellen ganz gut erkunden. An allen Tagen fanden Veranstaltungen zum Thema Zwischenlager und Endlager statt, die alle recht gut besucht waren. Die Frauen bauten auf dem Spielplatz einen bunten Vogel, der in einem Käfig sitzt. Es gab einen Jahrmarkt, einen Infomarkt und eine heiße Rocknacht.
Am späten Pfingstsonntagabend beteiligten sich ca. 150 Leute an einer Aktion bei 1003, der Baustelle für das Zwischenlager, und an 5001, zukünftiger Eingangsschacht für das Endlager. Dabei wurden Teile der äußeren Zaunanlagen zerstört.
Am Pfingstmontag wurde anhand eines Modells von einem Atommüllbehältertransporter über die Dörfer gezogen; dabei gab es teilweise hitzige Debatten mit den Anliegern. Eine beabsichtigte Fahrradblockade am Dienstag brauchte nicht stattzufinden, da die Betreiber den Baustellenverkehr von sich aus ruhen ließen.

Das Trebeler Treffen am Pfingstsonntag

Zunächst wurde noch einmal kurz der Stand der Bauarbeiten für das Zwischenlager dargestellt und auf die Wichtigkeit von Gorleben schon heute als Entsorgungsnachweis für den Bau neuer Atomkraftwerke hingewiesen.
Die Lüchow-Dannenberger stellten dann noch einmal den Aktionsvorschlag für die erste Septemberwoche vor. Unter dem Motto **„Richtfest in Gorleben"** wird ein Gorleben-Tribunal stattfinden, wo über die Praktiken der Betreiber und Politiker zu Gericht gesessen wird und überwiegend Betroffene aus dem Landkreis selbst zu Wort kommen sollen. Die Jury soll aus prominenten Persönlichkeiten bestehen. Das Tribunal wird vor allen Dingen eine landkreisinterne Angelegenheit sein.
Für den 3./4./5. September ist ein **Musikfestival** in der Planung, wo auch versucht wird, bekannte Rockgruppen und Musiker für dieses Solidaritätskonzert Gorleben zu gewinnen unter der Parole:
3 TAGE TANZ AUF DEM VULKAN.
Am 4.September soll dann die **Demonstration** am Baugelände des Zwischenlagers stattfinden, um den Betreibern zu zeigen, daß sie ihr Richtfest nicht klammheimlich feiern können.
Gleichzeitig lag ein Brief der bundesweiten WAA-Koordination aus Nürnberg vor (ist in diesem AE auch abgedruckt), die den Vorschlag der Lüchow-Dannenberger unterstützt und ihrerseits den Vorschlag unterbreitete, gleichzeitig an allen Standorten (Schwandorf, Frankenberg und Kaisersesch) Demonstrationen durchzuführen, weil alle Standorte gleich wichtig sind, sich dezentral mehr Menschen mobilisieren lassen und darüberhinaus der Polizeiapparat ins Rotieren gerät.
Nach längerer Diskussion und nachdem sich herausstellte daß die für den 4. Oktober geplante bundesweite Kalkar-Demonstration mit Rücksicht auf den Septembertermin in Gorleben festgesetzt wurde, wurde der Vorschlag aus Nürnberg einhellig angenommen unter der Bedingung, daß es einen bundesweiten gemeinsamen Aufruf aller Standorte gibt. Jeder Standort kann diesen Aufruf mit einem speziellen regionalen Teil ergänzen. Die Lüchow-Dannenberger wurden beauftragt, die Koordination mit den WAA-Standorten zu übernehmen.
In der weiteren Diskussion über den konkreten Ablauf einer Demonstration in Gorleben konnte man sich bisher darauf einigen, daß eine 24-stündige Belagerung des Baugeländes anvisiert wird. Wie das erreicht werden kann und im einzelnen auszusehen hat, wird auf weiteren Treffen gemeinsam überlegt werden müssen. Einigkeit bestand darin, daß es das Ziel ist, im Vorfeld ein Konzept zu erstellen, **welches bei der Demo ein einheitliches Vorgehen ermöglicht.**

aus: BJ2

Mißbrauchte Demokratie

Die Infostellenleiter des **AKTIONSKREISES ENERGIE** E. V. sind auf ihrer überregionalen Tagung in Erlangen zu folgender Bewertung der Vorgänge um Gorleben gekommen:

1. Die tägliche Anzeigenflut der Kernkraftgegner in der örtlichen Presse zeigt ihrem Inhalt nach nur noch vereinzelt die Bereitschaft zum Dialog. In der Vielzahl soll sie ganz offensichtlich dazu dienen, Einzelpersonen gezielt zu diffamieren und unter ultimativen Druck zu setzen. Entsprechende Telefonanrufe ergänzen diesen Seelenzwang.
2. Die Ereignisse in der Nacht von Pfingstsonnabend auf Pfingstsonntag am Bauplatz des Zwischenlagers und der Bohrstelle 5001 haben in keiner Weise mehr etwas mit demokratisch legimitiertem Widerstand zu tun, sondern sind Ausdruck bewußt gewollter Gewalt gegen Personen und Sachen. Nicht die Mehrheit der Bevölkerung ist verantwortlich für die ständige Bereitschaft von Hundertschaften von Polizisten, sondern Chaoten, die unablässig diesen Staat als Polizeistaat verunglimpfen.
3. Die BI Lüchow-Dannenberg ist aufgefordert, sich eindeutig und endgültig von diesen chaotischen Minderheiten, von denen vermutlich auch einige in der BI selbst agieren, zu distanzieren.
4. Die Infostellenleiter des AKTIONSKREISES gehen nicht davon aus, daß die BI Lüchow-Dannenberg in ihrer Gesamtheit Chaoten unterstützt oder toleriert; denn Unterstützung von Bestrebungen, diesen Staat unregierbar zu machen, kann nicht Anliegen einer Bürgerinitiative sein, weil sonst die Freiheit, die unser Grundgesetz will und gewährt, zur Unfreiheit werden muß.
5. Die Existenz der Kernenergie ist ein Faktum, das weder durch Gewalt noch Diskussionen zu beseitigen ist. Daraus ergibt sich sowohl für Gegner als auch Befürworter der Kernenergie **die Verantwortung, alle Behinderungen rhetorischer oder tatsächlicher Art für eine gesicherte Endlagerung zu vermeiden.** Besetzungen von Bohrlöchern stehen dazu im Widerspruch, können daher bei harter Interpretation als verantwortungslos bezeichnet werden. Praktikable Konzepte für eine Endlagerung können auch nur dann erstellt werden, wenn die Möglichkeit besteht, das vorhandene Know-how in die Praxis umzusetzen.
6. Der AKTIONSKREIS ENERGIE bietet seine Bereitschaft zum Dialog an, um einen Weg aus der Sprachlosigkeit und Verhärtung der Für- und Widerseite zu finden. Gemeinsame Verantwortung bedeutet noch nicht gemeinsame Meinung, ist aber ausreichende Verpflichtung zum gemeinsamen Gespräch.

"Auf zum Richtfest nach Gorleben!"

In Gorleben entscheidet sich die Zukunft der Atomindustrie

In Gorleben wurde mit dem Bau des Zwischenlagersfür abgebrannte Brennelemente begonnen. Die Baustelle ist zur uneinnehmbaren Festung geworden. Die Fundamente für die Lagerhallen sind gegossen. 1983 soll der erste Atommüll ins Wendland rollen. 1983 soll auch damit begonnen werden, den Eingangsschacht für das Endlager abzuteufen.

Es ist fünf vor zwölf

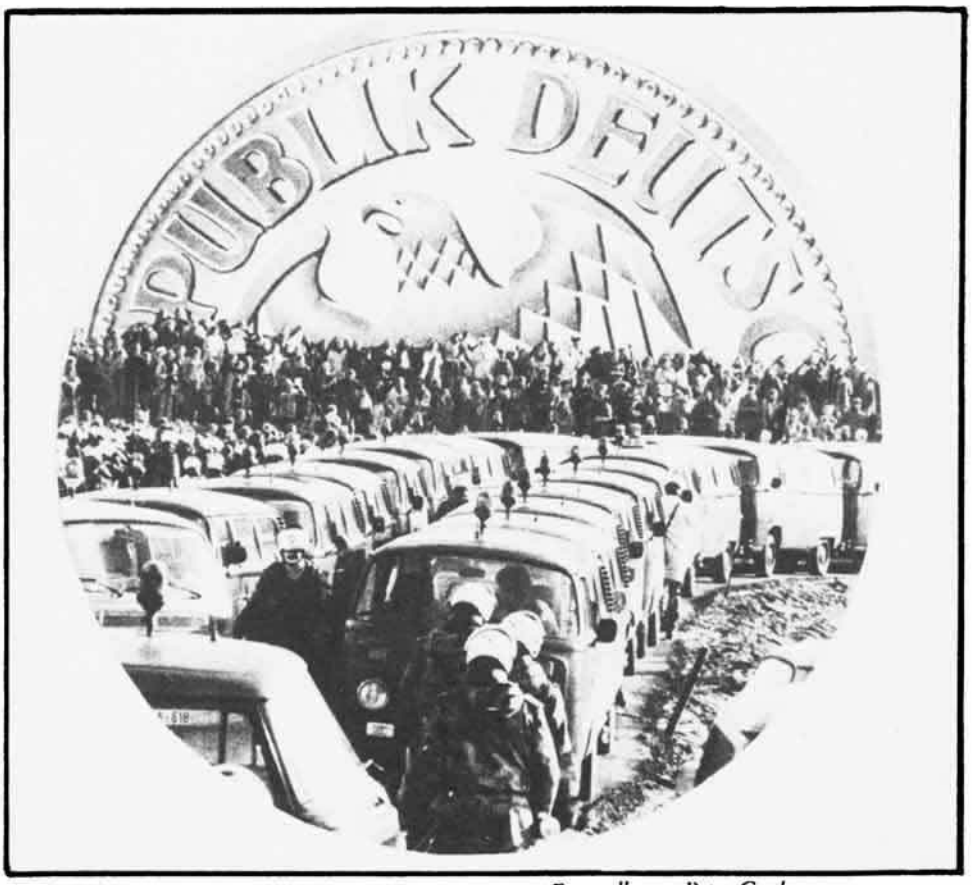
Fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit werden im Gorlebener Wald betonharte Tatsachen geschaffen. Unbemerkt von der Öffentlichkeit wird im Gorlebener Wald das Nadelöhr der deutschen Atomindustrie beseitigt. Obwohl die Trockenlagerung von Atommüll sicherheitstechnisch unerprobt und nicht ausgereift ist, entwickelt sich dieser Notanker der Atomindustrie zum Dreh- und Angelpunkt für den Bau neuer Atomkraftwerke. Das Zwischenlager in Gorleben ist schon heute ohne atomrechtliche Genehmigung Entsorgungsnachweis für sechs geplante AKWs, darunter Wyhl und Brokdorf.

An Gorlebens Zukunft hängt auch die Zukunft von Wyhl und Brokdorf

Jahrelang haben wir Widerstand geleistet gegen WAA-Pläne und Bohrungen zur Erkundung des Salzstockes, gegen die Kurzsichtigkeit und Skrupellosigkeit von Politikern und die Macht der Atomindustrie. Durch den Treck nach Hannover und das Dorf 1004 konnten wir für unseren Widerstand hunderttausende Menschen mobilisieren. Wir konnten die WAA-Pläne hier bisher blockieren.

Gorleben ist ein Symbol des Widerstands

Den Baubeginn des Zwischenlagers konnten wir nicht verhindern. Die Atomindustrie macht sich breit im Wendland. Politiker und **Gerichte spielen sich bei der Erteilung von Baugenehmigungen in die Hände. Bauern** des Wendlandes werden gezielt durch hohe Geldforderungen wegen Treckerblockaden **eingeschüchtert und in ihrer Existenz bedroht. Aktive AKW-Gegner durch Haus-**



Fotocollage: Peter Grohmann

durchsuchungen und Strafverfahren in ihrer Umgebung kriminalisiert. Unsere Heimat wird systematisch kriminalisiert.

Wir geben den Widerstand nicht auf

Zu einem Zeitpunkt, wo viele Atomkraftgegner sich der Friedensbewegung angeschlossen haben, da sie einen Atomkrieg gegenwärtig für bedrohlicher halten, versucht sich die Atomlobby diese Schwäche unserer Seite zunutze zu machen und hat uns im Wendland den Krieg erklärt. In Atomkraftwerken entsteht der Stoff für die Atomraketen und in Gorleben soll er gelagert werden.
Deshalb fängt der Widerstand gegen Atomraketen mit dem Kampf gegen Atomanlagen an!!

Wir rufen auf zum „Richtfest in Gorleben":
- mit einem **Gorleben-Tribunal** Anfang September wollen wir deutlich machen, wie Atomlobby und Politiker mit Hilfe von Gerichten Recht zu Unrecht machen, um ihre Pläne durchzusetzen.

- mit einem großen **Musikfestival** am 3./4./5. September – 3 Tage **Tanz auf dem Vulkan** – wollen wir den Atomgewaltigen klarmachen, daß es nicht nur ein paar Lüchow-Dannenberger sind, die den Schiet nicht haben wollen.

- mit einer **bundesweiten Demonstration** am 4. September zum Baugelände wollen wir der Atomindustrie zeigen, daß sie ihr Richtfest nicht klammheimlich feiern kann.

Gorleben wird leben !!!

Der Widerstand des Wendlandes

Endgültiges „Aus" für Salzstock Gorleben

Jubelnd, Freudetränen in den Augen und uns in den Armen liegend haben wir gehört und inzwischen auch gelesen, daß die im Auftrage des BMFT recherchierende Crew unter Professor Duphorn den Gorlebener Salzstock für absolut ungeeignet hält, um Atommüll darin einzulagern.

Von der Landtagsfraktion der Grünen im nds. Landtag, denen das Gutachten „zugespielt" worden war, erhielten wir eine Presseerklärung und Auszüge der Duphorn'schen Untersuchung. Wir haben unserem Freund Ferdinand - ein arbeitsloser Diplom-Geologe - das Papier vorbeigebracht; er soll es sich mal durchlesen und wenn möglich, für uns und unsere neugierigen Leser verständlich zusammenfassen. Vielleicht macht er's, sagte er, wenn, dann aber frühestens für die nächste Nummer ...

Aber gestern stand ja auch schon was inne TAZ dazu drin.

Was fehlt?

- **die Fraktionen der Freien Wählergemeinschaft in Clenze und die Unabhängige Wählergemenschaft haben es abgelehnt, für eine Aufnahme von DWK-Geldern im Haushalt zu stimmen. „Wir lassen uns nicht durch Schmiergelder zu Handlangern der DWK machen".**
- Ein Polizeisprecher: „Über Pfingsten wurde gehöriger Sachschaden angerichtet".
- **Ein Steinhagel soll mehrere Werkschützer verletzt haben.**
- Atomkraftgegner zeigten den Kreistagsabgeordneten ihre nackten Ärsche.
- **Ein Brandanschlag.**
- Die Schmierereien der Sprayer.

Hessen vor der Standortbennenung

Die Szene tippt:

Frankenberg macht's!

KEINE WAA IN HESSEN

Nach mehrmaligem Verschieben will die hessische Landesregierung jetzt am 20. Juli, dem Höhepunkt der Ferien- und Urlaubszeit, den Standort für die WAA bekanntgeben. Auf einer der letzten Kabinettssitzungen, die er als Ministerpräsident leitet, muß Börner sich noch einmal richtig in die Nesseln setzen.
Dabei ist das vorprogrammierte Ergebnis **dieser Scheinberatungen längst durchgesikkert: entweder Frankenberg-Wangershausen** wird benannt oder aber alle beide Standorte, d.h., auch Merenberg, und der DWK damit die **endgültige Entscheidung überlassen, die ja beide Orte grundsätzlich für geeignet hält.**

WAS TUN AM TAG X ?

Während die BI Umweltschutz Frankenberg (BIUF) für den 24. Juli, also den Samstag nach dem „Tag X", eine Demonstration am Standort vorbereitet, schlägt die Nordhessische Regionalkonferenz vor, noch am Abend des 20. eine Aktion (bzw. zwei) durchzuführen. Eine endgültige Entscheidung darüber, wie und wann auf die Standortbenennung reagiert werden soll, fällt auf einem Treffen am 11. Juli.
Die unterschiedlichen Aktionsvorstellungen bezüglich Tag X sind ein Resultat des zur Zeit relativ schlechten Informationsflusses und Organisationszustandes in Nordhessen. Zumindest mitschuldig hieran ist nach Meinung vieler betroffener AKW-Gegner die BIUF.
Etwa 25 Bürgerinitiativen rund um Frankenberg treffen sich seit mehreren Monaten regelmäßig in einer Regionalen Koordination (KO). Die Ergebnisse dieser Treffen (Protokolle, Beschlüsse usw.) werden jedoch quasi unter Verschluß gehalten; selbst die nordhessischen BI's erfahren so gut wie nichts, wenn sie sich nicht selbst zur Regionalen KO bequemen. Die BIUF, bzw. viele der sie maßgeblich prägenden Leute, haben eine übersteigerte Furcht vor auswärtigen AKW-Gegnern und Einflüssen, insbesondere aus Städten wie Marburg oder Kassel und vor überregionalen Diskussionszusammenhängen; unverständlich eigentlich, wenn man bedenkt, daß ja in Hessen im Zuge der Börner'schen Atom- und Betonpolitik einiges in Bewegung geraten ist, auch und gerade im Bewußtsein der betroffenen Menschen. Auch wir vom Atom Express müssen diese Vorbehalte leider bestätigen; eine Verabredung mit auskunftsbefugten Mitgliedern der BIUF kam trotz hartnäckigen Drängens unsererseits nicht zustande. Zu allem Überfluß haben die Frankenberger auch noch eine „Erweiterte KO" ins Leben gerufen – deren Auflösung jedoch die letzte Regionalkonferenz vom 19.6. bereits gefordert hat. In Zukunft wird es also nur noch die nordhessische Regionalkonferenz und die Regionale KO Frankenberg geben.
Ob und inwieweit sich die Initiativen um Frankenberg und Merenberg an den für den 4. September vorgeschlagenen „dezentralen zentralen" Demonstrationen beteiligen, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Umweltstaffette vor der Landtagswahl

Bereits im Vorbereitungsstadium ist dagegen die landesweite Umweltstaffette, die am Wochenende vor der Landtagswahl, d.h. am 19. oder 20. September, mit einer Großdemonstration in Wiesbaden enden soll. Organisiert v.a. von südhessischen und Startbahn-Initiativen sollen mit Rädern, Autos und anderem alle Städte und Dörfer angefahren werden, die als Standorte für Atomanlagen oder andere Großprojekte in der Planung waren oder sind: Borken, die nordhessischen WAA-Standorte, Biblis, Frankfurt ...
Kontaktadresse:
Umweltladen
Langgasse 40
6082 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/24166

Der Aktionstag am 5.Juni

„Alle Bürgerinitiativen, ganz gleich, ob gegen die geplante(n) WAA(s), gegen die Startbahn West, den weiteren Ausbau der Atomenergie wie Biblis C, HTR und/oder Schnelle-Brüter-Vorhaben in Borken, gegen die unsinnigen und überflüssigen Sondermülldeponien, gegen Militäranlagen, gegen die fo.'schreitende Verseuchung und Vernichtung unserer Wälder, Flüsse und Luft durch Chemiekonzerne und Autobahnen ..." waren aufgerufen, „das Blatt des Grauens zu wenden." (Aus dem Aufruf zum hessenweiten Aktionstag).
Die Resonanz war unterschiedlich. Bekanntgeworden sind uns die folgenden Aktionen:
Frankenberg: Aktionen der BI's am Ort mit Luftballonsteigenlassen und künstlerischen Aktivitäten durch Exkursionsteilnehmer der Kasseler Gesamthochschule.
Paderborn: Atommülltransport und eine Umweltausstellung zu Energiealternativen, die im übrigen entliehen werden kann. (Adresse: BUP, Im KuKoz, Tegelweg 3-5, 479 Paderborn)
Volkmarsen: Fest mit Theater, Grillen usw.
Kassel: Fahrraddemonstration mit über 3.000 Teilnehmern sowie vielen Aktionen und Stationen, wie z.B. DWK-Büro, Knast, Bereitschaftspolizei.
Borken: Hier wurde ein Umweltladen eröffnet!
Frankfurt: Aktionen am Gelände der Startbahn West (siehe Foto!).
Arolsen: Atommülltransport durch die Stadt.
Darmstadt: Hier fand am gleichen Tag ein Baulinie 80 - Treffen statt; das Protokoll kann bei der AGU Darmstadt, Lauteschlägerstr. 24, 61 Darmstadt angefordert werden.

Ist Merenberg erdbebensicher?

FR 1306.

MERENBERG. Wäre ein Standort Merenberg (Kreis Limburg-Weilburg) für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage erdbebensicher? Diese Frage stellte der Limburger Landrat Georg Würmeling (CDU) als Reaktion auf das Erdbeben der Stärke 4,8 bis 5 auf der nach oben offenen Richter-Skala, das sich am Montag um 11.57 Uhr in Westerwald zwischen Koblenz und Siegen ereignete, an die hessische Landesregierung. Würmeling forderte, den „Standortvorschlag sofort ad acta zu legen", falls eine Untersuchung, die unverzüglich eingeleitet werden sollte, eine Erdbebengefährdung des Gebietes um Merenberg ergeben sollte. me

Wie jedes Wochenende ging es auch am 5.6. am Startbahngelände wieder rund. Foto: B. Kretschmann

Unterwegs in Hessen

Auf der Suche nach dem Widerstand

Der Zeitpunkt der endgültigen WAA-Standort-Benennung rückt immer näher (20. Juli?). Grund genug für den Atom Express, sich einmal vor Ort über die Arbeit der dortigen Anti-WAA-BI's zu informieren.
Da nicht nur bei anderen, sondern auch bei uns die WAA-Informationen aus Hessen sehr dünn und spärlich ankommen, wollten wir selbst sehen, was los ist. Aufgrund der doch beachtlichen Entfernung zu den beiden möglichen Standorten Frankenberg/Wangershausen und Merenberg mußten wir uns, wenn überhaupt, dafür entscheiden, nur einen der beiden Orte anzufahren. Informationen von Blern aus dem räumlichen und politischen Umfeld der Standorte, z.B. daß Wangershausen als wahrscheinlichster Standort gehandelt wird, daß viele BI's Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Frankenberg haben, auch weil wir neugierig waren, weil's Wetter so schön war und weil es nach Merenberg dann doch zu weit war, veranlaßten uns dazu, dann letztendlich Frankenberg-Wangershausen und nicht Merenberg zu besuchen und darüber zu berichten.
Im Hinterkopf hatten wir noch Eindrücke und Bilder aus Wethen (bis Ende August 81 aussichtsreichstes WAA-Dorf) und hofften, daß der Widerstand der Leute aus Wethen in Frankenberg eine Neuauflage erfahren haben würde. Wir werden im Folgenden berichten, ob sich diese Erwartungen erfüllten.
Auf unserer Fahrt besuchten wir alte Bekannte – nicht zuletzt ihre Informationen lieferten den Hintergrund für diesen Bericht – und fuhren dabei kreuz und quer durch Hessen, nebenbei bekamen wir da auch mit, welche Entfernungen ein halbwegs aktiver WAA- oder AKW-Gegner zurücklegen muß, will er Kontakt zu den wichtigsten Punkten halten.
Unser Hauptinteresse galt neben den beiden möglichen Standorten auch den Leuten, die schon Erfahrungen im Widerstand gegen WAA's gesammelt hatten. Wir wollten wissen, wie sie diese umsetzen konnten, wie die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen aussah, wie die Lage einzuschätzen ist und wie die tägliche Kleinarbeit vor Ort aussieht.

An einem schönen Sonnentag fuhren wir mit einem geliehenen VW-Bus – ohne Anti-AKW-Aufkleber – von Göttingen los und wußten noch nicht, wo unsere Fahrt enden würde. Unser erster Zwischenaufenthalt war Emsthal-Balhorn in Nordhessen. Wir besuchten Hans und Enne Lux, beide Mitglieder der dortigen BI und aktive Grüne und in der glücklichen Situation, als Grafiker berufliche Arbeit und politische Interessen miteinander verbinden zu können. In ihrem gastfreundlichen, alten Bauernhaus sind sie jederzeit Kontaktstelle für alle, die sich über den aktuellen Stand der Bewegung in Hessen informieren wollen.
Hier also erfuhren wir beim zweiten Frühstück alle Neuigkeiten aus Hessen. Familie Lux hatte jede Menge Erfahrung in BI-Arbeit während der „Wethen-Zeit" gesammelt und war von daher wohl in der Lage, uns einen Überblick über den augenblicklichen Stand zu geben.
Da auch in diesem Teil Hessens Börners WAA im Vordergrund steht, gingen wir davon aus, daß sich die ganze Region geschlossen und laut dagegen wehren würde. Aber weit gefehlt. Es herrscht sozusagen „Schweigen im Walde"! Luxens erzählten von ungenügender oder gar nicht vorhandener Zusammenarbeit mit Frankenberg, dem nächstgelegenen potentiellen WAA-Standort. Die Kontakte nach Merenberg seien ganz gut, doch sei davon auszugehen, daß Wangershausen Standort werden würde. Nicht zuletzt deshalb, weil die BI's dort schlafen!
Gab es zur Zeit Wethens noch regelmäßige Nordhessen- oder Koordinationstreffen, konstatiert man heute von Seiten der nun betroffenen Frankenberger BI's Ablehnung oder Desinteresse an Konatkten oder Hilfsangeboten von außerhalb. Dies hat schon jetzt – laut Luxens – allein für den Raum Emsthal zur Folge, daß eine ehemals stark aktive BI langsam abbröckelt oder ins Leere läuft. Kompetenzstreitigkeiten und persönliche Fehden in Frankenberg wirken sich bis in den Raum Kassel aus, BIs fallen auseinander, es gibt keine konkrete Kontaktperson in Frankenberg, Informationen sind spärlich oder widersprüchlich, zu viele Kräfte im nordhessischen Raum gehen aufgrund unnötiger Profilneurosen in Frankenberg verloren. Auf BI-Treffen werden zwar manchmal noch Filme gezeigt, doch die konkrete Arbeit ist sehr schwierig geworden, zumal auch in Frankenberg selbst keinerlei Aktionen geplant werden, an denen sich andere BIs zumindest beteiligen können.
Die DWK kann sich dabei ins Fäustchen lachen, bedeutet doch für sie jeder aktive

Foto: Peter Grohmann

Bller weniger ein bißchen weniger Widerstand gegen ihre Pläne!
Als wir uns verabschiedeten, versprachen die Luxens, uns und den Atom Express auf dem laufenden zu halten, falls es doch einmal Informationen aus Frankenberg geben sollte. Und wir wurden immer neugieriger auf das, was wir noch erfahren würden.
Weiter ging unsere Fahrt zum Anti-Atom-Büro in Wethen. Wethen, das uns noch bunt plakatiert in Erinnerung war, bot einen völlig veränderten Anblick. Der große, im September '81 erbaute Turm am Ortseingang mit den Namensschildern von Bls Startbahngruppen und La Hague steht zwar noch, aber das Dorf ist zu seinem Alltagsbild zurückgekehrt. Überall präsentierten sich uns saubere nackte Zäune, an denen noch vor einigen Monaten auf großen Plakaten Volkeszorn gegen die WAA gewettert hatte. Statt gelber Plakate blühen überall gelbe Blumen, nur ein einsames Spruchband fordert Frieden und Abrüstung. Hier also Rückkehr zur „Normalität".

Die immer noch BBU-Außenstelle, das Anti-Atom-Büro, arbeitet zum Glück noch. Die Bls rund um sind zwar weniger geworden, nicht zuletzt auch aufgrund der wenigen und unzuverlässigen Informationen, die aus den beiden WAA-Standorten kommen, doch versucht Franz vom Anti-Atom-Büro (dem Leser schon aus vielen AE-Ausgaben bekannt) auf dieser Grundlage noch soviel wie möglich zu leisten. Man sollte annehmen, daß die Frankenberger und Merenberger sich seine Erfahrungen aus dem WAA-Kampf zunutzte machen würden, daß sie da anfangen, bzw. weitermachen könnten, wo die Wethener und Franz aufgehört haben. Doch nichts dergleichen!! Weder fördert der BBU, der sich anscheinend aus dieser für ihn nicht mehr lukrativen Gegend zurückgezogen hat, die Kontakte zwischen den einzelnen Standorten, noch bemühen sich die Standort-Bls um Hilfe von außen. Hilfsangebote werden abgewiesen. Laut Franz arten die Bl-Treffen in Frankenberg in Parteitreffen aus, deren größte Sorge es ist, die „Unser-Dorf-Soll-Schöner-Werden-Atmosphäre" der Gegend nicht durch Wand- und Starßenmalereien stören zu lassen! – Hoffie, Börner und Freunde können sich freuen.
Natürlich fragten wir, wie das Anti-Atom-Büro auf dieser Grundlage noch sinnvoll arbeiten könne. „Mit viel Streß", war die Antwort. Um einigermaßen auf dem laufenden bleiben zu können, und um trotz aller Ablehnung seine Vorschläge doch noch einbringen zu können, ist Franz viel mit dem Auto unterwegs. Er bekommt von vielen Personen Einzelinformationen, aus denen er sich in Form eines Puzzlesspieles die nächsten Aktionen zusammenreimen kann. Der Mangel an Informationen beruht seiner Meinung nach auch darauf, daß die verschiedenen Verbände im Raum Frankenberg unkoordiniert arbeiten. So wissen z.B. die Naturschützer nicht, was die Bl plant, und die Bl weiß nichts von den Aktionen der Pfadfinder.
Wir gewannen langsam den Eindruck, daß der Frankenberger und Merenberger Widerstand nicht über die örtlichen Bezirke hinauskommt. Dies ist eine um so erschrekkendere Vorstellung, als das dies nicht am Desinteresse der Menschen im übrigen Land liegt, sondern daß die direkt betroffenen ortsansässigen Bls von sich aus dicht machen. Aus Angst vor Chaoten, wie es heißt.
Wann ist man „Chaot"?... Wenn man aus zehn, 15 oder 500 Kilometer Entfernung anreist? Bin ich auch eine Chaotin? – Welchen Denkschablonen müssen bei diesen Leuten überwunden werden, um auch als ein von der WAA Betroffener mit Angst im Herzen und nicht mit dem Stein in der Hand gesehen zu werden? Zuerst noch unentschlossen, wollten wir jetzt unbedingt nach Frankenberg fahren, um uns selbst ein Bild zu machen, heimlich hoffend, daß doch alles nicht so schlimm ist, wie wir es bis jetzt gehört hatten. Ausgerüstet mit einer Telefonnummer in Frankenberg – einer zigsten Kontaktadresse –, bei der sich aber trotz mehrmaliger Versuche niemand meldete, (Fußball-WM, wa?) suchten wir uns den Weg nach Frankenberg. Wir fuhren durch Arolsen, bekannt durch seine traditionellen Nazi-Treffen, vorbei an der Kaserne und Richtung Edertalsperre. Das zu beschreiben, was wir sahen, fällt schwer, denn das uns gebräuchliche Vokabular zur Beschreibung einer „Landschaft" besteht mittlerweile aus: „Beton, Straße, Parkplatz, Hochhaus". Hier kam eine Riesenmenge Wald auf uns zu, Wald in allen Grünschattierungen, ein kleiner Fluß entlang der Straße, an seinen Ufern Pflanzen, die man während einiger Jahre Stadtlebens schon längst vergessen und ausgestorben geglaubt hat; rechts und links der Straße wuchsen dicke Büschel weißer und gelber Blumen, selbst das Gras war höher und dicker als gewohnt. Es war das Edertal, Erholungsgebiet.
Noch einige Kilometer und wir waren in Frankenberg. Kleinstadt, einige tausend Einwohner, gehegt, gepflegt, sauber, langweilig. Die Stadt wirbt um Erholungssuchende aus den nahegelegenen Ballungszentren. Von hier waren es noch ca. 3 Kilometer bis Wangershausen, dem eigentlichen WAA-Standort. Also mußte die Stadt doch gut plakatiert sein! Auf einem kleinen Rundgang wurden wir eines besseren belehrt. Vereinzelt und verschüchtert hingen einige Plakate, da, wo sie nicht weiter stören, einige Mutige hatten sich mal mit Sprühdosen 'rausgetraut und ihrem Protest Ausdruck gegeben, sonst weiter nichts. Dies alles vermittelte nicht den Eindruck einer Stadt, für die es drei Minuten vor 12 ist! – Wie Frankenberg sich lieber vorstellen möchte, zeigt eine an zentraler Stelle in der Fußgängerzone aufgestellte Werbetafel. Frankenberg wünscht sich Erholungsgäste, die hier eine tolle, schöne Gegend finden würden. Ob die Urlaubsgäste wohl in einigen Jahren ihre Zelte in unmittelbarer Nähe der Atomfabrik aufschlagen möchten? Hoffentlich kann man das dann auch werbewirksam vermarkten. Landrat Dr. Reccius scheint in dieser Beziehung ja die größten Erwartungen zu haben, bezeichnete er doch die künftige WAA als fremdenverkehrfördernd.

Fotocollage: Peter Grohmann

Frankenberg fühlt sich also nicht allzu sehr von der WAA bedroht, liegt doch der eigentliche Standort noch 3 oder 4 km von der Stadt entfernt, bei Wangershausen. Da wollten wir nun natürlich auch noch hin!- Wir fanden hin, indem wir von WAA-Gegnern gemalten Straßensprüchen folgten. „WAA nein!" stand da in riesengroßen, von gelben Sonnen umgebenen Buchstaben. Sah schön aus! Das waren also Teile der „Schweinereien", über die man sich in Frankenberg aufgeregt hatte! Vielleicht gab's ja in Wangershausen sogar noch mehr davon?!

Wangershausen ist ein kleines Dorf mit nur einigen hundert Einwohnern; mitten im Grünen liegts auf einem kleinen Hügel. Die Kühe auf den Weiden und dampfende Misthaufen auf den Höfen vermittelten den Eindruck, daß der Ort überwiegend von Landwirtschaft lebt.

Die Bäume im Wangershausener Wald...

Es war Feiertag, sonntägliche Ruhe überall. Die alten Leute saßen in der Sonne vor ihren zumeist Fachwerkhäusern, die Jüngeren langweilten sich allein oder in Gruppen. Es war ein komisches Gefühl, mit unserem VW-Bus mit Göttinger Kennzeichen dort aufzutauchen. Wir waren ein totaler Fremdkörper hier. Das einzig uns Vertraute waren die vielen Anti-WAA-Plakate an den Häusern. Erleichtert stellten wir fest, daß diese feiertägliche Ruhe wohl doch eine trügerische war; Von Zäunen. Wänden, Fenstern und Bäumen leuchteten die gelben Plakate! **Man konnte aber auch das Gefühl bekommen, daß hier in dem abgelegenen Dorf** Widerstand im Ghetto geduldet wird, der weiter keinem weh tut und keine Auswirkungen hat.

Auf der Suche nach dem WAA-Standort mußten wir feststellen, daß hinter dem Dorf die Welt zuende war! – Die Hauptstraße ging übergangslos in einen Feldweg über und damit waren wir mitten im Wald. Mithilfe einer von WAA-Gegnern an einem Baum angebrachten Landkarte findet man zum vorgesehenen Standortgelände. „Kesslersgrund" heißts. Auch hier waren WAA-Gegner aktiv gewesen. Um die Bäume des Waldes, die im Fall eines WAA-Baues dort gefällt werden müßten, zu schützen, hatten sich viele Leute einen „Patenbaum" ausgesucht, ihn mit einer weißen Bauchbinde versehen und mit einem Namen aus der Anonymität herausgeholt. Da steht dann Sabine und Georg neben Bettina und Klaus. 50, 60 Bäume stehen da, alle mit einem Namen versehen. Und dies war erst der Rand des gefährdeten Waldgebietes! Wieviel Bäume mögen noch bedroht sein? Nicht nur diese Gedanken machten uns - sprachlos, sondern noch viel mehr die Landschaft rundherum, die durch eine WAA unwiederbringlich zerstört würde. Wir befanden uns in einer Bilderbuchlandschaft, eine Gegend, für die man sonst hunderte von Kilometern ins Ausland reist, um unzerstörte Natur zu sehen. Man könnte auch sagen: es schien wie eine Welt, die bis vor kurzem unter einer Glasglocke existiert haben könnte, anscheinend unberührt von Umweltverschmutzung, Straßenbau, Chemikalien, Mülldeponien und Fluglärm. Also der „ideale Ort" für eine WAA!!! Die Sonne strich über satte Grashalme , und tauchte die Wiesen mitten im Wald in strahlendstes Grün, wärmte die dicken braunen Kühe, Lichtungen blinkten hier und da durch die Tannen, Vögel machten viel Krach, und nur alte, wackelige Zäune, die fast von Blumen überwachsen waren, zeigten, daß Menschen hier nicht ganz vorbeigegangen waren. Der WAA-Standort machte einen zutiefst friedlichen Eindruck. Vieles konnten wir uns hier vorstellen, nur keine WAA und keine Großdemo.

Aber hier sollen bald einige hundert Menschen arbeiten, Beton gemischt und Stahl verschweißt werden, die Grundlage zur Energiesicherung des Jahres 2000 gelegt werden. Wut stieg in mir auf! Mit an Zynismus grenzender Treffsicherheit hatte die DWK das wohl im weitesten Umkreis schönste Fleckchen Landschaft gefunden. Was müssen das für Menschen sein, die die Macht haben, mit einem Federstrich über Wohl oder Wehe eines ganzen Landstriches zu entscheiden, eine ganze Region und die Sozialstruktur der damit verbundenen Menschen zu zerstören! Hatte einer von ihnen sich jemals von seinem dicken Schreibtisch erhoben, um den Ort des geplanten Verbrechens in Augenschein zu nehmen? Wenn ich an diese „Herren" dachte, stellte ich mir aalglatte Manager-Typen vor, oder kleine graue Männchen, die von Waldluft Allergien bekommen!

Auf der Rückfahrt mußte ich an die Gespräche mit den Luxens und mit Franz in Wethen denken. Es hat mir Mut gemacht, daß sie trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten weiterarbeiten. Aber auch viele Fragen gingen mir durch den Kopf:

–Warum können die Frankenberger Bl's nicht von den Erfahrungen anderer Leute profitieren?

–Warum gibt es immer wieder diese Schwierigkeiten auf Grund überflüssiger Profilierungssucht?

–Wann werden die Leute endlich lernen, daß nicht nur sie allein als unmittelbar Ortsansässige, sondern wir alle von der WAA bedroht sind?

–und daß die WAA das wichtigste Glied in der Kette des gesamten Atomprogrammes ist?

–und daß nur wir alle gemeinsam die WAA verhindern können?

Anmerkung

Ich war mit dabei auf der Fahrt durch WAA-Hessen. Es hat bestimmt keinen Spaß gemacht, diesen Anmache-Bericht zu schreiben; lieber hätte ich von großen Aktivitäten und breitem Widerstand berichtet und wäre mit einem guten Gefühl nach Hause gefahren.

Stattdessen muß ich darüber schreiben, daß Frankenberg die WAA als seine Privatangelegenheit betrachtet, daß Mitglieder der Anti-Atom-Bewegung von Leuten aus den eigenen Reihen als Chaoten bezeichnet werden, nur weil **sie** noch genügend Energie haben, zu Demos zu fahren, die nicht in ihrem eigenen Garten stattfinden, weil sie sich gegen Bedrohung wehren, weil sie bereit sind, dafür in den Knast zu gehen, weil sie erkannt haben, daß atomare Anlagen auch dann noch eine Bedrohung sind, wenn man sie in die abgelegensten Winkel des Landes baut!

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, den Frankenbergern klarzumachen, daß sie nicht nur sich selbst und ihrer Stadt gegenüber verantwortlich sind, sondern daß diese „Fabrik" uns alle bedroht! Deshalb kann und darf dies nicht Privatsache einiger weniger bleiben, die zudem noch ihre Bl-Arbeit in Form der Arbeit in einem Schützenverein oder Kegelclub betreiben. Eine Bl ist nicht der richtige Ort, um ein Vorstandspöstchen zu besetzen und sich an ihm festzuklammern, Bl-Arbeit darf nicht durch Kompetenz-Fragen gelähmt werden, sondern muß gerade in diesem Fall bundesweit angelegt werden!

Gorleben, Wangershausen, Merenberg und Schwandorf haben dieselben Interessen, stehen vor derselben Bedrohung, der nur gemeinsam und bundesweit begegnet werden kann!

Es geht hier auch nicht mehr darum, ob Widerstand gegen die WAA die Lukrativität eines Erholungsortes beeinträchtigt, sondern es geht um unsere und unserer Kinder Lebensinteressen.

Nicht nur Gorleben ist überall!

Ulla aus der Redaktion

Eindrücke aus WAAngershausen

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

SPD-Wahlplakat!!

Presseerklärung des 2. bundesweiten WAA-Treffens

Am 22.5. fand in Nürnberg das 2. bundesweite Treffen der WAA-Gegner statt.
Nachdem die DWK sowohl in Gorleben wie auch in Volkmarsen und Wethen politisch gescheitert ist, versucht sie nun ähnlich der Baulinie 80 durch die Benennung von mehreren Standorten in verschiedenen Bundesländern ans Ziel zu kommen.
Da durch diese Taktik versucht werden soll, die Anti-WAA-Bewegung zu zersplittern, wurde bereits im März das 1. bundesweite WAA-Treffen der Bürgerinitiativen in Wiesbaden organisiert, um gemeinsame Strategien zu erarbeiten, Informationen auszutauschen usw.
Bei dem jetzigen Treffen wurde beschlossen, eine zentrale Koordinationsstelle einzurichten, um einen bundesweiten Verteiler aufzubauen. Diese hat die Aufgabe, zwischen den Treffen den aktuellen Informationsfluß zu gewährleisten. Ebenfalls wurde angeregt, pro Bundesland einen Telefonalarmring aufzubauen.
Da von Seiten der AKW-Betreiber in letzter Zeit wieder verstärkt versucht wird, das Atomprogramm zu forcieren, wurde von der WAA-Konferenz aus angeregt, eine bundesweite Konferenz der gesamten Anti-AKW-Bewegung durchzuführen (siehe hierzu auch den Darmstädter Vorschlag, Red.) .
Zu den Terrorurteilen in Itzehoe gegen Michael Duffke und Markus Mohr wurde von der Anti-WAA-Konferenz eine Resolution verabschiedet, in der die Kriminalisierung der gesamten Umweltbewegung verurteilt wird. Wir fordern die Rücknahme der Urteile und die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

Als nächste größere überregionale Widerstandsaktionen gegen das Entsorgungs- und Wiederaufbereitungskonzept der Bundesregierung wurde diskutiert, im Herbst in Gorleben und an den geplanten WAA-Standorten in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen Großdemonstrationen zum gleichen Zeitpunkt durchzuführen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß sich die Menschen im Widerstand gegen die WAA-Pläne nicht gegeneinander ausspielen lassen.
Der Widerstand ist vielfältig: Über erste Erfahrungen von Rechtshilfegruppen an den verschiedenen Standorten, die juristische Möglichkeiten gegen Atomprojekte ausschöpfen, wurde berichtet. Der Aufbau von weiteren Rechtshilfegruppen wurde beschlossen.

Das nächste Bundestreffen der Anti-WAA-Bewegung wird am 17. und 18. Juli im Kasseler Umweltzentrum stattfinden. Beginn: 12.00 Uhr. Ort: Elfbuchenstraße 18.
Tagesordnung und nähere Einzelheiten können ebendort erfragt werden (Tel. 0561/75307).

SPENDENAUFRUF

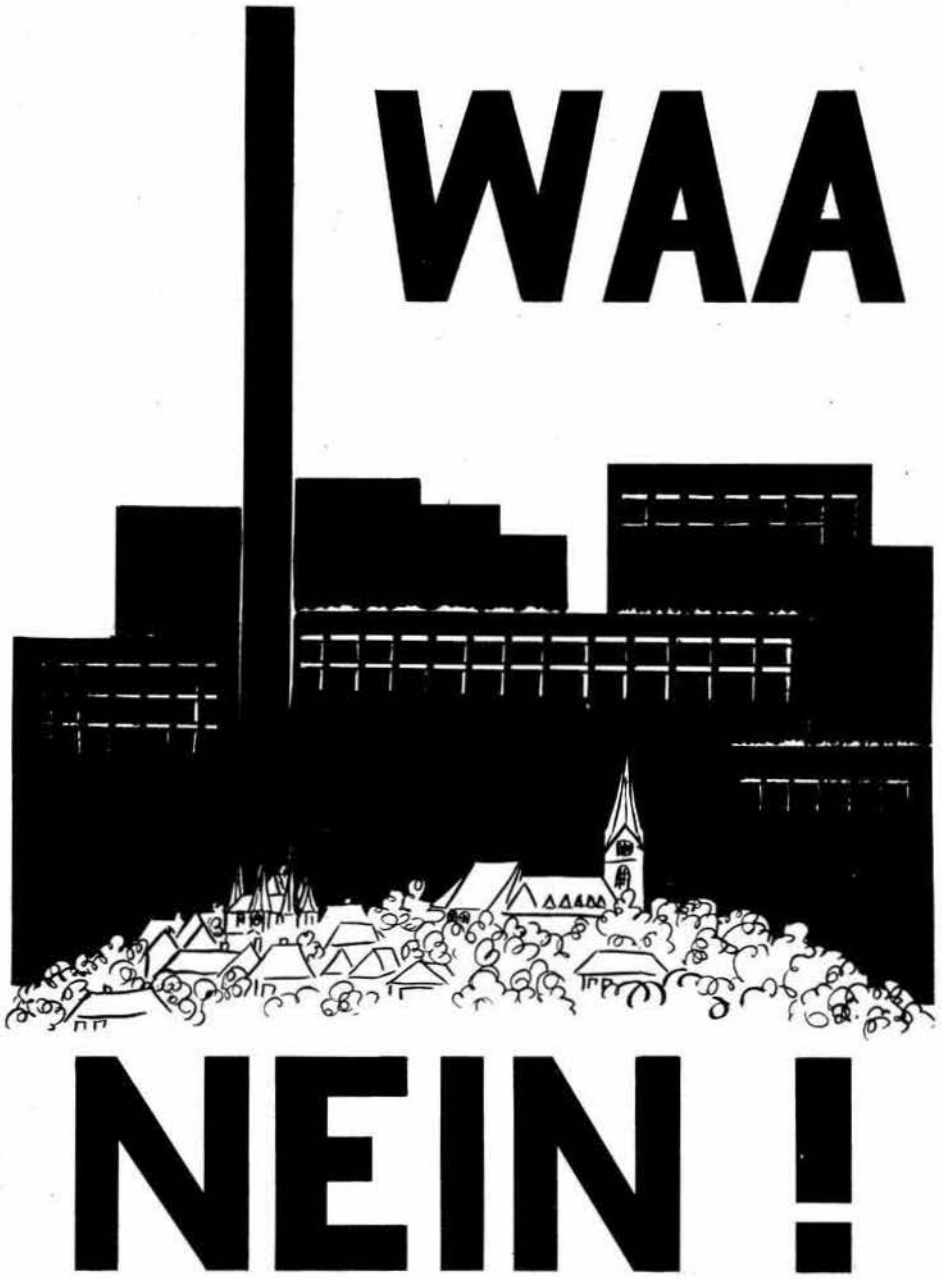
Wie schon im letzten Atom Express kurz berichtet, ist die zentrale WAA-Koordinationsstelle das Anti-Atom-Büro in Diemelstadt. Um die anfallenden Aufgaben – Aufbau eines bundesweiten Verteilers, Verschicken der WAA-Rundbriefe, Telefon usw. – erledigen zu können, ist Geld notwendig. Dieses Problem zu erkennen und zu lösen, ist auf den beiden bisherigen WAA-Treffen offensichtlich noch nicht gelungen.
Bei unserem letzten Besuch in Diemelstadt-Wethen bei Franz und Annette erfuhren wir, daß das Anti-Atom-Büro kurz vor dem Zusammenbruch steht, weil kein Pfennig mehr da ist. Da die Existenz des Büros wegen seiner Funktion als Anlauf-, Informations- und Kontaktstelle auch über die WAA-Koordination hinaus, von Bedeutung nicht nur für die hessische Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung ist, rufen wir zu Spenden auf.
Ein kritisches Wort, mal wieder, zum BBU: Ebenso wie vor kurzem in Frankenberg hatte der BBU vor einem Jahr, als Wethen der „heiße" hessische WAA-Standort war, nichts eiligeres zu tun, als in den Räumen des Anti-Atom-Büros eine „BBU-Außenstelle" einzurichten und anzukündigen. Das macht sich gut und hebt das Prestige, wenn man an den jeweiligen Brennpunkten zumindest organisatorisch präsent ist!Nun ist Wethen aus den Schlagzeilen und eine BBU-Außenstelle dort nicht mehr so wichtig. In den Räumen steht ein defekter Fotokopierer; für eine Reparatur ist beim BBU zur Zeit kein Geld da ... Zuwendungen materieller oder finanzieller Art gibt es zur Zeit nicht aus Karlsruhe ...

Adresse des Anti-Atom-Büros:

Anti-Atom-Büro
c/o Franz Jakob
Auf dem Ort 10
3549 Diemelstadt-Wethen

Spendenkonto:

Kreissparkasse Waldeck
Anti-Atom-Büro
Kto.Nr. 0101 8084
BLZ 52350005



Gedanken zur "Herbstoffensive"

In den letzten Monaten ist es relativ still um die Anti-AKW-Bewegung geworden. Die Unterstützung der Kriminalisierten, der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen haben die meisten von uns mehr als ausgelastet.
So wurde ohne Massenproteste die 3. -bisher atomfreundlichste- Fortschreibung des Energieprogramms verabschiedet, wurde durch die Baulinie '80 die Genehmigungspraxis für AKW's vereinfacht, wurden Sicherheitsauflagen für Reaktoren reduziert, konnte in Gorleben fast unbemerkt der Bau von End- und Zwischenlager begonnen werden.

Der Ausbau der Atomenergie läuft derzeit zügiger denn je voran: im Dezember ging das AKW Grafenrheinfeld in Betrieb. Die Nettoleistung der zehn kommerziellen Reaktoren stieg damit auf 9753 Megawatt. Doch neun weitere AKW's mit knapp 10000 MW-Leistung befinden sich derzeit in Bau.
Krümmel und Gundremmingen B sollen 1983, Gundremmingen C 1984, Phillipsburg II und Grohnde 1985, Mülheim-Kärlich und Brokdorf 1986 ans Netz gehen. Für zehn weiter AKW's liegen die Planentwürfe vor, wobei die Anlagen Lingen, Ohu II und Biblis C schon von Bundesinnenminister Baum abgesegnet worden sind. Auf Bauverzögerungen wie im Fall Whyl können wir auch nicht mehr spekulieren, denn seit Mai '82 ist die Beteiligung der Öffentlichkeit untersagt worden, wenn nachträgliche Änderungen überwiegend auf die Verbesserung der Sicherheit zielen.
Die Atomindustrie festigt derzeit ihre Position, während in der Öffentlichkeit oberflächlich schon von der „letzten Schlacht" (TAZ 1.6.82) gesprochen wird.
Denn die Industrie macht ihr Geschäft mit Leichtwasserreaktoren, während die fast rein staatlichen Prestigeobjekte - der Schnelle Brüter in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Üntrop - für sie keine Investitionsobjekte sind, da Folgeanlagen noch nicht genehmigt wurden.
Auch wenn die Finanzierung des Schnellen Brüters, des HTR zur Zeit problematisch erscheint, werden beide Projekte mittels Umschichtung im Bonner Haushalt und erhöhter Strompreise fertig gestellt werden, wenn es der Anti-AKW-Bewegung nicht gelingt, eine breite Empörung zu erzeugen. Denn ein Bauende wäre das Fiasko der Bonner Energiepolitik. Ein Jahrzehnt haben beide Projekte in den Forschungszentren Jülich und Karlsruhe für tausende von Bediensteten die Selbstverwirklichung bedeutet. Milliarden schluckte der Forschungsetat, kaum etwas blieb für Alternativkonzepte übrig. Die Regierung wird mit allen Mitteln versuchen, einen Atomskandal zu vermeiden. Die Atomindustrie andererseits weiß, daß es psychologisch bedenklich wäre, den Schnellen Brüter sterben zu lassen, da dies ein gehöriger Schritt in Richtung Ausstieg aus der Atomenergie bedeuten würde. Milliarden, die jetzt noch für die Schnelle Brüter Technologie verplant sind, würden den Atomingenieuren nicht mehr zu gute kommen.

Dank massiver staatlicher Subventionen ist das Geschäft mit AKWs in der BRD ein noch lohnendes, im Gegensatz zu den USA, wo aus privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Abriß einiger AKWs schon günstiger erscheint, als deren Fertigstellung.
Immerhin flossen bis Anfang 82 ca 26 Milliarden DM öffentliche Gelder der Atomtechnologie zu, während die Erforschung der Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme nur mit einer halben Milliarde unterstützt wurde.
Wozu forciert die BRD-Atomindustrie aber ihre Aktivitäten? Die Hauptargumente für AKWs ziehen nicht: der Energieverbrauch stagniert, Öl kann durch AKWs auch nicht eingespart werden, denn zur Stromerzeugung wird nur rund 4% des Öls verfeuert. Außerdem wird Öl für Spitzen- und Mittellastkraftwerke verwendet, um kurzfristig auftretenden Spitzenbedarf rasch abdecken zu können. Während AKW's Grundlastkraftwerke sind, die nur träge regelbar sind.

Fotocollage: Peter Grohmann

Die Atomlooby sieht jedoch ihre Felle davonschwimmen, denn alternative Energietechnologien werden schon in wenigen Jahren AKW's konkurrenzunfähig machen. Heute zeichnet sich bei Sonnenkollektoren ein Taschenrechnereffekt ab. Die Halbleiterindustrie verspricht die Kollektoren bald schon günstigt auf dem Markt anbieten zu können. Diese Konkurrenz fürchtend, versucht die Atomindustrie jetzt noch möglichst viel Kapital für ihre Projekte festzusetzen.
Dies kann freilich nur gerechtfertigt werden, wenn der Strombedarf rapide ansteigt. Deshalb versuchen die EVU's den Wärmemarkt zu erobern. Da werden elektrische Wärmepumpen und Speicherheizungen angepriesen, die auch noch staatl. subventioniert werden. Auch durch andere Maßnahmen hilft die „Energiesparregierung" mit die Energieverschwendung voranzutreiben:
Nachdem eine von ihr beauftragt Expertengruppe ermittelt hatte, daß bei gleicher Investion Wärmedämmung 6-mal soviel Öl einsparen hilft wie Atomenergie, kürzte die Bundesregierung erstmal die Sanierungshilfen von 500 Mio. DM auf 150 Mio. DM; die Enqute-Kommission hatte eine Aufstockung auf 2 Milliarden Dm gefordert! Die neue vom Bundesbauministerium entworfene Wärmeschutzverordnung ist mehr als doppelt so schlecht wie die seit vielen Jahren schon bestehenden Normen für Wärmedämmung in Schweden.

Der **Anti-AKW-Bewegung** stehen eine Menge einleuchtender Fakten für eine Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, die die Atomparteien bloßstellen könnten. Freilich die besten Argument sind nutzlos, wenn nicht das Atomprogramm wieder zum Diskussionstheme wird.
Aus diesem Grunde bereiten die verbliebenen aktiven Anti-AKW-Initiativen eine Art **Großoffensive** vor.
Der Schnelle Brüter in Kalkar steht dabei im Vordergrund, an ihm läßt sich am klarsten die Unsinnigkeit des Atomprogrammes demonstrieren. Argumente gegen den Brüter sollen in einem bundesweiten Flugblatt für alle Haushalte verteilt werden. Der Kalkarpfennig, der jetzt schon in NRW erhoben wird, soll boykottiert werden. Zusätzlich sollen auch Veranstaltungen mit den zuständigen Bundestagsabgeordneten lokal die Mobilisierung für die Großdemonstration am **2. Oktober am/im Schnellen Brüter** vorantreiben.
Die Leute von der bundesweiten Energiebroschüre versuchen bis zum 2.10. ihr Werk fertiggestellt zu haben, um die Kalkardemo als Auftakt für eine öffentlichkeitswirksame Verteilungskampagne auszunutzen.
Doch schon einen Monat früher soll es unruhig werden in der BRD. Am **letzten Augustwochenende** soll ein **Gorleben-Tribunal** abgehalten werden, auf dem das Fiasko der Energiepolitik und die Kriminalisierung von AKW-Gegnern angeprangert werden soll.
Am 3.9.wird der dreitägie„ Tanz auf dem Vulkan in Form eines Musikfestivals eingestimmt werden.
Am 4.9. soll bundesweit der Atomlobby die Präsenz der Anti-AKW-Bewegung nachdrücklich gezeigt werden. Ob die Koordinierung der WAA-Betroffenen gelingen wird - das erste Mal im BRD Anti-AKW-Kampf - parallel 4 Großdemonstrationen zu organisieren, ist noch offen. Dann brächte die Polizei aus Bayern nicht nach Norddeutschland, sie wird ein Wochenende in Schwandorf zubringen dürfen; der SEK-beamte Schütt darf sich in Kaisers-Esch tummeln, die Startbahn müden Hessenpolizisten werden zur Abwechslung mal nach Frankenberg gesandt. In Gorleben wird Aktivität erwartet: der Zwischenlagerwall soll erklommen und am liebsten sollen die DWK-Pläne ein für alle Mal endgelagert werden.
Die Großdemo in Gorleben am 4.9. soll auch genutzt werden, die norddeutschen Anti-AKW-Aktivisten über die Bedeutung des geplanten **Atommüllagers Schacht Konrad**bei Salzgitter betroffen zu machen, wo am **30.10.** demonstriert werden soll.

Als aktuellen Nachtrag zur Kalkar-Berichterstattung in dieser Ausgabe drucken wir nachfolgend den Aufrufvorschlag der Essener Initiative gegen Atomanlagen für die Großdemonstration am 2. Oktober ab, der kurz vor Lay-Out-schluß bei uns eingegangen ist. Ob und inwieweit dieser Text zur Grundlage der Kalkar-Mobilisierung gemacht wird, steht im Moment noch nicht fest; hierüber wird auf dem Treffen am 11.7. (siehe Kalkar-Artikel) beraten.

FÜR DEN SOFORTIGEN ABRISS DES BRÜTERS

Wir fordern:
1. die Erstellung eines Finanzierungsplans für den Abriß,
2. keine Behinderungen der Teilabrißgenehmigungen und
3. die sofortige Einstellung jeglicher Forschungsarbeiten für die Brütertechnologie!

Dieser Betonkoloß in Kalkar ist weder für ein Jugendzentrum noch für sozialen Wohnungbau gegeignet, sondern nur für die Durchsetzung der PROFITINTERESSEN der ATOMINDUSTRIE und der ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN (EVU) der BRD, der Niederlande und Belgiens, sowie der imperialistischen Interessen der BRD. Denn das Hauptziel „unseres" Landes (leider gehört es uns noch nicht) ist der Export von Brütertechnologie in Länder der 3. Welt (Argentinien, Brasilien). Um dies Ziel zu erreichen, muß die BRD im eigenen Kand beweisen, daß sie die Brütertechnologie im Griff hat, um dann im Zusammenhang mit anderen europäischen Ländern ihre Exportgeschäfte im Weltmaßstab abwickeln zu können.

Mit „freundlicher" Unterstützung des Staates – er gibt und finanziert Forschungsaufträge, übernimmt 93% der Baukosten, trägt zum Teil das Betriebsrisiko – haben sich die Interatom, Neratoom und die Belgonucleaire im Auftrag des RWE und der niederländischen und belgischen EVU's ihre Aufträge und Profite gesichert.

Das liegt überhaupt nicht in UNSEREM - (Bürger-)INTERESSE, ganz im Gegenteil! Um dem ein Einde zu bereiten, fordern wir die Durchführung des Abrisses durch diese Profithaie mit anteilsmäßiger Beteiligung an den Kosten ohne Abwälzung auf die Stromkunden, wie das bei Bau des Brüters geschehen ist.

Die guten Kontakte des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, besonders durch „Herrn" Bülow und seine „Genossen" Hauenschild und Schmidt-Küsten zu den EVU's, werden bei der zügigen Erstellung eines Finanzierungsplans für den Abriß hilfreich sein. Wer zähe Verhandlungen zur Weiterfinanzierung des Brüters führt, um den EVU's ein paar Groschen aus der Tasche zu ziehen **und den dünnen Etat umverteilt, damit sich die BRD als hochtechnisiertes Land profilieren kann, der soll diese Umverteilungen endlich mal im Interesse der Bürger durchführen.**

Da gemäß unserer 3. Forderung „Keine Forschungsarbeiten mehr" der Etat für das **Kernforschungszentrum Karlsruhe wegfällt, ist die Finanzierung des Abrisses gesichert.**

Falls noch Geld übrig bleibt, wird die Bewegung 82 in zähen Verhandlungen um die sinnvolle Verteilung ringen. Wir denken an die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, des Sozialhilfesatzes und des BAFöG (ich kann mir auch noch andere prima Sachen vorstellen, d.S.).

Bei Nichterfüllung unserer Forderungen, was sehr wahrscheinlich ist, denn die Interessen der Menschen haben nichts mit den Profitinteressen und imperialistischen Interessen zu tun, wird es nicht bei dieser Demo bleiben. Die Demo ist Teil dieses Kampfes, bei dem alle kämpfenden Menschen erwünscht und alle Mittel erlaubt sind.

Wir solidarisieren uns mit den Widerständlern in Gorleben, Frankenberg, Schwandorf, Wyhl, Schmehausen ... und fordern das gleiche:
ABRISS DES HOCHTEMPERATURREAKTORS,
KEINE WAA IN GORLEBEN UND ANDERSWO,
KEINE ZWISCHEN- UND ENDLAGER.

Wir wollen überhaupt keine Atomkraftwerke.

Freiheit für Markus und Michael !!!

Sackgasse Gorleben

Der Atombefürworter und geologische Sachverständige Duphorn hat vom Gorlebener Salzstock nicht mehr übriggelassen als einen Trümmerhaufen. In offizieller Order hat er für das Bundesforschungsministerium das Atomklo der Nation untersucht und nachgewiesen, daß Gorleben als Standort nicht in Frage kommt.
Nach allem, was jetzt über den Salzstock auf dem Tisch liegt, dürfen die Endlagerpläne in **Gorleben getrost als kriminell bezeichnet werden. Doch die Energiepolitik der Bundes**regierung ist spätestens seit Harrisburg kriminell, und sie wird es bleiben. Die ersten offiziellen Stellungnahmen beweisen das. Konsequenzen aus der Duphorn-Expertise: KEINE.
Stattdessen versuchen Bundesforschungministerium und die von ihm beauftragte Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) die wissenschaftliche Seriösität ihres eigenen bestellten Gutachters in Frage zu stellen, der „übers Ziel hinausgeschossen" ist (BMFT-Sprecher Uhl) und „unzulässige Schlüsse" gezogen hat (PTB-Sprecher Viehl). Mehr noch: Duphorn hat sich sogar erdreistet, politisch zu werden, Konsequenzen aus seinen 300 Seiten Geologen-Chinesisch zu ziehen und das böse Wort vom Verzicht auf den Standort Gorleben in den Mund zu nehmen. Sein Gutachten ist überflüssig. Bülow wischt sich damit den Arsch ab. Die Eignung des **Gorleben-Salzstocks als Atommülldeponie stand schon lange in Frage, ohne daß dies im** BMFT noch jemand gestört hätte. Im vergangenen Jahr hatte eine kritische Aktennotiz über die Eignung des Standortes Gorleben einen Hauskrach im BMFT ausgelöst. Die Aktennotiz mußte verschwinden und stattdessen die Sprachregelung von der „unveränderten Eignungshöffigkeit" (Hoffen auf die Eignung) des Salzstocks herhalten.
Es gibt in Gorleben kein Zurück mehr. Schon jetzt wird allein die weitere Erkundung des Salzstocks bis zum möglichen Baubeginn im günstigsten Fall bis 1992 dauern. Gorleben aufgeben, einen neuen Standort suchen, ihn gegen neuen Widerstand durchsetzen, wieder bei Null anfangen, um in fünf Jahren erneut festzustellen, daß der Salzstock auch an anderer Stelle kein Mülleimer ist, sondern ein lebendiges Stück Erde – das wird die Atomlobby nicht riskieren. Gorleben ist geeignet, Gorleben muß geeignet sein. Es gibt keine Umkehr in dieser Einbahnstraße, die schon lange zur Sackgasse geworden ist.
Das geplante Endlager in Gorleben gilt – schon heute – als Entsorgungsnachweis bei der Betriebsgenehmigung neuer AKW's. Ohne Gorleben kein AKW-Zubau. Hinter solche Argumente müssen denn auch die läppischen Tatasachen eines Herrn Duphorn zurücktreten.
„Hier in Gorleben handelt die Bevölkerung ab sofort in Notwehr" hat der Grüne Gorleben-Abgeordnete Martin Mombaur erklärt und das „größte Remmidemmi auf der Straße" angekündigt. Diese Drohung mag hilflos erscheinen, wenn man sich erinnert, daß selbst 400.000 Bonner Demonstranten von der **Medienöffentlichkeit als Randerscheinung eines „großen Besuchs" bewertet werden, doch es** gibt keine Alternative. Am 4. September ist Großdemo in Gorleben angesagt. Atombefürworter Duphorn hat sich um die Mobilisierung verdient gemacht.

M., TAZ-Ökologieredaktion

Trockenlager in Würgassen

Der Castor als Retter aus der Not

Die Herren der DWK und der Preussen Elektra wagten es nicht, sich den kritischen Fragen der Bürgerversammlung am 4.6.82 in Beverungen zu stellen.
Die BI "Kein Atommüllager in Würgassen" hatte zu der Bürgerversammlung geladen,um über die laufenden Versuche zur Atommüll-Trockenlagerung im AKW Würgassen zu diskutieren.Trotz brütender Hitze waren immerhin noch ca 17o interessierte Bürger erschienen.Neben den Vertretern der Atomindustrie waren auch Jörg Janning vom BBU und Dipl.Ing.Gerald Kirchner von der UNI Bremen eingeladen, deren Argumente das Fehlen der Betreiberseite verständlich machten.
Die beiden Referate beinhalteten zum einen die allgemeine Entsorgungslage (J.Janning), zum anderen legte G. Kirchner in einer detaillierten und verständlichen Darstellung die technischen Unzulänglichkeiten des Konzepts dar.
Im Anschluß an die Diskussion wurde eine Resolution bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung verabschiedet, in der das Fernbleiben der Atomindustrie scharf kritisiert wurde.

Würgassen: Das Podium, u.a. mit J.Janning (rechts) und Traute Kirsch

Im Januar '79 beantragte die Preussag beim Land NRW die Genehmigung, auf dem Gelände des AKW Würgassen ein Trockenlager für Atommüll zu errichten. Zur Lagerung sollten Transportbehälter vom Typ "Castor Ic" dienen. Dieser Antrag löste heftigen Widerstand in der Bevölkerung aus. **Neben mehreren Einzeleinsprüchen, darunter auch von der Stadt Beverungen und der** Kreisstadt Höxter, erfolgten tausende von Sammeleinsprüchen gegen das geplante Zwischenlager.

Vor allem auf der Bürgerversammlung im November '8o wurden die Mängel dieses Lagerungskonzeptes deutlich. Folgende Argumente entlarven das von der Preussag als "fertiges" Entsorgungskonzept propagierte Trockenlager als untauglich:
1. Allein die Existenz eines solchen Trockenlagers bedeutet zunächst eine Verdreifachung der radioaktiven Strahlenbelastung in der Umgebung von Würgassen.
2. Mit dem Transportbehälter Castor Ic liegen keine Langzeiterfahrungen bezüglich der Lagerung vor. Diese Unerprobtheit hat zur Folge, daß es keine Garantie im Hinblick vor allem auf das Dichtungssystem , Materialsprödigkeit,Materialermüdung, Rissebildung, Hüllrohrkorrosion usw geben kann.
3.Das radioaktive Inventar auf dem Gelände des Atomkraftwerkes wird vervielfacht, das heißt, im Katastrophenfall bedeutet Atommüllager in unmittelbarer Nähe eines AKWs eine wesentliche Erhöhung des Gefährdungspotentials.

Nach dieser Bürgerversammlung ließ die Preussag ein Jahr lang nichts mehr von sich hören. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Zwang zu einer sofortigen Zwischenlagerung nicht mehr gegeben war, da durch die Ablehnung des AKW Zwentendorf durch die Bevölkerung Kapazitäten in der WAA La Hague für Brennelemente des AKW Würgassen wieder zur Verfügung standen.
Doch die Pläne mit Würgassen sind noch nicht gestorben.Durch die Engpässe in der Entsorgung sind Preussag und DWK weiterhin stark daran interessiert, das Trockenlager in Würgassen durchzusetzen. Der Verdacht liegt nahe, daß dieses **Lagerungskonzept mehr als nur eine kurzfristige Zwischenlagerung sein soll und auch für die Entsorgung anderer AKWs vorgesehen ist (ein Indiz dafür könnte der Bau einer großen Zufahrtsstraße zum Atomkraftwerk sein!)**

Hatte die Preussag im November '8o die Trockenlagerung noch als fertiges Entsorgungskonzept angepriesen, ließ sie sich ein Jahr später erst vom Sozialministerium Versuche mit dem Behälter Castor Ic für die Dauer von zwei Jahren genehmigen, und dies nicht etwa in einer Forschungsanlage sondern direkt neben einem Reaktor. Hierdurch wird die Unverfrorenheit deutlich, mit der vorher ein unfertiges, völlig unerprobtes Entsorgungskonzept als "fertig und sicher" der Bevölkerung untergeschoben werden sollte.

Im Folgenden weitere Unrechtmäßigkeiten und Bedenken:
1. Nach §7 des Atomgesetzes darf eine Kerntechnische Anlage nur **einem** Zwecke dienen (entweder Lagerung oder Forschung oder Stromerzeugung).
2. Die Tests wurden genehmigt, ohne daß ein Verfahren vorliegt, das eine Überhitzung und damit Freisetzung von Radioaktivität ausschließt.
3.Der umstrittendste Punkt ist das Langzeitverhalten der Kunststoff-und Metalldichtungen im Deckelsystem, da dieses Material nach Angaben der Herstellerfirma unter Neutronenbestrahlung Fluorwasserstoff-Gas bildet,das mit Wasser (aus der Füllung der Behälter) zu Flußsäure reagiert, einer außerordentlich stark korrodierenden Substanz.

Übrigens: "Castor" bedeutet "Retter aus höchster Not".
Ihr seht daran, was dieses Teil für die Atomindustrie bedeutet. Deshalb: Widerstand!

Kontaktadresse:
BI "Kein Atommüllager in Würgassen"
c/o C.Garbe, Meinbrexer Strasse 7
3471 Lauenförde
T: 05273/ 7732

Gebt Michael und Markus heraus!

Im Namen des Volkes

hat Richter Selbmann am 13.5. im Landgericht Itzehoe die Urteile im Brokdorf-Prozess gesprochen - ein Urteil gegen das Volk.

5 1/2 Jahre für Michael
3 Jahre für Markus
jeweils ohne Bewährung.

Ein Fanal wollte Richter Selbmann im Auftrag der Herrschenden in diesem Staat setzen. Ein Fanal gegen den Widerstand der Menschen gegen Atomanlagen, Umweltzerstörung, zunehmende Kriegsgefahr. Wo Unterdrückung ist, wo Terrorurteile gefällt werden, um abzuschrecken, um Widerstandswillen zu brechen, da ist Solidarität notwendig.

Denn er hat dieses Urteil nicht direkt gegen uns gesprochen - er will zwei von uns, stellvertretend für uns alle, für Jahre in den Knast bringen.

Solidarität mit Markus und Michael bedeutet dafür zu sorgen, daß sie während der langen Zeit im Gefängnis nicht alleine bleiben, daß sich Menschen um sie kümmern, sich mit ihnen auseinandersetzen, dafür sorgen, daß in der Öffentlichkeit immer wieder angepranget wird, was mit Michael und Markus gemacht worden ist und noch gemacht wird, daß immer wieder versucht wird, Druck auszuüben, ihre Freilassung durchzusetzen.

Da gegen das Urteil Revision eingelegt worden ist, befinden sich Markus und Michael nach wie vor in U-haft. Das heißt, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Erst wenn der Bundesgerichtshof über den Revisionsantrag entschieden hat - das kann schon in drei bis vier Monaten, aber auch erst Anfang nächsten Jahres sein - steht es endgültig fest, ob Markus und Michael ihre Urteile absitzen müssen.

Gegen das Urteil gibt es keine Berufungsinstanz! Der einzig noch mögliche Weg ist die Revision beim Bundesgerichtshof. Und da wird nur auf Verfahrensfehler hin geprüft, nicht auf die Höhe des Urteils selber.

Noch besteht die Chance, daß der Bundesgerichtshof positiv über den Revisionsantrag entscheidet. Voraussetzung dafür ist eine breitest mögliche politische Kampagne. Denn - obwohl es genug Verfahrensfehler gegeben hat - von allein wird der BGH dem Antrag nicht stattgeben.

Die unterschiedlichen Vorstellungen vom Widerstand dürfen dabei kein Grund sein, eine gemeinsame Kampagne aller AKW-Gegner zu vereiteln. Denn es geht hier doch darum, die Zerstörung zweier Menschen zu verhindern, an denen stellvertretend für uns Rache genommen wird. Und es geht auch darum, zu verhindern, daß das „Itzehoer Landrecht" zur Norm und mehrjährige Haftstrafen wegen Landfriedensbruchs zum Alltag werden!

DIE FRAGE NACH RECHT UND UNRECHT

Wenn Staatsanwalt Wieduwilt in seinem Plädoyer sagt, dieser Prozess richte sich nicht gegen den Widerstand gegen AKWs, sondern nur gegen Rechtsbrüche, dann fragen wir uns, wie sollen wir gegen AKWs Widerstand leisten, ohne **das** Recht zu brechen, das den Bau von AKWs legitimiert?

Wer ist kriminell, der, der Atomkraftwerke betreibt, den Betrieb politisch ermöglicht und die Anlage schützt, oder der, der Widerstand dagegen leistet?

Für uns sind die kriminell, die unser Leben und unsere Lebensbedingungen im Interesse von Profit und Macht vernichten, und nicht die, die versuchen, das zu verhindern.

Für uns sind die Antworten klar, und wir wissen auch, daß in den Fragen unversöhnliche Widersprüche aufeinanderstoßen. Widerstand, der die herrschenden Verhältnisse angreift, wird von denen, die sie erhalten wollen, mit allen Mitteln, auch mit ihrer Justiz und Psychiatrie, bekämpft werden. Die Menschen im Widerstand werden als anormal und kriminell hingestellt.

Wir können uns die Formen unseres Widerstandes nicht von denen vorschreiben lassen, die die herrschenden Zustände verteidigen - mit ihren Polizeischergen, ihren Gesetzen, ihrer Wissenschaft.

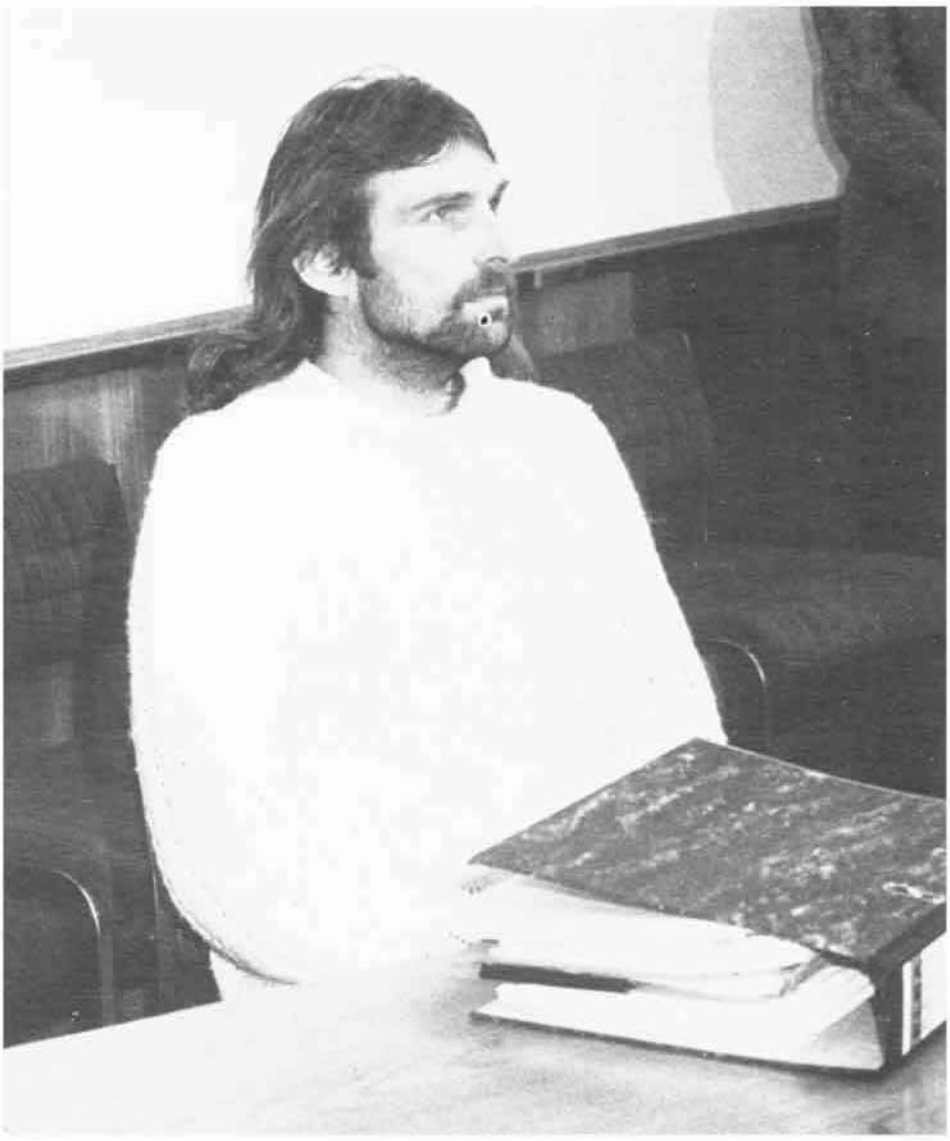
Wir werden die Verurteilung von Markus und Michael nicht tatenlos hinnehmen.

Auch wenn die Hoffnung auf die Revisionsentscheidung nicht zu groß sein darf, müssen wir auf allen Ebenen versuchen, unsereLeute nicht alleine zu lassen und immer wieder ihre Freilassung fordern.

Und wir sollten uns die Forderung von Markus und Michael zu Herzen nehmen, und dort mit unserem Widerstand weitermachen, wo sie aufgehört haben. Denn das ist der größte Solidaritätsbeweis für sie - nämlich in Brokdorf.

Deshalb unsere Forderungen:

Freiheit für Markus und Michael!
Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!
Kein AKW in Brokdorf oder anderswo!



Michael

Markus

Gemeinsame Erklärung der Verteidigung vom 6.5.1982

Wir werden nicht plädieren.
Unser Selbstverständnis als Strafverteidiger verbietet es uns, für eine ausschließlich vom politischen Ziel bestimmte Justiz den Legitimationsrahmen im Schlußplädoyer abzugeben.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft sind die unbeirrte Fortsetzung des Manövers mit dem Mordversuch im Vertrauen auf die emotionale Wirkung eines zum Sensationsbild hochgepeitschten Fotos. Nicht 53 Tage Beweisaufnahme haben die Anträge der Staatsanwaltschaft bestimmt. Sie verraten die gleiche Handschrift wie der Fahndungsaufruf, der wider besseres Wissen lebensgefährliche Verletzungen des Polizeibeamten Schütt behaupteten und das Graben-Foto zum Mordversuch erhob.

Die von Gericht und Staatsanwaltschaft immer wieder proklamierte Behauptung, dies sei kein politischer Prozeß, ist entlarvt. Der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft verrät seine aus der Verhandlung geschöpfte Überzeugung und ordnet sich dem politischen Kalkül der Landesregierung unter. Die eingeforderten 6 Jahre zielen auf den wahren Angeklagten, die Anti-AKW-Bewegung und ihren Widerstand.

Das Gericht hat für diese Strafanträge den Rahmen geschaffen: die ersten 3 Monate verhandelte die Jugendkammer ohne Anklage insgeheim auch über ein Tötungsdelikt; seit über einem Jahr hält sie bis heute den Haftbefehl gegen Michael Duffke aufrecht; ungeachtet der Intervention des Bundesverfassungsgerichts und der revisionsrechtlichen Folgen entschloß sich das Gericht zum prozessualen Durchmarsch. Es hat damit signalisiert, daß es sich den beispiellosen Strafanträgen nicht widersetzen werde.

Wir verweigern uns der Funktion des rechtsstaatlichen Alibis für die Legitimation eines Urteils, das immer noch maßlos ist, auch wenn es die fürchterliche Maßlosigkeit der Anträge der Staatsanwaltschaft nicht erreicht. Diese Linie der Verurteilung können wir nicht mit einem Plädoyer, mit argumentativer Überzeugung durchbrechen. Als letztes Mittel, solche Urteile abzuwenden, verlangt hier Verteidigung unserer Mandanten den Protest durch Verweigerung.

Als Verteidiger
gez. Rosenkranz gez. Tode
gez. Werner gez. Baisch

Das Plädoyer des Staatsanwalts

Nach 53 Tagen Beweisaufnahme und siebenmonatiger Verhandlung - ausschließlich vom politischen Ziel der Kriminalisierung von berechtigtem Widerstand bestimmt - forderte Staatsanwalt Wieduwilt am 29.4. im Landgericht Itzehoe 6 Jahre Haft ohne Bewährung für Michael und 2 Jahre mit Bewährung für Markus.

Daß es sich hierbei um eine politische Forderung handelte, zeigte sich - nach den schon dadurch bestimmten Verhandlungstagen - ganz besonders an diesem Tag. StA Wieduwilt wurde unmittelbar vor seinem Plädoyer vom Innenministerium Schleswig-Holstein vor die Wahl gestellt, entweder die von ihm ursprünglich vorgesehene Haftforderung für Michael erheblich zu erhöhen oder einem willigeren Kollegen Platz zu machen, der widerspruchslos für 6 Jahre plädieren würde. Zur Sicherheit wurde dem Staatsanwalt bei seinem Plädoyer noch ein Wachhund vom Justizministerium an die Seite gesetzt. Sein Beisitzer Finger nahm am Plädoyer nicht mehr teil.

Am 29.4. kam es im Gericht noch zu einem weiteren Verbrechen: Obwohl die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, saß ein Zivilbeamter (der als „Öffentlichkeit da war") weiter im Gerichtssaal. Als Michael dagegen protestierte, wurde er von den Justizschergen in die Gerichtszelle im Keller geschleppt und die Tür zum Verhandlungssaal abgeschlossen. Als die Rechtsanwälte, um Michael zu helfen, Richter Selbmann mehrmals aufforderten, die Tür öffnen zu lassen, nahm er das gar nicht zur Kenntnis. Währenddessen waren die ganze Zeit Michaels Hilfeschreie aus dem Keller zu hören, als er von den Polizeischergen schwer mißhandelt wurde

Trotz der ihm zugefügten Verletzungen bekam er keine ärztliche Hilfe, sondern mußte dann noch mehrere Stunden in der winzigen Zelle zubringen.

Während des Plädoyers zeigte sich auch, wie gewichtig das psychiatrische Gutachten für das Urteil wurde. Wieduwilt: „Michaelis (der Gutachter) Eindrücke von Michael Duffke decken sich auch mit den Eindrücken von Finger und mir: Michael Duffke zeigt eindeutig aggressive Züge."

Der Gutachter hatte Michael zwar attestiert, daß er nicht geisteskrank ist, aber auch gleichzeitig ein Bild aufgebaut, und das war ja auch seine Aufgabe, das Michael als potentiellen Täter erscheinen ließ.

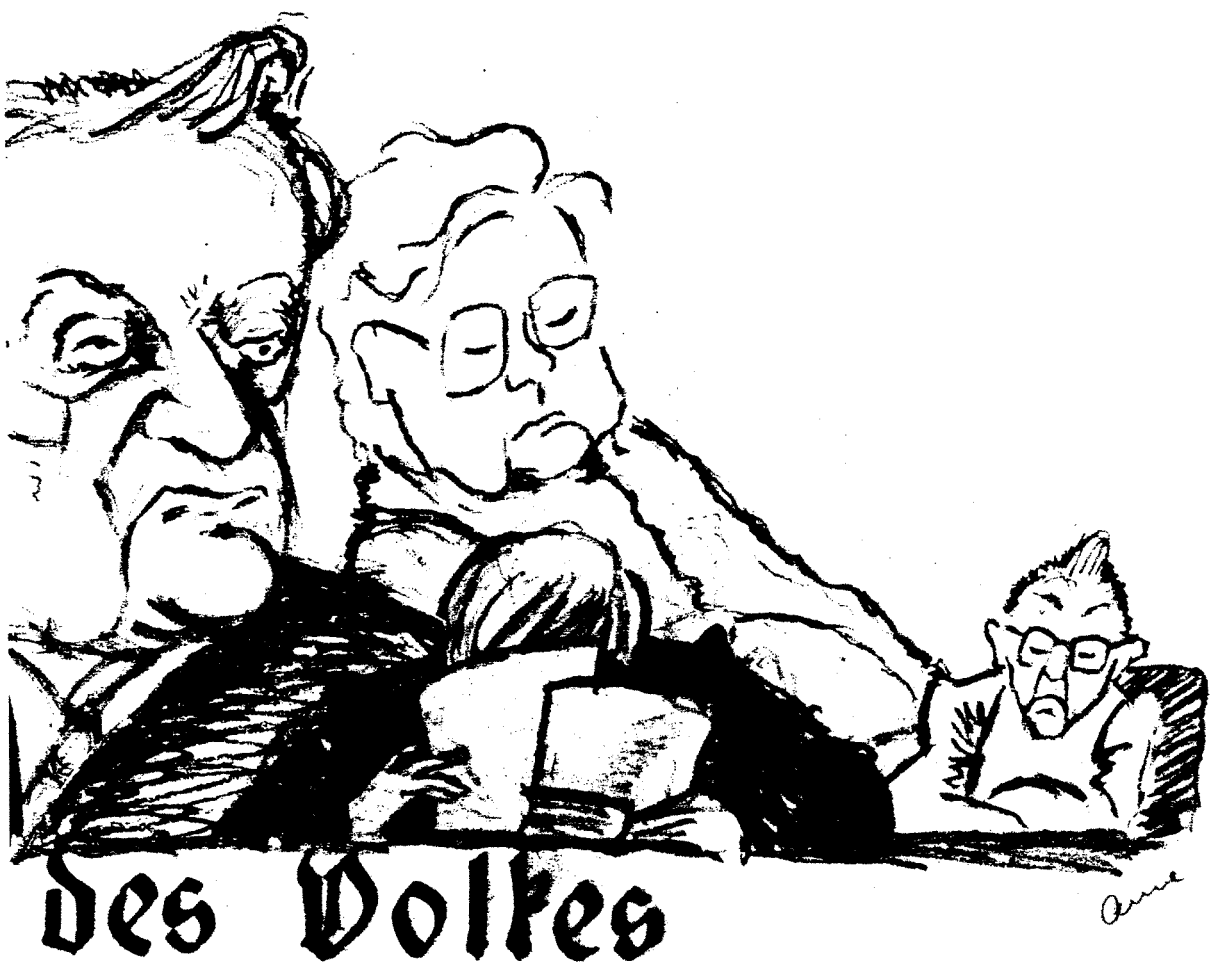
Nachdem es mit normalen rechtstaatlichen Mitteln nicht möglich war, Michael als Täter zu überführen, wurde mit dem Gutachten ein Charakterbild von ihm konstruiert, das ihn als Täter erscheinen läßt - so auch Wieduwilt: „Die Tat paßt zu dem Angeklagten".

Aus Protest über das Verfahren und das Plädoyer des Staatsanwaltes weigerten sich die Rechtsanwälte am 6.5. ihr Plädoyer zu halten und gaben statt dessen eine Erklärung heraus (siehe Kasten).

Im Namen

13.5.1982, Landgericht Itzehoe.
Etwa 300 AKW-Gegner aus Norddeutschland waren gekommen, um dem Gericht zu zeigen, daß Markus und Michael nach wie vor nicht alleine sind.Ein kleiner Teil von Ihnen durfte zur Urteilsverkündung mit in den Gerichtssaal. Markus bedankte sich noch bei den draußen gebliebenen für die Solidarität und ihr Verhalten während des Prozesses.
Bevor Richter Selbmann das Urteil verkündete, gab er zuerst bekannt, daß gegen Markus ein Haftbefehl mit sofortiger Wirkung erlassen worden ist.
Angesichts dieser überraschenden Entscheidung kam es auf den Zuschauerplätzen zu lautstarken Protesten, wodurch es für viele nicht mehr möglich war den Urteilsspruch zu verstehen:
Beide sind des schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung für schuldig befunden!
5 Jahre 6 Monate Knast für Michael
3 Jahre Knast für Markus
Beide Haftstrafen nicht auf Bewährung !
Gleich darauf wurde der Gerichtssaal durch behelmte Polizei geräumt. Die vor dem Gericht wartenden Freunde konnten das Urteil nicht fassen. Ohnmächtige Wut machte sich breit. Angesichts des großen Polizeiaufgebots am Gericht entschloß man sich, in die Innenstadt zu gehen, um dort gegen dieses Urteil zu protestieren.
Nach 2 Stunden Unterbrechung und unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur die Presse durfte dabei sein, gab das Gericht, in Person von Richter Selbmann, die Urteilsbegründung bekannt. Zur selben Zeit wurde in der Itzehoer Innenstadt ein Kesseltreiben mit den Demonstranten veranstaltet, in dessen Verlauf 29 Leute festgenommen wurden.
Zuerst ließ Selbmann wieder seine behelmten Büttel in den Saal einmarschieren, um auch noch die letzten Öffentlichkeitsvertreter, die keinen Presseausweis hatten, aus dem Gericht zu entfernen.
Als Markus und Michael sich dann auch ausschließen ließen, hatte Selbmann dann nur noch die Presse als Zuhörer.
(Die Urteilsbegründung im folgenden als Gedächtnisprotokoll)
Er begann mit einer allgemeinen Beschreibung der Situation in der Wilster Marsch vor und am Tag der Demo vom 28.2.81 und rechtfertigte das Demonstrationsverbot, das der Landrat des Kreises Steinburg wenige Tage vorher ausgesprochen hatte. Dieses Verbot sei auch die Grundlage für die Polizeiaktionen gewesen.
Dann tätigte Selbmann noch einen Ausflug in die Rechtsphilosophie:
Ein Widerstandsrecht, das sich in Gewalt artikuliert, gibt es in unserer Verfassung nicht. Der politische Wille kann nur durch eine Mehrheitsfindung über die Parteien und den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Wahlen durchgesetzt werden. Denn in unserer Verfassung spiegeln die gewählten Volksvertreter den Willen des Volkes in bisher nicht gekanntem Ausmaß wider. Findet man keine Mehrheit, dann hat man sich unterzuordnen, **ansonsten entfernt man sich von der Demokratie und kommt zur Anarchie. Jeder gewalttätige Widerstand**, auch nicht genehmigte Demonstrationen, sind daher nicht politisch, sondern als tiefe kriminelle Tat zu sehen. Deshalb kann man das Verhalten der Angeklagten auch nicht mit einer Wirtshausschlägerei vergleichen. Ihr Handeln hätte, durch die Massenwirkung, zum Initial für bürgerkriegsähnliche Zustände werden können.
Damit war er dann bei der Rolle der Polizei: Im Grundgesetz ist geregelt, daß angemeldete Demonstrationen durchgeführt werden dürfen. Die Polizei hat die Aufgabe, solche Veranstaltungen zu schützen. Sie regelt z.B. die Verkehrslenkung oder schützt die Demonstration vor Einflüssen von innen und außen. Zu diesen Aufgaben gehört auch das Herausgreifen von Störern, wie in diesem Fall, um auch weiterhin die Veranstaltung von Demonstrationen gewährleisten zu können.

Das Gericht hat beide des „schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung" für schuldig befunden (und das, obwohl der SEKler Schütt lediglich eine Schramme am Ohr hatte).
Das Gericht brachte als Beweis dafür, daß Michael einer der Täter war, nur vor:
- Die Fotos, die der Pressefotograf Heidt vom Grabenvorfall gemacht hatte, und das dazugehörige Lichtbildgutachten des BKA-Sachverständigen Binek. Dieser hatte sich vor Gericht selber disqualifiziert:
„Studiert habe ich nie. Ich habe keine anthropologischen Studien betrieben...Medizinische Fragen lehne ich ab. Mein Studium ist die Praxis im BKA...Das ist meine Methode. Ich bin in die Aufgabe hineingewachsen. Vorraussetzungen sind: Lupe, ein gutes Auge und klarer Verstand...Ich habe etwa zehn ausführliche Gutachten gemacht. Ich bin mir nicht bewußt, mich geirrt zu haben."Auf die Frage, warum er sich dessen so sicher sei: „Daraus, daß die Betroffenen verurteilt worden sind. Der Sachverständige benutzt die Methode, nach der kürzlich ein Student aus Köln irrtümlich als Christian Klar identifiziert worden ist.
Das war die ganze Begründung, auf deren Basis dieses Gericht Michael für 5½ Jahre hinter Gitter bringt.
Bei Markus hatte man schon etwas „mehr":
- Nach derselben Methode (Heidtfotos und BKA-Gutachter) kommt das Gericht zu der Auffassung, daß man anhand der Kleidungs-



stücke sagen kann, daß Markus der Zweite im Graben war (zu sehen waren Öljacke und Helm, und die Sachen sind wohl nicht so selten).
- Durch die Zeugenaussage eines Kaufmanns sei es erwiesen, daß Markus kurz vorher eine Schaufel gekauft hatte. (Auf die Frage, wie er denn darauf gekommen sei, daß Markus der Käufer gewesen sei: Der Dorfpolizist hatte ihm den Tip gegeben, daß ein Kunde Markus beim Spatenkauf erkannt habe. Dieser Zeuge meldete sich erst nachdem er von den 5000 DM Kopfgeld gehört hatte.)
- Die Aussage von Uschi :
„Geben sie doch zu, daß sie den Mörder Markus Mohr kennen!" - So von Vernehmungsbeamten unter Druck gesetzt, ließ sie sich Aussagen in den Mund legen, die sie dann im Gericht aber widerrief.
Das Gericht erklärte jetzt aber, daß es nur den Aussagen von Uschi, die im Vernehmungsprotokoll stehen, Glauben schenke. Bei der Aussage vor Gericht geht man davon aus, daß sie „ wissentlich eine Falschaussage " gemacht hat, um Markus zu schützen. (Wenn dem gericht eine Aussage nicht in den Kram paßt, dann wird eben gesagt, daß das eine Falschaussage ist).
Zu dem Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung erklärte Selbmann:
Obwohl der Beamte Schütt tatsächlich nur leicht verletzt worden ist, kann hier nicht das Resultat der Gewaltausübung zur Festsetzung des Strafmaßes herangezogen werden. Vielmehr müsse man berücksichtigen, wenn man mit Knüppel oder Spaten auf einen Helm einschlägt, daß man dann einkalkuliert, daß es dabei zu schweren Verletzungen kommen kann.
Zur Begründung, warum man bei Markus über das geforderte Strafmaß des StA hinausgegangen sei, erklärte Selbmann:
Das Gericht ist nicht der Überzeugung des Jugendpflegers, daß die U-Haft und die Dauer des Prozesses Strafe genug für Markus gewesen sind. Das Gericht hat 55 Verhandlungstage darauf geachtet, wie sich der Angeklagte Mohr im Gerichtssaal verhalten hat. Daß er engagierter AKW-Gegner ist, hat das Gericht keinesfalls zu seinem Nachteil ausgelegt. Jedoch hat das Gericht während der gesamten Verhandlung vergeblich auf eine Distanzierung von Gewaltanwendung gewartet.
Von einem Menschen mit Abitur kann man erwarten, daß er zwischen Demokratie und Anarchie unterscheiden kann. Der Angeklagte Mohr kennt diesen Unterschied auch. Daher handelt es sich um ein besonders schweres Delikt,das unbedingt eine Erziehungsstrafe erfordert. Aus diesem Grund hält es das Gericht nicht für gerechtfertigt, eine Strafe von weniger als 3 Jahren auszusprechen.
Im Gegensatz zu Michael soll die Haft bei Markus auch keine Strafe, sondern eine Erziehungsmaßnahme darstellen. Denn in der Zeit kann er dann ganz wertfrei über Widerstandsformen nachdenken.
„ Der Angeklagte Mohr muß wissen, daß er nicht mit dem Kopf durch die Wand kann. Wenn er dies nicht einsehen will, dann müssen wir ihm zeigen, daß die Wand stärker ist."
Aus demselben Grund (Erziehungsmaßnahme) hat das Gericht auch nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht (nach dem Jugendstrafrecht ist das üblich), ihn von den Prozeßkosten zu befreien. Denn so könne man erwarten, daß dies eine bleibende Erinnerung bringt.
Zudem haben es sich die Angeklagten selber zuzuschreiben, daß es zu so hohen Gerichtskosten gekommen ist.Denn normalerweise hätte man so einen Prozeß in weniger als zehn Verhandlungstagen durchziehen können. Allein durch die Prozeßführung der Verteidigung sei es zu über 50 Verhandlungstagen gekommen. (Laßt euch lieber ohne Gegenwehr aburteilen, dann wird es wenigstens nicht so teuer).
Das Gericht ist ebenfalls der Meinung, daß man bei der Strafzumessung nicht das Verhalten Schütts vor der Tat an ihm und genauso wenig andere Handlungsabläufe berücksichtigt werden können (10 m neben Schütt wurde zu derselben Zeit ein Fotograf von Polizisten brutal zusammengeschlagen). Dies habe zwar die Emotionen aufgeladen, relevant für das Urteil sei aber nur die Tat selber.
Zur Höhe des Urteils sagte Selbmann noch, daß der Strafrahmen für Landfriedensbruch zwischen 6 Monaten und zehn Jahren liegt.
„ Da es sich hier um eine mindestens mittelschwere Tat handelt" kriegt Michael 5½ Jahre. Bei Markus sind es nur drei Jahre geworden, weil er keine Vorstrafe hatte.
Auf die Aussagen der Entlastungszeugen, die während des Prozesses gemacht worden sind, ging Selbmann mit keinem Wort ein. Für ihn gab es keinen Zweifel am Wahrheitsgehalt von Polizistenaussagen, ganz im Gegensatz zu den Aussagen von Leuten, die ja an einer verbotenen Demonstration teilgenommen hatten. Auch die Tatsache, daß mehrere parallel zu diesem Prozeß abgehandelte Verfahren gegen andere Brokdorf-Demonstranten wegen der Widersprüchlichkeit und erkennbar konstruierten Polizistenaussagen eingestellt werden mußten, konnte Richter Selbmann nicht beirren.
Den Grundsatz jeder demokratischen Rechtssprechung „Im Zweifel für den Angeklagten" schien er nicht zu kennen, wohl aber die Anweisung der Kieler Landesregierung nach einem Urteil, daß auch abschreckt!
Selbmann brachte die Bedeutung des Urteils selber auf den Nenner:
„Dies Urteil soll ein Fanal für andere sein"

Ein Fanal für uns

Am Tag, als Richter Selbmann das Urteil sprach, gab es nur eines - ohnmächtige Wut über dieses Urteil, ohnmächtige Wut auf diesen Staat. Heute, ein paar Wochen später, ist die Wut immer noch da, aber sie ist nicht mehr ohnmächtig. Man kann und muß heute ziemlich klar sehen, was dieses Urteil ist, was für Ziele damit verfolgt werden, und das ist wohl das wichtigste, daß wir unser eigenes Verhalten ändern müssen.
Eigentlich war ein solches Urteil von Anfang an zu erwarten, nur wollte es niemand so recht wahr haben. Erst als Staatsanwalt Wieduwilt sein Plädoyer, oder besser gesagt das seiner Vorgesetzten, hielt, wurde klar, in welchen Dimensionen wir denken müssen.
Justitia - auf die wir uns im Innern doch noch moralisch beziehen - hat hier keinen Platz mehr, hier geht es nur noch um Unterdrückungspolitik. Dies ist nicht unser Recht! Uns war zwar schon vorher klar, daß uns unsere Gegner mit der Kriminalisierung in unserem Kampf hindern wollten, aber völlig neu ist für uns die Höhe des Urteils.
Hier soll versucht werden, den Paragraphen des Landfriedensbruchs in seiner vollen Höhe, bis zu 10 Jahren, auszuschöpfen. In diesem sehr personalisierten Prozeß, der auch noch eine ziemlich große Öffentlichkeit hat, wird versucht, so etwas wie ein Grundsatzurteil zu erzwingen.
Wenn dieses gelingt - und davon muß man realistisch ausgehen - dann wird es keine Schwierigkeit sein, andere Verfahren, die wegen Landfriedensbruch laufen, mit ähnlich hohen Strafen zu belegen. Denn bei diesen Verfahren wird es nicht mehr diese Öffentlichkeit geben, das Thema wird für die Presse und auch für die liberalistischen Verbände keine Aktualität mehr besitzen.
Markus und Michael sind zwei Angeklagte, die eine große Publizität besitzen. Aber wer, außer den sich intensiv damit Beschäftigenden, hat schon was von dem Prozeß gegen die Glückstädter, gegen die Bewegung Weiße Rose und die ganzen anstehenden Folgeverfahren wegen den Solidaritätsdemos gehört.
Da fängt es an, daß aus Namen Nummern werden. Wer kennt die Namen der Leute, die in Berlin, in Frankfurt usw. Verfahren am Hals haben? In Berlin gibt es an die 3000 Verfahren, in Frankfurt sind es auch schon an die 2000. In Berlin sind Leute zu 3½ Jahren verurteilt worden - wer hat was davon gehört?
Die Verfahren und Urteile können nicht mehr alle wahrgenommen werden, unsere Kraft reicht nicht aus, uns darum zu kümmern und dann auch noch auf anderer Ebene Widerstand zu leisten.
Das Gleiche läuft im Moment auch auf finanzieller Ebene ab. Neben den vielen „ kleinen " Strafen von 500,- bis 1000,- DM - die die Leute schon fast widerspruchslos hinnehmen, weil sie froh sind, nicht noch mehr abzukriegen - wird im Moment versucht, auch dort ein Pilotverfahren durchzusetzen: Einer von den Grohnde-Verurteilten soll jetzt 8000 DM Gerichtskosten bezahlen. Wenn er dies bezahlt hat, dann warten 20.000 DM Schmerzensgeldforderung auf ihn. Und dann warten da noch die 235.000 DM Schadensersatzforderung. Und bei dieser Forderung sind die Leute gesamtschuldnerisch verurteilt worden, d.h., sie können es sich von einem holen, und der kann dann sehen, wie er sich von den anderen 12 die Kohle wieder eintreibt. - Diese Forderungen werden alleine auf der Basis erhoben, daß durch die bloße Anwesenheit bei der Demo militante Aktionen unterstützt worden sind.
Er kann und will natürlich nicht bezahlen. Deshalb stellt sich für ihn jetzt die Frage des Offenbarungseides. Damit würde für ihn dieselbe Situation entstehen, wie für Markus und Michael. Wenn die beiden wieder aus dem Knast rauskommen, dann warten da auch dicke Geldforderungen - die sie ebenfalls weder bezahlen können noch wollen - und das bedeutet für beide, daß sie wohl ewig keinen Sinn mehr im Arbeiten aus wirtschaftlichen Erwägungen sehen werden. Denn alles, was über dem Existenzminimum liegt, wird sofort gepfändet werden. Abgesehen davon, daß Leute mit solchen Vorstrafen wohl kaum noch einen vernünftigen Job finden werden. Von einem „normalen" Leben wird wohl also kaum mehr die Rede sein können.
Allein mit dem Geld der Ermittlungsausschüsse können wir unsere Kriminalisierten nicht versorgen. Das geht schon bei den momentanen Prozeßkosten drauf.
Wenn wir unseren Widerstand aufrechterhalten wollen, dann müssen wir auch andere Lebensformen entwickeln. D.h., wir müssen uns innerhalb dieses Staates - von dem wir nichts zu erwarten haben - Strukturen schaffen, die uns trotzdem eine gewisse Sicherheit bieten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Leute, die aus dem Knast rauskommen, dann auch noch Arbeit finden, in der sie einen Sinn sehen und mit der sie auch ihr Leben finanzieren können, ohne daß die Staatskasse gleich ans Geld rankommt.
Wir müssen versuchen, das Zahlungsmittel Geld, mit dem der Staat uns erpressen kann, bei uns durch andere Mittel zu ersetzen. Wie wäre es mit der alten Idee „ Arbeit gegen Arbeit oder Sachgüter ".
Dann sind wir natürlich auch gezwungen, auf die Verlockungen dieser Gesellschaft tatsächlich zu verzichten, anstatt dieses bisher doch nur ansatzweise zu tun.
Natürlich birgt das auch die Gefahr in sich, daß sich die - vielleicht doch recht wenigen - die dieses praktizieren, von den anderen - die nicht bereit sind, diese Konsequenz zu tragen - isolieren.
Aber wahrscheinlich ist das eine der wenigen Möglichkeiten, um uns gegen die Justizübergriffe zu wehren, in dem wir diesem Staat zeigen, daß wir trotzdem weitermachen können, und daß ihr Repressionsinstrumentarium keine Wirkung zeigt.
Und da ist auch die Frage, wie können wir den Leuten helfen, die vom Knast bedroht sind? Ein Jahr ist vielleicht noch überschaubar und einigermaßen gut abzusitzen. Aber fünf und 10 Jahre nur wegen Widerstand gegen Unrecht, isoliert von draußen zu leben, ist schwer vorstellbar.
Man sollte sich überlegen, wie man Strukturen schafft, daß diese Leute untertauchen können. Den Versuch dazu hat es schon bei den Grohnde-Prozessen gegeben. Damals ist er zwar fehlgeschlagen (denn wer möchte schon aus seinem sozialen Umfeld rausgejagt werden?), das sollte uns aber nicht daran hindern,intensiver darüber nachzudenken.
Es muß uns klar sein, daß dieser Staat nicht unser Staat, dieses Recht nicht unser Recht ist. Wir müssen ihnen zeigen, wie unser Staat,wie unser Recht aussieht. Und da reicht es nicht, „ nur " auf Demos zu gehen oder sich morgens beim Zeitungslesen über die Ungerechtigkeiten dieser Welt aufzuregen.
Die Demo von Hunderttausend in Brokdorf hat das Projekt nicht gestoppt - es wird verstärkter denn je weitergebaut.
Die Demos in Bonn haben die Raketen nicht zurückgeschickt - Reagan tritt jetzt als der „ wahre " Friedenskämpfer auf.
Der Widerstand einer ganzen Region hat die Startbahn nicht gestoppt - Börner läßt ein Gericht urteilen und schon ist aus der großen Masse ein kleines Häufchen Entschlossener geworden.
Der Häuserkampf in Berlin tobt - die Leute gehen in den Knast - die Mieten steigen weiter.
Es ist aussichtslos, auf moralischer Ebene kämpfen zu wollen - dieser Staat hat nur seine eigene Moral, die er von heute auf morgen, je nach seinen Bedürfnissen, ändert.
Diese Erkenntnisse dürfen uns natürlich nicht resignieren lassen. Natürlich sind das Erzwingen von Baustops, das Verunsichern der Gesellschafts-Oberen, Erfolge für uns. Aber sie haben nicht den Charakter einer Änderung der bestehenden Verhältnisse. Um diese zu erreichen, denn nur so können wir aus diesem Staat ausbrechen, müssen wir uns andere Dinge als bisher einfallen lassen.
Richter Selbmann wollte ein Fanal für andere setzen - es kommt nur darauf an, daß wir es richtig verstehen.

Enno

Erfreuliches in schlechten Zeiten

Inge, die Frau von Michael, ist darauf angewiesen, sich ein Auto zu leisten, um Michael auch regelmäßig besuchen zu können - und dies, obwohl sie eigentlich kein Geld dafür hat.
Als ihr Auto vor einiger Zeit einen größeren Defekt hatte, dessen Reparatur 'ne Menge Geld kosten würde, erklärten sich ein paar Freunde bereit, ihr das Auto billiger zu reparieren. Trotzdem kam es noch zu einem Betrag von über 300 DM.
Als dann in Hamburg auf einer Solidaritätsveranstaltung darauf hingewiesen wurde, kam spontan fast die ganze Summe per Spenden herein.
Auch das ist Solidarität mit den Angeklagten

Folgenden Brief schrieb Michael aus dem Knast anläßlich eines Solidaritätsfestes in Streuberg bei Lüneburg

12.Juni. Liebe Leute. Wegen der Veranstaltung heute hier wollte ich auch einiges sagen. Klar solte erst mal sein, daß nicht nur AKW-Gegner mit dem Terror-Urteil gegen mich gemeint sind. Der Friedenskämpfer, welcher sich gegen einen SS-Killer wehrt, die Walpurgisnachtfrau, die von einem Bullen verprügelt wird, oder der Hausbesetzer, der von einem Zivi gefoltert wird. Für die alle bin ich im Knast. Zwar war ich gar nicht in Brokdorf, sondern mit meiner Frau in Bremen, was auch aktenkundig ist, aber was soll ich mich vor diesem Gericht rechtfertigen. Alle sechs Millionen Juden sind unschuldig, die vergast worden sind. Trotzdem sind sie ermordet worden. Und ein Selbmann-Freisler wird dann also Jahre später 5½ Jahre verhängen. Das ist so, und es sollen wirklich viele so sehen. Wieviel, welche heute hier sind, wurden von den Bullen und SS schon ungerecht behandelt. Doch bestimmt ganz viele. Und überwiegend bei kleinen Sachen. Mit 5½ Jahren ist in der BRD seit '45 noch nie ein AKW-Gegner bestraft worden. Und daß ich ein Mörder sein soll, das stimmt einfach nicht. Mir ist von der SS auch das Stern-Foto vorgelegt worden. Aber ich kann bei den Personen keinen Mordversuch sehen. Wenn die Fotografenschweine nur Fotos im Stern bringen, wo Demonstranten sich verteidigen, dann ist das nicht richtig. Und wir sollten uns genau merken, wer sowas veröffentlicht hat.

Wie es nun weitergehen soll, weiß ich auch nicht so genau. Tatsache ist, daß AKW-Gegner einige Schwierigkeiten haben. Also, daß wir weniger werden. Ehrlich gesagt wünsche ich mir lieber einen GAU, als eine oder mehrere A-Bomben auf Hamburg, Frankfurt oder München. Eben deswegen ist es so: Die Leute machen lieber beim Friedenskampf als bei uns mit. Obwohl ja das eine das andere nicht ausschließt. Meiner Meinung nach soll alles gemacht werden, was gegen das Atom-Regime ist. Jenes, was eindeutig gegen AKWs gerichtet ist. Ein MSB-Flugblatt (Marx. Studenten Bund) ist genauso richtig, als wenn Christen was gegen AKWs unternehmen. Nie und nimmer dürfen wir uns über Methoden der revolutionären Zellen aufregen. Ich finde, gerade das, was die machen, ist wirklich am angemessensten. Nur sowas hilft uns weiter. Nur, die RZ-Ansichten werden von der breiten Mehrheit nicht getragen, eher kritisiert. Und teilweise als schädlich empfunden. Das kann ich nicht verstehn. Zwar will ich doch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung bleiben und mich nicht herauskatapultieren, aber man darf und muß Kritik üben. Seltsam nur, dieselben Leute, die die RZ's verurteilen, finden den Kampf gegen die Amis, die der Vietcong angewendet hat, gut. Und auch als die Kubaner die Exilis in der Schweinebucht wiedrr mit Waffen verjagten, fanden sie das durchaus richtig. nun soll man nicht die AKWs mit einer Kalaschnikow angreifen. Das macht ja die RZ auch nicht. Nur, wir sollten uns fragen, was wirkungsvoller ist: 100.000 in Brokdorf oder Sabotage an Betonmischern! Alle von uns würden die Juden verstehn, hätten sie beim KZ-Bau in Auschwitz eben jene Betonmischer zerstört. Nun haben wir kein Auschwitz – das habe ich auch nie gesagt. Aber was ich sage: Von den russischen Partisanen lernen, vom Vietcong abgucken und die PLO als Vorbild nehmen. Damit meine ich eben nicht, daß wir dieselben Bedingungen haben wie eben in jenen Ländern.

Ich selber gewöhne mich natürlich irgendwie an den Knast, auch wenn da viele stutzig werden. Es bleibt mir ja auch nichts andres übrig. Selbstverständlich geht es mir nicht gut. Ich habe weit über 500 Schikanen und Folterungen erlebt. Und ich habe heute nicht richtig die Kraft, mit einem Kuli zu schreiben, weil der von der SS gebrochene Finger mir immer noch beim Schreiben weh tut. Auf jeden Fall halte ich die 5½ Jahre durch. Vor allem andere politische Gefangene, wie Siglinde Hoffman oder Rolf Heißler müssen ja das doppelte und dreifache absitzen. Und denen muß 100mal eher geholfen werden als mir. Was sind 5½ Jahre im Vergleich zu 20,30 oder 40 Jahren ?? Und ..., das ist ganz, ganz wichtig: Es gibt nur eine Sorte von politischen Gefangenen und nicht 2 oder 3 oder 4. Und zu jener Sorte gehöre ich auch. Ich denke nicht daran, mich von einem zu distanzieren, der sich mit der Waffe gegen die übermächtige SS verteidigt. Und der Kampf ist autonom und frei. Unserer Phantasie sollten keine Grenzen gesetzt werden.

Michael Duffke

...bis tausend Blumen blühen

Liebe AKW-Gegner, Friedensfreude, Umweltschützer, Abrüster, kurz liebe Menschen!

Ich bin zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil ich versucht haben soll, einen Sondereinsatzkommando-Polizisten, der gerade auf Menschenjagd war, daran zu hindern, seinen Einsatz weiter fortzuführen.

Das Gericht hat versucht, mit seinen beiden Terrorurteilen gegen Michael Duffke und mich in der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß AKW-Gegner ohne zu zögern bereit sind, das Leben und die Gesundheit anderer Menschen anzugreifen. Als wären es nicht wir gewesen, die jahrelang auf den gesundheits- und lebensgefährdenden Bau und Betrieb von AKWs und jetzt zunehmend auch auf die Stationierung von Atomraketen hingewiesen hätten, werden wir als menschenverachtende Gewalttäter dargestellt.

Ich kann von mir sagen — und da bin ich mir ganz sicher, daß ich nicht am 28. Februar 1981 in die Wilstermarsch zum geplanten AKW Brokdorf gegangen bin, um auch nur irgendeinen Menschen zu verletzten oder anzugreifen, sondern vielmehr, um meinen Protest und Widerstand gegen dieses AKW, das Atomprogramm und die zunhemde Unterelbe-Industriealisierung auszudrücken. Diese Position habe ich auch während meines über sieben Monate dauernden Prozesses dargelegt und verterten. Offen und ehrlich, aufrecht und so gut ich es konnte. Ich habe meinen Kopf in den 55 Verhandlungstagen oben getragen und das hat für mich nie bedeutet, eine Stärke oder Power vorzutäuschen, die ich nicht besitze. Es ging mir einzig und allein darum, mich so zu geben und zu verhalten, wie ich bin und wie ich auch nach Brokdorf gegangen bin.

Ich glaube schon, daß ich meine Identität als Mensch und AKW-Gegner in dieser Zeit des bisher schwersten Angriffs gegen meine Existenz habe wahren können. Dafür bin ich dann verurteilt worden. In der Urteilsbegründung ist mir vorgeworfen worden, ich hätte mich nicht von einer sogenannten „Gewalt" distanziert. Es klingt wie ein Hohn: als hätte ich mich nicht schon genug und entschieden von der Gewalt der Justiz, der Polizei, den Bauzäunen, Hochsicherheitstrakten usw. distanziert. Doch jeder von euch weiß, daß mit dieser Gewalt nicht die Dinge und Strukturen gemeint sind, denen wir tagtäglich in unseren Leben, am Areitsplatz, in der Schule oder, wie z.B. für mich, im Knast ausgesetzt sind. Wir produzieren nicht diese Gewalt, wir finden sie vor.

Weil mir vorgeworfen wird, ich hätte mich nicht von Gewalt distanziert — und da Gewalt gleichgesetzt wird mit Widerstand und Protest —, trifft dieser Vorwurf in der Tat zu und ich will gerne damit leben. Ich glaube, daß es unser gutes Recht ist, Gesetze, Verordnungen und die herrschende Moral überall dort zu brechen, wo sie unser Leben bedrohen. Und wenn wir dabei mit unserem Widerstand auf die herrschenden Gesetze verwiesen werden, so müssen wir fragen, wie wir den Bau und Betrieb von AKWs und die Stationierung von Atomraketen mit dem Gesetz und in den Strukturen verhindern sollen, die das doch alles möglich machen und legitimieren. Ich glaube daran und bin auch fest davon überzeugt, daß es immer mehr Menschen geben wird, die bereit sind, auf ihre eigene Kraft und ihren Mut zu vertrauen, als korrupte Politiker, bezahlte Wissenschaftler und befangene Richter. Auch wenn es vielleicht noch ein langer und beschwerlicher Weg sein wird, bevor tausend Blumen blühen und die Tauben unbeschwert ihres Weges ziehen, so gibt es keine Alternative dazu, einfach um zu leben und zu überleben. Dafür seid ihr draußen und ich bin für euch drinnen.

Auch wenn es für mich die nächste Zeit schwer werden wird, so ist es doch ein großes Anliegen von mir, daß ihr meinen Protest und Widerstand dort aufnehmt, wo ich herausgerissen worden bin. Für mich ist es und war es immer klar, daß ich mit allen Mitteln versuchen werde, als der wieder aus dem Knast herauszukommen, der ich bin und war: und das heißt für mich träumen und kämpfen. Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen; und das geht nur gemeinsam. Meine Träume sind noch lange nicht ausgeträumt.

Euer Markus Mohr

Neumünster, 16.5.1982, 39. Tag im Knast

Für eine Veranstaltung der BI Brunsbüttel, die Markus Mohr mit vorbereitet hat, schrieb er diesen Brief aus dem Knast.

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Selbmann,

mit Betroffenheit und Empörung habe ich von den Anträgen der Staatsanwaltschaft gegen die Brokdorf-Angeklagten erfahren – 6 Jahre ohne Bewährung für Michael Duffke und 2 Jahre mit Bewährung für Markus Mohr.
Ich habe den von Ihnen geleiteten Prozeß zwar nur aus der Ferne, aus den Vereinigten Staaten, aber doch sehr genau verfolgt; und mir ist klar, wie auch Ihnen klar sein muß, daß die ungeheuerlichen Anklagen wegen „Mordversuchs" an einem Polizisten, der beim Prügeln auf Atomkraftgegner in einen Graben gefallen war, total zusammengebrochen sind. Sie stützen sich lediglich auf den Polizisten selbst; und welches Mißtrauen gegenüber Polizeiaussagen geboten ist, wird Ihnen zumindest aus jenem Prozeß erinnerlich sein, in dem Sie über U. Lenze und mich als angebliche Rädelsführer der zweiten Brokdorf-Demonstration zu Gericht saßen. Sie mußten uns seinerzeit freisprechen, weil der Polizeizeuge Langhagen, der uns detailliert und phantasiereich als Feldherren und Kommandanten schilderte, gestand, vom damaligen Staatsanwalt Triskatis zur Falschaussage angestiftet worden zu sein. –
In diesem neuen Brokdorf-Prozeß haben Sie sich eine lange Reihe von Verletzungen der Rechte der Angeklagten, der Verteidigung und der Öffentlichkeit zuschulden kommen lassen, wobei Sie selbst eine Rüge des Verfassungsgerichtes ignorierten. Darüber hinaus sind Sie für die zahllosen Schikanen gegen Michael Duffke in seiner nun über ein Jahr andauernden Untersuchungshaft verantwortlich. Höhepunkt war wohl, als Sie am letzten Verhandlungstag zuließen, daß Herr Duffke von den Polizisten derart zusammengeschlagen wurde, daß ihm dabei ein Finger gebrochen wurde. Als seine verzweifelten Hilferufe durch Ihr Landgericht Itzehoe erschollen, unterschied sich die Szene schon kaum mehr von den Foltergefängnissen eines Pinochet oder Jaruzelski.
Dieser Prozeß hat im Ausland dazu beigetragen, das kann ich Ihnen versichern, das Bild zu verfestigen, daß die deutsche Justiz immer mehr Züge des Faschismus annimmt. Im eigenen Land trug dieser Prozeß dazu bei, die Argumente jener zu stärken, die in Justiz und Regierung eine einheitliche geschlossene Front zur Durchsetzung des mörderischen Atomprogramms sehen; und die in der Verfolgung einzelner den Versuch erblicken, alle die zu kriminalisieren, die sich, ihres Rechts auf Widerstand gewiß, gegen die Bedrohung von Leben und Gesundheit zur Wehr setzen.
Ich hege nicht die Illusion, an Sie mit der Bitte um Gerechtigkeit appellieren zu können.
Ich wollte Ihnen aber vor Augen führen, welche Wirkung Sie erzeugt haben und daß Sie allein durch einen Freispruch das durch diesen Prozeß erneut arg ramponierte Ansehen der westdeutschen Justiz ein wenig aufbessern können.

Mit – wie Sie verstehen werden – wenig freundlichen
Grüßen

Jens Scheer

Leserbrief

Betrifft: Prozeßflugblatt (zur Erklärung: kurz nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen Markus und Michael haben wir hier in Göttingen ein 4-seitiges Flugblatt erstellt, auf dessen Rückseite der Kommentar „Die verlogene Moral von Heuchlern" s.a. AE Nr. 29 Seite 18, abgedruckt war.)

Ich habe mit mehreren und nicht nur mit aktiven AKW-Gegnern euer Flugblatt diskutiert. Das Ergebnis war mehr oder weniger Ablehnung. Ich gehe noch weiter und möchte es als nicht nur liberalistisch, sondern als unbrauchbar bezeichnen.
Was soll denn dieser Text auf der Rückseite? Es ist schlimm, so etwas zu schreiben. Wollt ihr euch durch die Geschichte vor allem des Terrorstaates, der sich BRD nennt, überholen lassen? Dann weiter so, das Ende wird dann nicht mehr weit sein. Und das mit Gewissheit!! Wenn nun der Agent einer menschenverachtenden Prügelorganisation, denn das sind diese Sondereinheiten, tatsächlich verprügelt worden wäre – was dann? Das wäre auch kein Grund gewesen, uns zu entschuldigen! Leben wir, um uns von „Beamten", also Staatsdienern beliebig verprügeln zu lassen, oder sieht es nicht vielmehr so aus, daß diese Leute von uns verachtet werden müssen, denn das ist das einzige, was sie verdient haben. Niemand wird zum blinden Gehorsam gezwungen, noch viel weniger zum Knüppeln – wohl gibt es eine psychologische Erziehung bei den Spezialeinheiten, doch kann die niemals so durchgreifend sein. Es ist das nur möglich, wenn wir uns nicht wehren und auf jede gerechte Darstellung verzichten oder gar entschuldigen. Und entschuldigend ist der Text.
Hitlers SS hatte eine Ideologie: Großdeutschland und der deutsche Gedanke, ein charismatisches Bewußtsein. Jene freiwilligen Schläger mit Beamtenstatus werden kreatürlich entwickelt, das Hirn wird ihnen geraubt, damit sie es mutmaßlichen Gegnern ausknüppeln können. Das muß leichter funktionieren, je geringer der eigentliche Widerstand ist. Der Vergleich mag makaber klingen, trifft aber ins Zentrum: Das Auschwitz-Orchester ermöglichte ein zeitweiliges längeres „Leben", aber kein Überleben, machte das Sterben leichter und auch das Morden der Nazi-Verbrecher.
In Musik ging der wesentliche Widerspruch zu Mördern unter!!
Mord wird von allen Liberalen bedauert, aber vorher arbeiten sie an den Möglichkeiten, schaffen politisch die entsprechenden Voraussetzungen. Es kann daher keine liberale Sprache in der Auseinandersetzung mit diesen Knüppelagenten geben. Auf der Strecke blieben wir sonst und die Gegenseite könnte triumphieren.
Wir müssen unser Widerstandsrecht immer betonen. Das ist ein Naturrecht! Oder sollen wir uns auch, heute mit viel Dröhnland, Pop und New Waves usw. selber ohnmächtig machen! Manchmal sieht es allerdings so aus. Niemand hat ein Recht, irgendwen anzuprangern, der in seiner grenzenlosen Wut einen Bullen tatsächlich verprügelt. Wenn dir die letzten Schläge der Knüppelagenten des Unrechtsstaates noch auf der Haut brennen, dann kann von dir nicht die Beherrschung verlangt werden oder du müßtest ein abgestumpfter Demontrationsroboter sein, demütig die Hand ruhig zu halten. Es ist ja das gerade, was sie bezwecken, uns die Hirne rausprügeln, damit wir nicht mehr demonstrieren, sondern uns selbst zerstören!
Es lebe das Widerstandsrecht!
Solidarische Grüße Eberhard (Köln)

Liebe AEler!
Zu den Urteilen von Itzehoe schreib auch ich euch einen Leserbrief.
Die achteinhalb Jahre Knast beweisen viel, nur die Leute, welche sich darüber aufregen können, finde ich seltsam. Diese Leute erzählen überall herum, daß sie dieses Terrorurteil nicht hinnehmen werden! Allein der Begriff „Terrorurteil" zeigt ganz deutlich, daß diese Gruppe an die Möglichkeit eines Rechtsstaates glaubt. Was hätten diese Jammerlappen denn zu flennen, wenn das Urteil so lauten würde:

- **Markus wird mangels Beweisen freigesprochen**
- **Michael kriegt 1000 Emmchen wegen leichter Körperverletzung, Widerstand und Landfriedensbruch.**

Dann wäre wohl im Prinzip nix besser gewesen, aber ein Jesus-Michael-Superstar hätte sich umsonst produziert.
So hat uns der Staat die Ehre angetan, einen der unseren für länger zu verknacken als Fritz Teufel für zwei Banküberfälle etc.! Versteht mich nicht falsch, es geht mir nicht um die Rechtmäßigkeit solcher Urteile, auch nicht im Kokolores-Denkdran-Prozeß.
Aber muß sich hier nicht persönliche Rachsucht und staatstragender Opportunismus zu einem Stachel in unserem Fleisch entwickeln, der uns zu den unsere Gefährlichkeit belegenden Urteilen entsprechenden Taten anspornt?
Tschö Harald (Flensburg)

Offener Brief

An den Richter Selbmann!

Du hast mit deinem Urteil gegen Michael und Markus als pflichtbewußter Beamter dieses Staates gehandelt, der dich dafür ja auch gut genug bezahlt.
Was wir aus deinem Beispiel lernen, ist, daß dir und deinesgleichen nur noch die blanke Macht bleibt, um dem Widerstand gegen die menschenfeindliche Atomindustrie zu begegnen. Damit nimmst du uns, und hoffentlich vielen anderen jungen Leuten auch, die Illusion von einer unabhängigen und gerechtigkeitssuchenden Justiz.
Wir haben verstanden, daß Michael und Markus stellvertretend auch für uns im Knast sitzen. Das wird unseren Mut stärken, auch weiterhin gegen Anlagen wie z.B. Brokdorf zu demonstrieren und für eine menschenwürdige Zukunft zu kämpfen.
Bund Deutscher Pfadfinder, LV Hessen, Projektbereich:Ökologie, 22 Teilnehmer des Seminars „Es geht auch anders (2)", Arnshain 16.5.82

Andere warnen wollte Richter Selbmann — erreicht hat er vorerst das Gegenteil!

Vorrübergehend eingeschlafene BIs, wie der AK Brokdorf, sind nun wieder aktiv geworden.
Der „republikanische Anwaltsverein" will eine Prozeßanalyse erstellen und diese in Verbindung mit Unterschriftenlisten an Juristen schicken.
Eine mobile Ausstellung zum Thema „Frieden und Umwelt" mit 40 Wagen wird um einen Wagen mit den Porträts von Markus und Michael erweitert.
Der BBU, der sich sonst eher zurückhaltend gegenüber Markus und Michael verhielt, bekundet jetzt volle Solidarität.
Spontane Demos und Sabotageaktionen fanden statt.
2 Wochen nach dem Urteilsspruch kam es zu den ersten regionalen Treffen in Neumünster, Hamburg und Wilster.
Am 10.6. gab es in Bonn einen Redebeitrag vom BU Pinneberg zum Prozeß.
Auf dem Gorlebener Pfingsttreffen wurde am 30.5. der „Gedelitzer Aufruf" verabschiedet, der zu einem Treffen am 19.6. in Bremen einlud, um das schon organisierte und das vorerst nur Geplante zu koordinieren.

SPONTANE AKTIONEN

Eine Gruppe „ Organisierte Büroangestellter" bekannte sich zu einem Buttersäureanschlag (stinkt fürchterlich) in die Wohnung von Dr. Michaelis, der im Brokdorf-Prozeß für die Psychiatrisierung beauftragt war.
Eine Gruppe „Freiheit für Michael und Markus" bekannte sich dazu, ihre Wut gegen die Terrorurteile durch Einwerfen mehrerer Scheiben beim HEW-Kundenzentrum Hamburg-Osterstraße. Wörtlich schreiben sie: „Laßt uns diesen Schweinen und besonders Selbmann, der im Endeffekt das Urteil - spricht, die nächsten Jahre bitterer werden, als für Michael im Knast. (Es soll wohl heißen: „dafür sorgen"; es ist ein Bekennerbrief auf das Plädoyer des Widuwilt; Markus war noch nicht wieder im Knast.)
Eine Gruppe „Bewegung für die sinnvolle Anwendung von Pflanzenschutzmitteln" (Z) schreibt: „Am 18.5.82 haben wir das Schleswag-Gebäude an der B 5 in Geesthacht besucht und dort einen kleinen Sprengsatz hinterlegt. Wir wählten extra eine kleine Ladung, um die Anwohner nicht zu gefährden. Diese Aktion soll unsere Wut/Trauer/Empörung über die Urteile im Brokdorf-Prozeß zum Ausdruck bringen. Freiheit für Markus und - Michael !!!"
Die vielen Sprühparolen und zerbrochenen Fensterscheiben bei bestimmten Häusern in Itzehoe sprechen für sich. Die Akteure scheinen Bekennerbriefe für überflüssig zu halten. Die übrigen Anschläge und Bekennerbriefe haben wir noch nicht.
Eine Gruppe „Fanclub Elvis Bremslay e.V." schickte uns einen Bekennerbrief und fügte einen Zettel bei, der wohl bei den Fahrzeugen ebenfalls hinterlegt sein muß: „Guten Morgen! Dein Arbeitstag beginnt heute später. Die Bremsleitungen dieses Fahrzeuges sind durchgeschnitten! Also: nicht losfahren. Freizeit und Frühling 82!"

Solidaritätstreffen mit Markus und Michael

Zu diesem Treffen kamen am 19.6. ca. 60 Vertreter aus verschiedenen Gruppen nach Bremen.

Folgende Ergebnisse wurden dabei erzielt, um auf die Entscheidung des BGH zum Revisionsantrag hinzuwirken:

Die Ermittlungsausschüsse Hamburg und Bremen übernehmen die finanzielle Grundversorgung, so daß beide jeweils 300 DM pro Monat erhalten, um sich zu versorgen und vor allem, um das Briefporto bezahlen zu können. Trotzdem sind Spenden weiterhin sehr wichtig. Einigkeit besteht darüber, daß die Spendengelder nicht für die Prozeßkosten ausgegeben werden, sondern nur zur Versorgung der Gefangenen,was auch im Sinn von Michael und Markus ist.
Der AK Brokdorf hatte eine Prozeßerklärung in der Wilster'schen Zeitung veröffentlicht. Diese Erklärung wurde in zwei Punkten geändert und soll nun als Unterschriftenliste fungieren (siehe Abdruck). Kontrovers wurde über die Adressaten solcher Unterschriftenlisten diskutiert.
Der Bremer EA erstellt eine Prozeßdokumentation.
Ebenso übernimmt er den Kontakt zu ausländischen Gruppen.
Kontakt zu amnesty international hat die BI Schleswig aufgenommen.
Buttons und Aufkleber werden hergestellt (Motiv: Sonne mit Faust zerbricht Knastgitter), die dann mit Solidaritätsaufpreis verkauft werden sollen.
Es wurde angeregt, am 13. jeden Monats einen Aktionstag durchzuführen (kleben, sprühen), in Erinnerung an die Urteilsverkündung am 13.5.

Für den Herbst wurde ein Tribunal vorgeschlagen .
Vom AKL Hamburg ist ein Solidaritätsfestival im Herbst geplant, Ort und Zeitpunkt sind aber noch nicht sicher.
Diskutiert wurde, Aktivitäten gegen das Urteil mit dem Weiterbau in Brokdorf zu verbinden.
Zum Abschluß wurde das nächste Treffen - vereinbart, zu dem wieder alle interessierten Personen oder Gruppen eingeladen sind. Es soll dann die weitere Koordination geregelt werden, sowie offene Punkte weiterdiskutiert werden.

Nächstes Treffen:
14.August um 13 Uhr im BBA-Laden
St.Pauli Str. 10-11, 28 Bremen

Mit dieser Unterschriftensammlung soll der Revisionsantrag der Anwälte unterstützt werden.

Wir alle sind erschüttert über die Urteile im Brokdorf-Prozeß: 5 1/2 Jahre für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr ohne Bewährung.
In dem Prozeß ging es zu keiner zeit darum, die Wahrheit zu finden und recht zu sprechen, sondern einzig und allein darum, staatliche Macht zu demonstrieren. Diese Urteile waren von Anfang an zur Verunsicherung, Einschüchterung und Abschreckung der gesamten Umweltschutzbewegung geplant. So verbreitete die Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit – gestützt durch die emotionale Wirkung des Grabenfotos – bewußt eine Falschdarstellung des Demonstrationsvorfalls und der Folgen. Bis heute wurde die schwere Anklage im Fahndungsaufruf nicht öffentlich richtig gestellt. Der beim Grabenvorfall angeblich fast zu Tode geprügelte Polizeibeamte trug in Wahrheit keine Verletzung davon.

Das Gericht hat unter dem politischen Druck der Landesregierung und der Atomlobby seine Unabhängigkeit aufgegeben. Der Atomstaat zeigt sein Gesicht: auf dem einen Auge blind – tägliche Umweltunfälle in Brunsbüttel und Verseuchung der Elbe –; auf der anderen Seite werden zwei junge Menschen, weil es in das politische Kalkül paßt, zu kriminellen Gewaltverbrechern hochgespielt und ohne Skrupel – „im Namen des Volkes" – geopfert.
Wir empfinden diese existenzzerstörenden Urteile als beispiellosen Justizskandal und darüberhinaus als einen Angriff gegen unsere gesamten demokratischen Rechte.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Verurteileten. Wir werden diese Urteile nicht hinnehmen. Wenn d a s Gesetz sein soll, das unser Leben, unsere Umwelt, unsere Gesundheit zerstört, dann können wir nicht tatenlos zusehen, sondern werden uns weiter entschieden zur Wehr setzen.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Wir fordern:
Aufhebung der Urteile!
Freiheit für Michael Duffke!
Freiheit für Markus Mohr!
Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!
Stillegung aller Atomanlagen!

Kontaktadresse, an die auch die Unterzeichnerlisten geschickt werden sollen:
Inge Ammon
Dorfstraße 8
2051 Kröppelshagen

In der nächsten Zeit muß es zunächst zu einem starken politischen Druck kommen, um so eine Beeinflussung des Bundesgerichtshofes zum Revisionsantrag zu erreichen.
Darüber hinaus sollte die praktische Solidarität aber auch auf anderer Ebene laufen:

- Schreibt Markus und Michael, dies ist ihr Hauptkontakt nach draußen.
- Spendet auf die Konten der Ermittlungsausschüsse.
- Verfaßt Protestbriefe und Resolutionen.
- Unterstützt eventuelle Aktionen und Kampagnen für die Freilassung der Verurteilten.
- Besucht sie im Knast.

(Besuchserlaubnis beantragen bei Richter Selbmann, Landgericht Itzehoe, Breitenburger Str. 68

Besuchszeiten: Mo, Mi, Fr, 10 - 15 Uhr, Sa, So, 9 - 11 Uhr? in der Regel 30 Min. Besucher sollten ausreichend Kleingeld (10,50 Pfg.-Stücke) mitbringen für die den Gefangenen während des Besuches zugänglichen Getränkeautomaten. Markus legt Wert darauf, an Werktagen Nachmittags besucht zu werden, weil er Vormittags Sport treibt.

Adressen:
Justizvollzugsanstalt
Boostedter Str. 30
2350 Neumünster

Ermittlungsausschüsse:
Ökoladen/Ermittlungsausschuß
Turnerstr. 9
2000 Hamburg 6
Spendenkonto:
11 18 413, Vereins- und Westbank (BLZ 200 300 00)

Ermittlungsausschuß Bremen
St. Pauli Str. 10/11
2800 Bremen 1
Spendenkonto:
11 02 48 58, Sparkasse Bremen (G.Rodewald)

Rechtsanwälte:
Michael:
G.Baisch
Gröpelinger Heerstr. 261
2800 Bremen

Markus:
P.Tode
Schanzenstr. 83
2000 Hamburg

Flugblätter und Plakate:
Es gibt inzwischen mindestens drei Plakate: zu beziehen über: 1. Karsten Witt, Pastorenweg 6, 2380 Schleswig, 2. AKL c/o Michael Petersen, Gustav-Falke-Str.2, 2000 Hamburg 13, und 3. Initiative gegen Atomanlagen Essen, Eltingstr. 35, 4300 Essen. Flugblätter gibt es beim AKL (Adr. s.o.) und beim Göttinger Arbeitskreis und beim Ökoladen (s.o.)

Weitere Verfahren

- **Thorsten hat einen Strafbefehl von 450 DM erhalten. Er soll am Nachmittag des 1.Oktobers 81 (erster Prozeßtag gegen Markus und Michael) die räumenden Polizisten beleidigt haben.**
- **Thomas aus Elmshorn und Thomas aus Rendsburg sind angeklagt wegen der Demo in Itzehoe am 26.9.81 für die Freilassung von Michael Duffke. Beim Angriff der Polizei mit Wasserwerfern und SEKs auf die Demonstration vor dem Polizei-Hochhaus waren u.a. Thomas, Dirk und Thomas festgenommen worden. Gegen Dirk ist das Ermittlungsverfahren eingestellt worden. Thomas aus Rendsburg wird vorgeworfen, nach dem Angriff der Polizei beim Rückzug der Demonstration Steine auf die Polizeikette geworfen zu haben.**
- **Wegen der Demo am 15.8.81 in Itzehoe für die Freilassung von Michael und gegen die § 129a - Ermittlungen in Itzehoe sind Friedemann und Dieter angeklagt.**
- **Wegen der Aktion am 18.1.81 vor dem Polizeihochhaus zur Unterstützung der Forderungen nach Freilassung von Frank und Axel sind Bertram, Uwe, Dieter, Friedemann und Hans angeklagt. Die Aktionen ging vom Kollmarer-Treffen zur Vorbereitung der Demo am 28.2.81 aus, und sollte Frank und Axel bei ihrem Haftprüfungstermin unterstützen.**
- **Peter und Dieter haben noch im Zusammenhang mit dieser Aktion einen - Strafbefehl über 450 DM wegen Beleidigung, weil sie ein Flugblatt vor der AWS (Schule in Itzehoe), verteilt haben, in dem sie über Polizeimethoden informierten.**

Gewaltfreie Aktionsgruppen:

Weitere Blockaden trotz Kriminalisierung

Die gewaltfreien Blockaden der Zufahrtswege zum AKW-Bauplatz in Brokdorf im Februar, April und Juli 1981, an denen jeweils mehrere Hundert Menschen teilgenommen hatten, bleiben nicht ohne Folgen. Staatsgewalt und Justiz machen sich Gedanken darüber, wie sie neben Polizei-, Schlagstock-, Wasserwerfereinsatz und vorübergehenden Festnahmen unseren Widerstand zum - Schweigen bringen können.

BUSSGELDBESCHEIDE

Bereits im Oktober 81 erhielten 54 Beteiligte an der Blockade vom 9/10. Juli 81 Bußgeldbescheide in Höhe von 3oo DM wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz".Diese Aktion, die wie alle anderen zwar nicht ordnungsgemäß angemeldet, aber öffentlich angekündigt worden war, war bereits vorher von Landrat Brümmer verboten worden.

Strafbefehle gegen Blockierer/innen
Bis Mitte Mai 82 haben 8 Teilnehmer/innen der Blockaden vom 25./26. Februar 81, deren Verfahren nicht eingestellt worden waren, und vom 9./10. Juli 81 Strafbefehle erhalten. Es wird ihnen vorgeworfen, „gemeinschaftlich handelnd andere mit Gewalt zu einer Handlung und Unterlassung genötigt zu haben".

Wir sind der Meinung, daß nicht wir mit verwerflichen Mitteln vorgegangen sind, sondern vielmehr die Betreiber und die politisch Verantwortlichen, die durch den Bau und Betrieb von AKWs Mensch und Umwelt bedrohen. Um diesen pervertierten Gewaltbegriff der Justiz zu entlarven, aber in erster Linie, um die inhaltliche Debatte um den Bau des AKW-Brokdorf wieder in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir Widerspruch gegen die - Strafbefehle in Höhe von 200 - 500 DM (10 - 25 Tagessätze) eingelegt. Wir werden versuchen die Verhandlungen inhaltlich aufzuwerten.

Strafbefehl wegen Aufrufs zu weiteren Blockaden

Außer uns ist wohl auch die Justiz von der Hartnäckigkeit und Fortsetzung unseres Widerstandes überzeugt, wie ihr Vorgehen gege die Pinneberger Blockadegruppe zeigt: Ordnungsbehörde und Justiz begnügen sich nicht nur damit, die Teilnehmer von Blockaden zu verfolgen. Seit dem 10. September 81 sind Polizei und Staatsgewalt dazu übergegangen, schon den bloßen Gedanken an gewaltfreien Widerstand in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. An diesem Tag wurden die neun ordnungsmäßig aufgestellten Stellschilder der Blockadegruppe Pinneberg beschlagnahmt.

„Stoppt Brokdorf! Für eine sanfte Technologie. Für Leben. Sitzblockaden gegen den Weiterbau." oder
„Sitzblockaden gegen den Weiterbau. Frühstückspause für die LKW-Fahrer. Denkpause für uns alle. Brokdorf. Blockadegruppe Gewaltfreie Aktion." usw.
Diese und andere Phantasievolle Sprüche verwandelten sich in der Sprache der Justiz in die Beschuldigung: „...gemeinschaftlich handelnd öffentlich zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben, nämlich andere mit Gewalt zu einer Handlung, Duldung, oder Unterlassung zu nötigen."
Und das Amtsgericht erließ einen Strafbefehl von 15 Tagessätzen oder 450 DM gegen einen von uns.

Wie geht es weiter?
Wir werden in den anstehenden Prozessen versuchen zu verhindern, daß der von der Justiz verwendete Gewaltbegriff anerkannt wird. Es wäre für weitere Aktionen eine Erleichterung, wenn sie nicht schon von vornherein kriminalisiert werden können.

Deshalb planen wir für *September 82 eine einmonatige Blockade und Behinderung der Bauarbeiten am AKW Brokdorf.*
Es werden noch Gruppen gesucht, die sich an dem Blockade-Monat beteiligen wollen.

Kontakt: GA Hamburg, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Freispruch für Hero!

Diese Selbstverständlichkeit bescherte uns nach 5 Prozesstagen Richter Schlag am Norder Amtsgericht. Die Anklagepunkte: Schwerer Landfriedensbruch und dreifache versuchte schwere Körperverletzung fielen zwar nicht in sich zusammen, aber gewisse Zweifel an den Polizeiaussagen bestanden doch. Und im Zweifel für den Angeklagten. Der Staatsanwalt kündigte eine Berufungsverhandlung an. Er hatte 60 Tagessätze a 15.-DM gefordert.

Hero sollte am 28.2. auf der Wiese gegenüber dem Haupttor des AKW dreimal halbe Ziegelsteine vom Boden aufgenommen und in die Polizeikette geschmissen haben, als diese versuchte, zu räumen. Er war von drei Zivilbullen überwältigt worden, als er ziemlich alleine zwischen Demo-Menge und Polizeikette stand. Diese drei Beamten aus München waren denn auch als Zeugen gegen Hero aufgetreten. In ihrer Vernehmung konnten sie nur Einigkeit über den geworfenen Gegenstand und über das Auftreffen am Kopf eines Beamten erzielen. Über die Zeitabläufe, Aussehen der Wiese, Entfernungen und über sonstigen militanten Widerstand war von Seiten der Polizei keine Klarheit zu kriegen. Einige Aussagen wurden später von einem Hundertschaftsführer aus Eutin widerlegt. Interessant wurde es am Schluß des ersten Tages, als die Beamten zugeben mußten, daß sie von ihren uniformierten Kollegen zum Teil bewußtlos geschlagen worden sind, als sie auf dem Boden über Hero lagen.

Am zweiten Tag wurden nur drei Beweisanträge der Verteidigung vorgelesen. 1.Suche nach dem angeblich getroffenen Beamten 2.Aufklärung über die tatsächliche Beschaffenheit der Wiese 3.Zeigen der Video-Filme der Polizei vom 28.2.

Am dritten Tag wurde nur die Annahme des dritten Antrages verkündet. Dem zweiten sollte nur nachgegangen werden, wenn der dritte nicht ausreicht. Außerdem wurde die Ladung vier weiterer Zeugen bekanntgegeben. Ein Hundertschaftsführer, der die Räumung der Wiese durchgeführt hatte, ein Beamter aus dem Saarland, der Video-Filme gedreht hatte und zwei Zeugen der Verteidigung.

Die Polizisten machten dann am 4.Tag unerwartet gute Aussagen für Hero. So sagten sie aus, daß zu einem Zeitpunkt, wo Hero schon verhaftet war, der militante Widerstand begann. Auch konnten sie sich nicht daran erinnern, daß die Wiese mit Steinen übersät war.

Leider ist es nicht gelungen, etwas über Taktiken oder sonstiges Vorgehen bei solchen Einsätzen heraus zu kriegen.

Der ganze Prozess war von der Liberalität des Richters bestimmt. Er ist nie bei Reaktionen aus dem Zuschauerraum eingeschritten. Auch zu Beginn des ersten Tages fragte er gleich, ob Hero den Prozess im Zuschauerraum verbringen möchte. Dies ermöglichte Hero auch ständig auf dem politischen Hintergrund des Prozesses aufmerksam zu machen. In seiner Erklärung zu Beginn wies er auf die Rolle der Justiz im Anti-AKW-Kampf hin. Auch machte er deutlich, daß er sich nicht von Gerichten oder sonstigen Versuchen des Staates davon abhalten läßt, sich gegen diese Massenvernichtungsmaschinen zu wehren.

Zu dem Prozess von Michael und Markus zog er Parallelen zu den sogenannten RAF-Prozessen. Er verglich die Verfolgung und den Ablauf des Verfahrens.

Nach der Urteilssprechung machte er auch Richter Schlag mit dafür verantwortlich, da auch er ein Verfahren gegen die Anti-AKW-Bewegung führte.

Überraschend war auch die Reaktion der örtlichen Presse. Sie druckte fast jeden Kommentar und Stellungnahmen von Hero zum Teil sogar auf der Titelseite ab. Sie überschätzte sogar am 1.Tag die Zuschauerzahl. Sie schrieben 200, obwohl es nur 120-150 waren. Die Öffentlichkeit wurde zwar von Mal zu Mal weniger, aber so um die 50 waren zum Schluß immer noch da. Hero bedankte sich bei den Zuschauern und sagte, wie wichtig es für ihn war, zu merken, daß soviel Menschen hinter ihm standen.

Demo zum Knast in Neumünster am 13.5.

Glückstädter Prozeß

Der Prozeß gegen die 4 Glückstädter ist zu Ende.

Am 21.6. hat Richter Gehrken die Urteile gesprochen: 1 Jahr und 4 Monate Knast für Frank, 1 Jahr und 4 Monate für Axel, 8 Monate für Manfred. Die Strafen wurden auf 2 1/2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

In seiner Urteilsbegründung meinte der Richter, daß die Angeklagten „keine Drahtzieher, sondern Verführte" seien; deshalb auch die Bewährung.

Als Drahtzieher wurde indirekt die Bewegung Weiße Rose genannt. Während der Urteilsverkündung, bei der ca. 60 Leute anwesend waren, kam es sofort zu Protesten. 19 Personen wurden daraufhin vorübergehend festgenommen.

Die Rechtsanwälte wollen gegen das Urteil keine Berufung einlegen, wohl aber Staatsanwalt WIDUWILT. Und dessen Aussichten sind gar nicht so schlecht, denn die Berufung läuft vor dem Landgericht in Itzehoe. Als Richter fungiert dort ein gewisser SELBMANN!!!

Die Vorwürfe gegen die vier AKW-Gegner liegen lange zurück. Am 24. November 80 wurden Brandsätze ins Glückstädter Amtsgericht und am 25.12.80 in ein Büro der Stadtwerke geworfen. Im Januar wurden daraufhin Frank, Axel und Andreas festgenommen.

Manfred stellte sich, als er erfuhr, daß seine Freunde verhaftet waren. Alle vier wurden durch LKA-Bullen verhört; sie saßen zu dem Zeitpunkt schon z.T. drei Monate in U-Haft, aus der sie dann zusammen mit Markus entlassen wurden.

Am 5. Oktober begann der Prozeß vor dem Amtsgericht in Itzehoe. Staatsanwälte waren Widuwilt und Finger, bekannt und berüchtigt aus dem Prozeß gegen Markus und Michael. Wichtig war dieser Prozeß für DIE, wie auch für uns, da es das erste Verfahren gegen AKW-Gegner im Zusammenhang mit Sabotage war.

Es sind, etwas unbemerkt von der „Öffentlichkeit" im letzten Jahr verschiedene Anschläge gegen den Bau des AKW Brokdorf und die am Bau beteiligten Firmen und Behörden durchgeführt worden: Brandanschlag auf die Villa des HEW-Chefs, Beschädigung von 60 Fahrzeugen bei Nordbeton, Beschädigung eines Förderbandes bei der Fa. Alsen-Breitenburg und vieles, vieles mehr.

Da solcher Widerstand schwerer zu kontrollieren ist als Demonstrationen, aber vielen Menschen Mut macht, haben die Behörden großes Interesse an „Erfolgen". Das erklärt dann auch die Anwesenheit von LKA-Bullen als Prozeßbeobachtern. Die sollten laut Magnusson (Leiter des LKA), der dort als Zeuge aussagen mußte, dafür sorgen, daß die Dispanz zwischen Anzeige und Aburteilung kleiner wird. Weiter wurde klar, daß es Verbindungen zwischen der Leitung des LKA, der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium gab.

Vorgeworfen wurden Frank und Axel menschengefährdende Brandstiftung im Falle des Amtsgerichts und einfache Brandstiftung bei den Stadtwerken. Manfred wurde ebenfalls einfache Brandstiftung vorgeworfen.

Wegen eines Unfalls ist das Verfahren gegen Andreas abgetrennt worden.

Atomkraftwerke gegen sterbende Wälder?

18.3.82 **Forstexperten: Jetzt sterben auch Laubwäl**

FP

Alle Buchen in Nordbayern und im S

...EN. 17. März (dpa). In der Bundesre...

Tanner Fichte

In verschiedenen deuts bieten werden seit 19 tannen und seit 1980 ten Schädigungen

Der Tod kommt schleichend, fast unbemerkt

Die Vergiftung durch „sauren Regen" läßt sich in Experimenten schwer beweisen

...dem ist es dagegen bislang gelun...

...erben

Deutscher Wald:

3.4.82 GT

...solche Schäden in Erscheinung. ...sowohl Waldbesitzern und Forst... ...ten aber auch interessierten Laien, ...ie sich bislang kein rechtes Bild ma-

„Der deutsche Wald stirbt", „Töten Abgase unsere Wälder?", „Baumsterben durch Schwefel", „Eine Zeitbombe tickt in den hessischen Wäldern", „Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes", „Jede vierte Tanne tot" oder: „Forstexperten: Jetzt sterben auch Laubwälder", — — — solche und ähnliche Schlagzeilen findet man seit Monaten in allen Zeitungen. Der „Spiegel" widmet dem Waldsterben eine 3-teilige Titel-Story, die Rundfunk- und Fernsehanstalten berichten immer häufiger über die Probleme des „Sauren Regens" — — nicht nur in ihren Wissenschafts- sondern auch in politischen Magazin-Sendungen. Seit der Diskussion um die Atomenergie ist kein anderes Umweltproblem so ausführlich von den Medien behandelt worden wie das Waldsterben. Und das Erstaunliche: Nicht etwa Bürgerinitiativen oder Grüne haben das Thema in die öffentliche Diskussion gebracht, sondern einige wenige Wissenschaftler. Erst im Nachhinein haben einige Natur- und Umweltschutzverbände die Problematik aufgegriffen --die Anti-AKW-Bewegung schweigt bisher. Und das, obwohl Atomenergienutzung und „Saurer Regen" sehr viel miteinander zu tun haben, obwohl es die gleichen Energie-Versorgungsunternehmen sind, die Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke als die Hauptverursacher des sauren Regens bauen,obwohl das gleiche Profitdenken AKW- und Kohlekraftwerksbetreiber dazu bringt, Anlagen ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt zu bauen und zu betreiben. Das, was wir mit dem Waldsterben heute erleben, ist die Folge einer langen, schleichenden Umweltverseuchung, die jetzt immer deutlicher erkennbar wird. Es ist die gleiche Entwicklung, vor der wir Atomkraftgegner im Zusammenhang mit der Atomenergienutzung immer wieder warnen — — nur ist die Entwicklung bei der Luftverschmutzung, zu der der saure Regen gehört und deren Auswirkungen wir jetzt erleben, viel weiter fortgeschritten als bei der Atomenergienutzung, vielleicht schon soweit, daß eine Rettung der Wälder und damit einer unserer wichtigsten Lebensgrundlagen nicht mehr möglich ist.

Wir Atomkraftgegner sind gefordert. Nicht nur, weil viele Politiker jetzt wieder nach der „sauberen Atomenergie“ rufen, sondern vor allem, weil wir uns überall zur Wehr setzen müssen, wo unsere Umwelt, unsere Lebensgrundlagen systematisch zerstört werden und weil die Ursachen fast immer die gleichen sind: Profitdenken und Macht! Ob AKW's, ob Startbahn West, ob Rhein-Main-Donau-Kanal, ob luft- und wasserverschmutzende Kraftwerke und Industrieanlagen oder gar Atomraketen: Überall müssen wir uns wehren und für unsere Lebensinteressen kämpfen.

Noch geht niemand für den sterbenden Wald auf die Straße, noch gibt es keine Demonstrationen gegen Luftverschmutzung und ihre Verursacher; einige wenige Wissenschaftler und ein paar Umweltschutzverbände kämpfen bisher allein gegen die Gummiwand aus Wirtschaft und Politik. Muß erst bei uns Realität werden, was im Erzgebirge oder im Riesengebirge „dank“ der noch schmutzigeren Luft in den östlichen Nachbarstaaten seit einigen Jahren zu sehen ist, tote Bäume und zerfallene Wälder auf tausenden und zehntausenden von Hektar?

Dieser 2-teilige Artikel versucht Antworten auf folgende Fragen zu geben: Was ist und wie wirkt „Saurer Regen“ und andere Luftverschmutzung auf Wälder? Wer verursacht die Luftverschmutzung? Können bestehende Vorschriften und Gesetze Luftverschmutzung und ihre Folgen verhindern? Welche technischen Möglichkeiten der Luftreinhaltung gibt es und was kosten sie? Kohle contra Atomkraft – eine echte Alternative? Was für eine Energie- und Umweltpolitik brauchen wir für die Zukunft?

‚ischen Wäldern“

uren Regen“ geschädigt oder gar vernichtet

Umweltkatastrophe

unvorstellbaren Ausmaßes

„Eine Zeitbombe tic

Tausende von Hektar Nadel- und auch Laubbäume wur

Auch wenn der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus oder die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke den Eindruck zu erwecken versuchen, als seien die Ursachen des Waldsterbens völlig unklar, so sind sich doch nahezu alle Wissenschaftler einig: die zahlreichen Schadstoffe, die über die Luft in die Wälder gelangen, sind die Ursache für die direkten und indirekten Schädigungen der Waldbäume. Unklar ist lediglich die Wirkungskette der Schadstoffe: sind die Säurebildner Schwefeldioxyd und verschiedene Stickoxyde, die Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Quecksilber, Zink, Chrom oder Kupfer, andere Gifte wie Fluor oder Salzsäure oder gar irgendwelche in ihrer Wirkung unbekannte organische Stoffe jeweils allein, in bestimmten Kombinationen oder in ihrer Summe für die Schädigungen der Wälder verantwortlich? Wirken die Schadstoffe in einer Kausalkette über den sauren Regen, den Boden und die Wurzeln oder unmittelbar über Zellschädigungen oder andere Vorgänge direkt auf Blätter, Nadeln oder die Rinde oder überlagern sich auch hier verschiedene Wirkungsketten? Sind die immer häufiger autretenden Schäden durch Windwurf, Pilz oder Insektenbefall nur die Folgen einer Schwächung der Waldbäume durch die Wirkung der Luftverunreinigungen? Auch wenn noch zahlreiche Unklarheiten bestehen, so weiß man doch schon eine ganze Menge über Wirkungen einzelner Schadstoffe, über Prozesse in der Pflanze und im Boden. Es ist nur ungeheuer schwer, die zahlreichen, sich überlagernden Prozesse und Reaktionen, die teilweise sehr schnell, manchmal aber auch über Jahrzehnte ablaufen, einzeln zu erkennen, zu überprüfen oder gar im Labor nachzuvollziehen.

Der Göttinger Bodenkundler Bernhard Ulrich hat aufgrund langjähriger Untersuchungen im Solling und an anderen belasteten Waldstandorten eine sehr fundierte Hypothese über die Destabilisierung von Wäldern durch die Anreicherung von Luftverunreinigungen aufgestellt, die unter anderem auf dem ersten internationalen Workshop über die Wirkung von Luftverunreinigungen auf Wälder Mitte Mai dieses Jahres in Göttingen ausführlich diskutiert wurde. Zahlreiche Untersuchungen stützen diese Hypothese und keine Untersuchung spricht bisher gegen sie.

Nach Ulrich stellt der Wald ein kompliziertes Ökosystem dar, in dem die Bäume nicht getrennt vom Boden, dem Regen- und Bodenwasser als wichtigen Transportwegen, den Mikroorganismen und Kleintieren im Boden und anderen Pflanzen betrachtet werden dürfen. Das System Wald regelt sich selbst über einen kontinuierlichen Kreislauf, der aus zwei Teilprozessen besteht: die Bildung von pflanzlicher Substanz unter Ionenaufnahme und die Zersetzung und Mineralisierung der herunterfallenden Blätter und anderer abgestorbener Pflanzenteile, bei der die Ionen wieder freigesetzt werden. Dabei laufen zahlreiche chemische Reaktionen im Boden wie auch in den Pflanzen ab, die letztendlich immer eine Säureproduktion oder eine Säureabpufferung zur Folge haben. In stabilen Waldökosystemen ist der Stoffkreislauflauf geschlossen, d.h. : die beiden oben beschriebenen Teilprozesse laufen in gleichen Raten ab, wenn auch nicht gleichzeitig und am gleichen Ort. Kurzzeitige Entkopplungen sind z.B. durch Temperatur- und Klimaschwankungen möglich.

Nicht verkraften kann der Wald jedoch zusätzlichen Streß von außen, wie Luftverunreinigungen ihn darstellen können. Ein kontinuierlicher Säureeintrag über lange Zeiträume zum Beispiel stört die Regelfunktionen des Waldbodens und verstärkt natürliche Versauerungsschübe. Besonders gefährlich ist die Anreicherung von Schadstoffen im Wald. Scheinbar kleine Mengen an Schadstoffen werden kontinuierlich in den Wald über die Luft eingetragen und reichern sich dort nach vielen Jahren zu einem gefährlichen Schadstoffpotential an, das seine tödliche Wirkung erst sehr viel später entfaltet.

Welche Schadstoffe gelangen nun über die Luft in den Wald ?

Die gefährlichsten bekannten Stoffe sind die Säurebildner, wie SO 2 und Schwermetalle. Über organische Schadstoffe weiß man noch sehr wenig; es ist aber zu befürchten, daß sie ein erhebliches Schadpotential darstellen.

Schwefeldioxid reagiert mit Wassertröpfchen und Luftsauerstoff zu Schwefelsäure, die aus dem Regenwasser eine Säure macht: den vielzitierten sauren Regen. Neben SO 2 tragen

noch die Stickoxide zur Versauerung des Regens bei. Die schädliche Wirkung geht von den gebildeten Säureionen und nicht vom Schwefel oder dem Stickstoff aus. Diese können anfangs sogar eine düngende Wirkung haben. Die mit dem Regen in den Boden eindringenden Säureionen bewirken bei kalkarmen Böden erhebliche Veränderungen. Zunächst werden die basisch wirkenden Nährstoffe -Kationen wie Kalzium, Magnesium oder Kalium gegen Säureionen ausgetauscht und mit dem Bodenwasser ausgewaschen. Dann zerstört die sich ansammelnde Säure langsam die natürlichen Tonminerale. Dadurch werden Aluminiumionen freigesetzt. In zahlreichen Laborexperimenten konnte die giftige Wirkung von Aluminiumionen auf die Feinwurzeln verschiedener Baumarten bei gleichzeitigem Kalziummangel nachgewiesen

werden. Langjährige Untersuchungen in einem Fichten- und Buchenwald im Solling be-

legen die Aluminiumfreisetzung aus den Tonmineralen in die Bodenlösung und die schweren Schädigungen der Wurzelsysteme. Geschädigte oder abgestorbene Wurzeln bewirken nicht nur eine Wachstumsverminderung bei den Bäumen, sondern schwächen offenbar auch natürliche Abwehrmechanismen in Blättern und Rinde, sodaß es in Folge vermehrt zu Schäden in den Baumkronen kommt. Eine fortschreitende Bodenversauerung macht die in warm-trockenen Jahren **auftretenden natürlichen Versauerungsschübe durch Entkopplung des Stoffkreislaufes** sehr viel gefährlicher, da ein versauerter Boden keinen ausreichenden Puffer mehr darstellt und Versauerungsschub nicht abfangen kann. So kann sauerer Regen langfristig die Bodenstrukturen so verändern, daß Bäume nicht mehr überleben können: eine Säuresteppe droht !

Eine möglicherweise noch größere Gefahr für die Wälder und letztendlich auch für die Menschen stellen die Schwermetalle dar. Die meisten sind schon in geringen Konzentrationen Gifte für Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und den Menschen. Schwermetalle im Staub wie auch im Regen werden von den Bäumen aus der Luft gefiltert und schädigen vermutlich direkt Blätter, Nadeln und Baumrinde. Dies gilt besonders bei gleichzeitigem sauren Regen, der Schwermetallverbindungen auflösen und so die oftmals viel gefährlicheren freien Schwermetallionen in Lösung bringen kann.Nach Ulrich spitzt sich die Gefahr der Schwermetallverseuchung und der daraus resultierenden Schädigung drastisch zu, weil sich bei der kontinuierlichen und zum Teil sogar ansteigenden Schwermetallbelastung über die Luft die Schwermetalle in den Bäumen und im Waldboden stark anreichern. Bei der derzeitigen Belastung würden sich z.B. im Solling nach 1OO Jahren pro Hektar je 6 kg Chrom, Nickel und Blei und 24 kg Kupfer in der Rinde und im Holz der Bäume und z.B. 55 kg Blei in der Humusschicht des Bodens angesammelt haben! Daß solche Konzentrationen unweigerlich zu verheerenden Schäden führen müssen, sollte jedem klar sein.

Bei anhaltender Belastung durch sauren Regen und Schwermetalle wird der Boden als Filter für das Grundwasser und damit für unser Trinkwasser unwirksam; die Schwermetalle und das Aluminum gelangen in das Grundwasser, ins Quellwasser, in die Flüsse. Schon jetzt gibt es in stark belasteten Gebieten des Kaufunger Waldes und im Hunsrück Quellen mit pH-Werten um 4 und gefährlich hohen Aluminum Kozentrationen sowie Spuren von Schwermetallen. Das Leben der Fische, der Pflanzen und letztendlich der Menschen ist bedroht! **Nach den Wäldern sterben die Menschen !**

Zwar müssen noch viele Einzelheiten bezüglich des Waldsterbens erforscht werden. Aber schon heute weiß man soviel: die Hauptursache für das Waldsterben ist die hohe Luftverschmutzung! Wenn also die Wälder und damit eine unserer wichstigsten Lebensgrundlagen gerettet werden sollen, so müssen ab sofort alle nur erdenklichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung durchgeführt werden. Und es ist vieles schon heute möglich! Langfristiges Ziel kann nicht mehr ein neuer „Grenzwert" sondern muß die Null-Emission sein!!

Neues aus Land- und Forstwirtschaft

„Wir retten Has und Reh durch Umweltschutz mit AKW! "

So wenig fossile Brennstoffe wie heute technisch möglich, so viel Kernenergie wie nötig, heißt die derzeitige Devise der Kernkraftbefürworter.

Atomenergie als Alternative um Umwelt und Klima nicht weiter durch Kohleverbrennung zu gefährden.

In Anbetracht der Stromüberschüsse und dem dennoch geforderten Ausbau der Kapazitäten verliert die Umweltliebe der EVU's rasch an Glaubwürdigkeit. Schließlich mit heutigen Erkenntnissen und Techniken läßt sich der weltweite Bedarf an fossilen Energieträgern von 8 Terawattjahren pro Jahr bei gleicher Effektivität auf etwa die Hälfte verringern.

Wollte man die gleiche Verminderung durch Atomenergie erreichen müßten weltweit 5OOO AKW's des Biblis-Types errichtet werden. Für deren Betrieb freilich noch sämtliche Versorgungs- und Entsorgungsanlagen zu bauen wären. Abgesehen, daß zahlreiche Techniken wie z.B. die WAA gänzlich unausgereift sind und nach wie vor das Atommüllchaos existiert, würden sämtliche Baukapazitäten der Atomlobby es nicht vermögen, noch vor dem nächsten Jahrtausend auch nur die Hälfte der atomaren Betonwüste verwirklicht zu haben. Engpässe in der Versorgung für den Kraftwerksbau unerläßlicher Stoffe (Mölybdän etc.) existieren schon heute- verurteilen also den weltweiten Ausbau der Atomenergie zum Scheitern.

Dennoch verfolgen wir das Szenarium der AKW-Umweltschützer: trotz forcierten AKW-Neubau könnte erst in einigen Jahrzehnten die Umweltbelastung durch Verbrennen fossiler Energieträger merklich verringert werden. D.h. noch Jahrzehnte wird die SO 2 und Schwermetallverschmutzung andauern,wird der CO 2 Gehalt der Atmosphäre weltweit steigen (ca. 3 % je Jahrzehnt) . Die Folgen

sind schon heute abzusehen: merkliche Klimaveränderungen,Ausbreitung der Wüsten, Versteppung der Wälder. Die Dezimierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird Hungersnöte zur Folge haben. (H.Gruhl, Ein Planet wird geplündert)

Nur die bessere Energienutzung gekoppelt mit Verwendung effektiver Filteranlagen kann die Umweltbelastung durch CO 2 und SO 2 rasch verringern. Bedenken wir, daß in der BRD für die Stromerzeugung in Wärmekraftwerken 60-70 % der Energie ungenutzt als Abwärme in Gewässer und Atmosphäre abgegeben wird, d.h., daß hiesige Kraftwerke mehr Abwärme liefern als sämtliche Haushalte und Kleinverbraucher zur Raumheizung benötigen.

Land- und Forstwirtschaft werden allgemein als krisensichere Urproduktionsbereiche angesehen, da sie mit regenerierbaren Ressourcen wirtschaften. **Weit gefehlt:** der Profithunger der Industrienationen gefährdet die Zukunft der Forstwirtschaft extrem (siehe Artikel „Saurer Regen"); die westliche Landwirtschaft ist schon längst zu einem perversen Industriebetrieb degradiert worden.

Gift- und Düngereinsatz führten auf den hochmechanisierten Betrieben mit Monokulturwirtschaft und Massentierhaltung zu Ertragsexplosionen, während sich die Arbeitslast bedeutend verringerte. Die Folgen: Kleinbetriebe konnten nicht konkurrenzfähig wirtschaften, die Arbeitslosigkeit auf dem Lande stieg extrem. Neben den völlig veränderten sozialen Bedingungen, bewirkte die moderne Landwirtschaft aber eine erhebliche Abhängigkeit der übriggebliebenen Großbetriebe von Fremdenergie.

Die Supererträge lassen sich nur mit einem jährlich sich erhöhenden Einsatz von Dünger und chemischer Vorbeuge- und Pflegebehandlung realisieren. Denn u.a. hat der Großmaschineneinsatz eine Zerstörung des natürlichen Humuskapitals bewirkt, der nun durch höhere Düngergaben kompensiert wird. Mittlerweile gibt es rund 1600 Gifte, da die Zahl resistenter Schadorganismen stetig zunimmt.

Im Schnitt gelangen derzeit ca. 8 Zentner Kunstdünger auf jeden Hektar Anbaufläche in der BRD. Für die Herstellung und Verteilung einer Tonne Stickstoffdünger sind rund 22000 kWh Energie erforderlich. Das sind für jährlich 1,5 Mio. verbrauchter Tonnen rund 33 Mrd. kWh Energie.

Die deutsche Handelsdüngerproduktion benötigt also weit mehr Energie als alle deutschen Atommeiler liefern.

Für die Produktionen, der in der BRD eingesetzten Gifte wurden 1981 rund 500 Mio. KWH Energie benötigt.(H.L. Wenner:„Zur Energiesituation in der Landwirtschaft").

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen aufgewendeter Energie und biologisch erzeugter Energie in der modernen Landwirtschaft negativ. Dies liegt vor allem an dem überhöhten Fleischkonsum. Pro Energieeinheit im Rindfleisch müssen rund 10 Getreideenergieeinheiten verfüttert werden.

Besonders deutlich wird die Schizophrenie der Weltnahrungsmittelproduktion am Beispiel der Sojabohne,die dreimal soviel Protein liefert wie eine vergleichbare Menge Rindfleisch. Also eine ideale Pflanze den Proteinmangel in der meisten 3. Welt-Staaten zu begegnen. Dennoch nur etwa 5 % der Welternte werden direkt dem menschlichen Genuß zugeführt. Der Rest landet in Futtertrögen. Die steakbesessenen Industrienationen können halt mehr Geld für Schweinefutter ausgeben als die Hungernden furs Überleben (Collins,-Moore-Lappé: Vom Mythos des Hungers).

Die BRD lieferte 1979 im Rahmen des Internationalen Nahrungsmittelhilfeabkommen 147800 Tonnen Getreide unentgeltlich an 3. Welt-Länder. Das über 100-fache wurde im selben Zeitraum aber an Vieh verfüttert.

Die Gewächshausgemüseproduktion weist die negativste Bilanz auf: ca. 600 Energieeinheiten werden zur Schaffung einer Energieeinheit in Form von geschmacklosen Tomaten benötigt.

Die BRD-Landwirtschaft verbraucht ca. 4-5 % des bundesdeutschen Primärenergieverbrauches.Ca.9 % werden für die Bearbeitung, Verpackung und den Transport sowie der Lagerung und Zubereitung weitestgehend vergeudet. (Umweltgutachten 1978). So werden jährlich z.B. 1 Mio. Liter Öl verfeuert um Magermilch zu pulverisieren, anstatt wie früher sie direkt den Landwirten als Kälberfutter zu geben. 1 Mrd. kWh Energie erfordert allein die Kühlung des Butterberges jährlich. -(W.Schüttauf:„Das Energieproblem in der Landwirtschaft der EG.")

Also Energiespartip No. 1 :Abschaffung des Kapitalismus und Auflösung der EG !

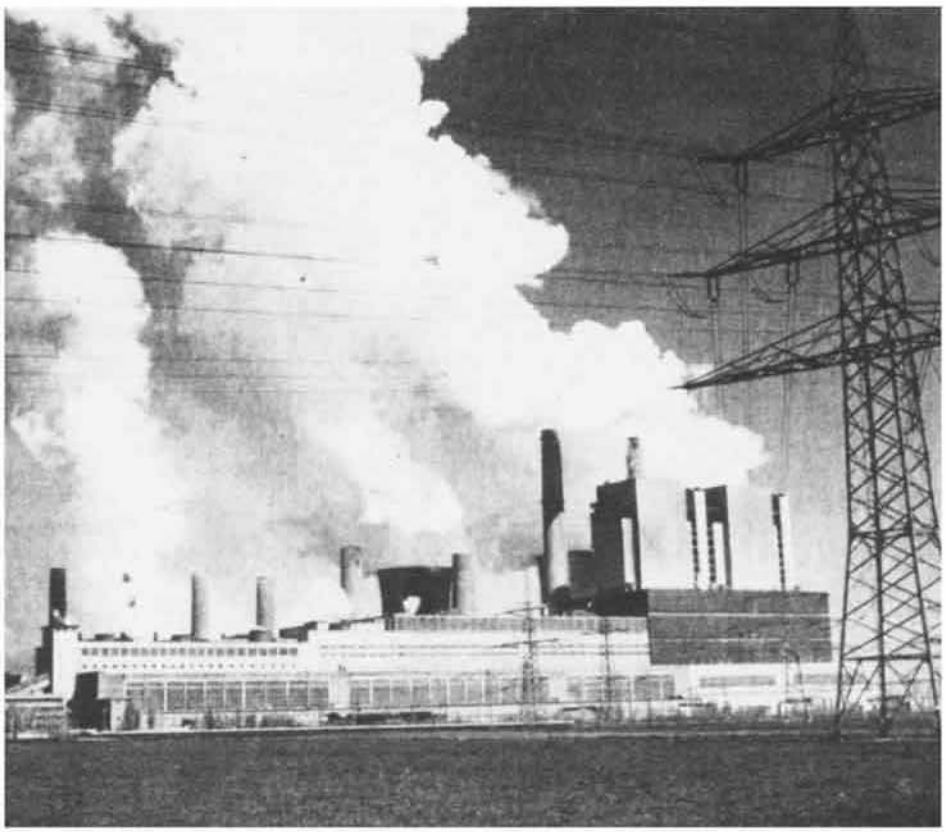
Sau(be)rer Regen nicht ohne AKW?

Seit etwa zwei Jahren häufen sich geradezu erschreckende Meldungen über Auswirkungen der Umweltbelastung durch Luftverschmutzung. Die augenfälligsten Auswirkungen der Luftverschmutzung zeichnen sich zum einen als in die Milliarden gehende Schäden durch beschleunigten Verfall von Gebäuden, besonders Baudenkmälern, ab. Die anderen erst seit kurzem ins breitere Bewußtsein gedrungenen Auswirkungen der Luftverschmutzung ist die bereits ungeheuer fortgeschrittene Schädigung des Baumbestandes in Mitteleuropa und die Verseuchung eines großen Teiles der Süßwasserseen besonders in Skandinavien.

In Mitteleuropa sind mittlerweile alle Tannen, fast 50% der Fichten und 65% der Kiefern krank (Spiegel v. 10.5.82). Daß bei den Menschen der ganze Dreck nicht nur in den Klamotten hängenbleibt, versteht sich wohl von selbst.

Als wesentlicher Teil der Ursache für diese Umweltkatastrophen gilt die Belastung der Atmosphäre durch Schwefeldioxid (SO 2).. Das SO 2 wird hauptsächlich durch die Verfeuerung fossiler Brennstoffe freigesetzt und kommt „als das Saure beim Regen" wieder auf den Boden zurück. In der BRD tragen die einzelnen Emittentengruppen (Verursacher der Verschmutzung) zu der Gesamtemission von nahezu 3,5 Mio. Tonnen SO 2 wie folgt bei (Stand 1975):

- Kraftwerke und Fernheizwerke einschließlich Industriekraftwerke 50%,



Kohlekraftwerk Weisweiler

- Industriefeuerungen 25 %,
- Industrieprozesse 9 %,
- Kleinverbrauch in Haushalt, Verwaltung und Gewerbe 14%,
- Verkehr 2%.

Hauptverursacher des SO 2 und des größten Teils der jährlich 3,1 Mio. Tonnen emittierten Stickoxide (NO X) sind die Kohlekraftwerke.

Der Saure Regen als „Argument" für AKW-Zubau

„Mit Atomstrom den deutschen Wald retten!" Unter dieses Motto kann man die neuesten Pro-Atomkraft-Argumentationen altbekannter AKW-Lobbyisten fassen.
Einige Beispiele:
Saarlands Wirtschaftminister Klumpp (FDP) möchte die Kohlevorkommen „am liebsten im Boden" belassen; seines Zeichens Umweltminister Geil (geil wa, d.S.) aus Rheinland-Pfalz bekennt sich „auch unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes" zur Atomenergie. In Bayern, wo bislang kein einziges Kohlegroßkraftwerk mit einer Entschwefelungsanlage ausgerüstet ist, greift man ebenso freudig das „Saure-Regen-Argument" auf. Nachdem jahrelang Warnungen von Umweltschützern abgetan wurden, nimmt man das Problem jetzt zur Kenntnis. Zu einem Zeitpunkt, wo auf der Hand liegt, daß die Landesregierung erkannt hat, daß man damit der Bevölkerung die Atomenergie schmackhaft machen kann. Das geht dann so: Nach Inbetriebnahme des AKW's Gundremmingen schwärmt Umweltminister Dick, würden die bayerischen Schwefeldioxid-Emissionen von bisher 274.000 Tonnen auf unter 100.000 Tonnen pro Jahr sinken. Umweltbelastungen infolge Atomenergie schätzt Dick „gering".
In Hessen, wo nach einer Diagnose des Umweltminsteriums bereits 3.000 ha Wald erkrankt und 50.000 ha gefährdet sind, weiß FDP-Wirtschaftsminister Hoffie einen „umweltfreundlicheren" und „sicherheitstechnisch verantwortbaren" Ausweg: Den Bau von Biblis C. Er rechnet vor, durch den Betrieb der Blöcke A und B in Biblis seien 670.000 Tonnen SO 2, 188.000 Tonnen NO X, 94.000 Tonnen Staub und 77.000 Tonnen Kohlendioxid **nicht** in die Luft geblasen worden.

Mit was für exemplarischen Pharisäern und Volksverdummern wir es mit den hier beispielhaft kurz zitierten Leuten zu tun haben, ist ohnehin klar aufgrund der vielfältigen Erfahrungen hinsichtlich deren laufendem Verschweigen, Verdrehen, einseitigem Darstellen von Fakten gerade auch aus dem Umweltbereich.
Der hier behandelte Problembereich ist dafür wiederum ein besonders deutliches Beispiel. So ist von den oben genannten Leuten nicht einmal auf die Ergebnisse und Empfehlungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen, welcher beim Bundesinnenminsterium (also dem im Prinzip eigenen Apparat) angesiedelt ist, hingewiesen worden. In einem Sondergutachten „Energie und Umwelt" (März 1981) wird vom Sachverständigenrat festgestellt, „unter umweltpolitischen Gesichtspunkten (könne) weder der Nutzung der Kohle noch der Kernenergie eine eindeutige Präferenz eingeräumt werden."
Die von den Atom-Lobbyisten als so glänzend dargestellte Alternative zur Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken wird also sogar auf dieser Ebene beachtlich relativiert.

Kranker Fichtenwald im Harz

Es ist zwar klar, daß diese Leute nur dann auf Umweltschutz machen, wenn es in ihren politischen Interessen liegt; dennoch dürfen wir die Kohlekraftwerke als tatsächliche Hauptverursacher des Sauren Regens nicht verharmlosen.

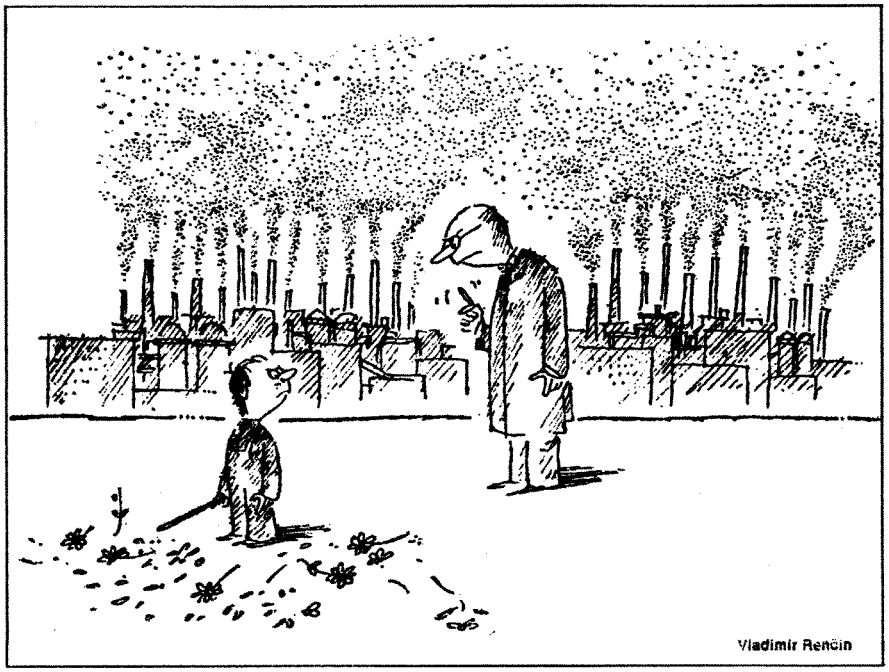
Kohlekraftwerke – Pfui Deibel?

In der Tat, sie stinken wie wahnsinnig zum Himmel, die bundesdeutschen Kohle- und Mischfeuerkraftwerke, sieht man von den wenigen Ausnahmen ab (in anderen Ländern sieht's leider nicht besser aus). Konkret: 80% der 216 inländischen Kraftwerke mit der - genannten Befeuerungsart qualmen z. Zt. noch ohne jede Rauchgasreinigung. Täglich **werden dadurch neben dem giftigen Schwefelgas tonnenweise weitere naturbelastende** und lebensverkürzende Substanzen wie Feinstäube, Stickoxide und Chlorwasserstoffe freigesetzt. Ein Drittel der Steinkohlekraftwerke sind mehr als 20 Jahre alt; nicht nur diese Uralt-Anlagen emittieren etwa 3.000 **mg, teilweise bis zu 4.000 mg SO 2 pro Kubikmeter Abgas, das entspricht einem Wert von** 11 g SO 2 und mehr pro kWh erzeugter Elektrizität.
Staatliche Maßnahmen zur Verringerung der SO 2 - Emissionen gibt es im wesentlichen seit 1974. Das in jenem Jahr in Kraft getretene Bundesimmissionsschutzgesetz **(BImSchG) ist Grundlage für eine konkrete Vorschrift über die Zulässigkeit bestimmter** Emissionswerte von neuen Kraftwerken. Nach dieser Verwaltungsvorschrift, der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) wurde 1974 folgendes zur Genehmigungsvoraussetzung für neue Kohlekraftwerke gemacht: Anlagen mit einer Leistung ab etwa 400 MW dürfen nicht mehr als 850 mg SO 2 pro Kubikmeter Abgas emittieren. Anfang 1980 wurde von der Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder beschlossen, den zulässigen SO 2-Grenzwert für neue Kraftwerke in der Neufassung der TA Luft auf 650 mg festzulegen, dieser Wert soll für Kohlekraftwerke mit einer Leistung ab 175 MW gelten.

Hat schon die 1974er TA Luft - Vorschrift einen äußerst bescheidenen „Erfolg" gebracht, so ist von der z. Zt. diskutierten Neufassung **nicht viel mehr zu erwarten. Kaum ein Dutzend neue Kohlekraftwerke sind seit '74 mit** Abgasentschwefelungseinrichtungen ausgerüstet worden. Bezüglich der Altanlagen wurde eine Politik verfolgt, die durch staatlich finanzierte Zuschüsse zum Bau von Entschwefelungseinrichtungen führen sollte.
Gerade dieser Ansatz kann als gescheitert angesehen werden; von den Betreibern wurden Mittel in geradezu kläglichen Größenordnungen angefordert. Selbst im Düsseldorfer Sozialministerium, der Hauptanlaufstelle für dieses Programm, ist man alles andere als begeistert von den Ergebnissen. In der Neufassung der TA Luft wird mit den Altanlagen wiederum butterweich verfahren. Mehrjährige Übergangsfristen sollen eingeräumt werden, bis diese Giftschleudern in ihren Emissionswerten auf den neuesten Stand der Technik gebracht sein sollen.
Dieser „Stand der Technik", der derzeit definiert wird als „Maßnahmen, die einen Emissionswert von 650 mg SO 2 realisieren", kann oder muß als Zugeständnis an die Betreiber angesehen werden.
In den Diskussionen um das saarländische Kohlekraftwerk Bexbach, welches 1978 mit ausdrücklicher Zustimmung des Wirtschaftsministers Klumpp mit einem Emissionswert von 850 mg SO 2 genehmigt wurde, räumte eben dieser Klumpp ein, daß eine Verringerung des Schwefelgehaltes auf 400 mg technisch möglich sei. Aber wir kennen das ja – die Kosten, die Kosten ...
Um die geht es auch bei der Diskussion um den Typ von Kohlekraftwerken, die tatsächlich als der neueste Stand der Technik anzusehen sind, die Wirbelschichtkraftwerke (siehe auch Kasten). Kohleverstromung ist mit dieser Technik, die im Prinzip seit einem halben Jahrhundert bekannt ist, fast ohne schädliche Emissionen möglich. Der Entschwefelungsgrad erreicht nahezu 100% im **Vergleich zu etwa 80% bei Einhaltung der Neufassung TA Luft.**

Ein solches Kraftwerk mit 200 MW Leistung wird z.Zt. im saarländischen Völklingen gebaut. Es kommt ohne Schornstein aus. Hauptsächlich durch den Prototyp-Charakter dieses Projektes sind die Baukosten mit 500 Mio.DM höher als die Kosten für eine vergleichbare konventionelle Anlage (der Bund beteiligt sich zu einem Drittel an den Baukosten).

Die Investitions- und Betriebskostenerhöhungen für Abgasentschwefelungsanlagen an konventionellen Kraftwerken betragen umgerechnet pro kWh erzeugtem Strom 1 Pfg., Zahlen zu Stromgestehungskosten in Wirbelschichtkraftwerken liegen derzeit nicht vor.

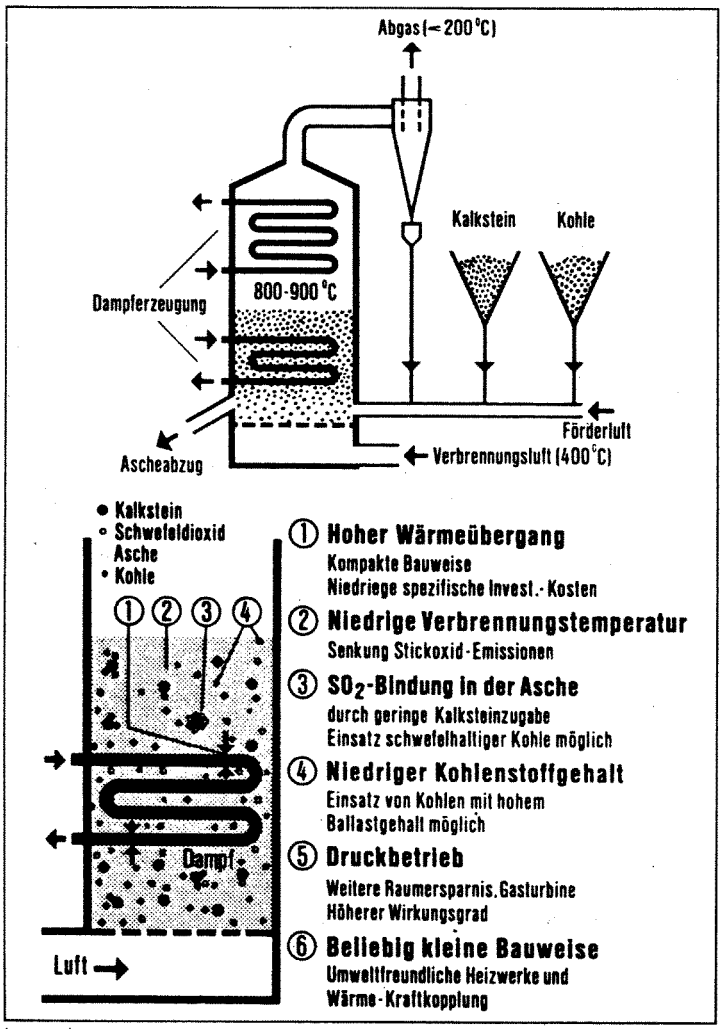


Im Gegensatz zu konventionellen Kohlekraftwerken, die umso kostengünstiger zu bauen sind, je größer die jeweilige Anlage ist (es hat sich inzwischen eine Standard-Leistungsgröße von ca. 700 MW herausgebildet), zeichnet sich bei Wirbelschichtkraftwerken eine umgekehrte Tendenz ab.

„Selbst Kessel für kleine Heizstationen oder Industriekessel mit einer thermischen Leistung von weniger als 10 MW können mit Wirbelschichtfeuerungen vorteilhaft betrieben werden." (Die Umschau Nr.10 v. 14.5.82)

Für die aus ökologischen Gründen unverzichtbare Dezentralisierung der Kraftwerksstandorte, d.h. kleinere Kraftwerke produzieren im Wärme-Kraft-Koppelungsverfahren Elektrizität und Fern-(Nah-)Wärme mit einem hohen Wirkungsgrad, bietet sich die Wirbelschichtkraftwerkstechnologie also geradezu an. Das ist auch wohl unter einem weiteren ökonomischen Gesichtspunkt interessant. Die Kosten des Kohletransportes sind (auch unter Berücksichtigung von Importkohle) über lange Distanzen niedriger als die Kosten des Stromtransports (FR v. 16.6.82).

Wirbelschichtfeuerung



Erläuterung der Wirbelschichtfeuerung aus „Natur und Umwelt"

Die Wirbelschichtfeuerung (WSF) ist eine neue Technologie der Kohlenutzung für die Strom- und Wärmeerzeugung, die im Vergleich zur konventionellen Rost- und Staubfeuerung eine Reihe von Vorteilen hat. Das Prinzip der WSF besteht darin, daß durch Lufteinströmung vom Boden einer Brennkammer feinkörniges Material mit geringem Kohleanteil in einen wirbelnden Zustand versetzt werden kann, der in vielen Eigenschaften einer Flüssigkeit gleicht (Abb. Seite 16).

Dies ermöglicht das ‚Eintauchen' von Heizrohren mit vergleichsweise hohem Wärmeübergang und eine Verbrennung zu ungewöhnlich niedriger Temperatur (ca. 850°C). Die niedrige Verbrennungstemperatur und der hohe Stoffaustausch führten zu vergleichsweise sehr geringer NOx-Bildung (Stickoxide) und hoher Bindung von Schwefeldioxid an den natürlichen Ca-Gehalt (Calciumcarbonat) der Kohle, was durch geringe Kalksteinzugabe noch verbessert werden kann (Abb. 2). Je nach Beschaffenheit des Kalksteins können Entschwefelungsgrade von nahezu 100% erreicht werden. Auch andere Emissionen wie z. B. Chlor, Fluorwasserstoff und höhere Kohlenwasserstoffe (z. B. polizyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) werden weitgehend vermieden. Die Asche fällt als pulvriger Gips an, reagiert basisch statt sauer und eignet sich zur Weiterverarbeitung in der Bauindustrie, z. B. als wärmedämmender Putz.

Die WSF erreicht ohne Mehrkosten Emissionsstandards, die auch mit höchstem Aufwand in modernen Staubfeuerungsanlagen bei weitem nicht erreicht werden können. Sie ist daher z. Zt. die einzige verfügbare Technologie zur Kohleverbrennung, die ökologisch vertretbar ist.

Ökonomische Vorzüge liegen darin, daß die bis jetzt auf Abraumhalden landende minderwertige schwefelhaltige Kohle verwertet werden kann. Sowohl von den Investitions- wie von den Betriebskosten her sind Wirbelschichtfeuerungskessel durchaus wettbewerbsfähig mit konventionellen Rost- und Staubfeuerungskesseln vergleichbarer Größe.

Dennoch ist bis jetzt in der BRD nur eine kleine Versuchsanlage (Recklinghausen) in Betrieb; vier weitere Demonstrationsanlagen unterschiedlicher Größen sind im Bau; drei kommerzielle Anlagen werden derzeit ins Ausland exportiert. Vor allem in England ist die kommerzielle Verwendung der WSF bereits weiter fortgeschritten. International ist die WSF Stand der Technik; auch in der BRD hat sie inzwischen die Marktreife erlangt.

Die Umweltverträglichkeit der WSF wird bisher in der BRD nicht angemessen honoriert. In ihren Hauptanwendungsbereichen konkurriert sie mit konventionellen Feuerungsanlagen, für die weder Entschwefelungsvorschriften bestehen noch – wegen der exorbitanten Kosten – in Zukunft vorgesehen sind. Darum wäre es sinnvoll, die Markteinführung durch die öffentliche Hand (Investitionszuschuß, Garantieübernahme, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, etc.) zu fördern.

Hermann Hatzfeldt

Lingen

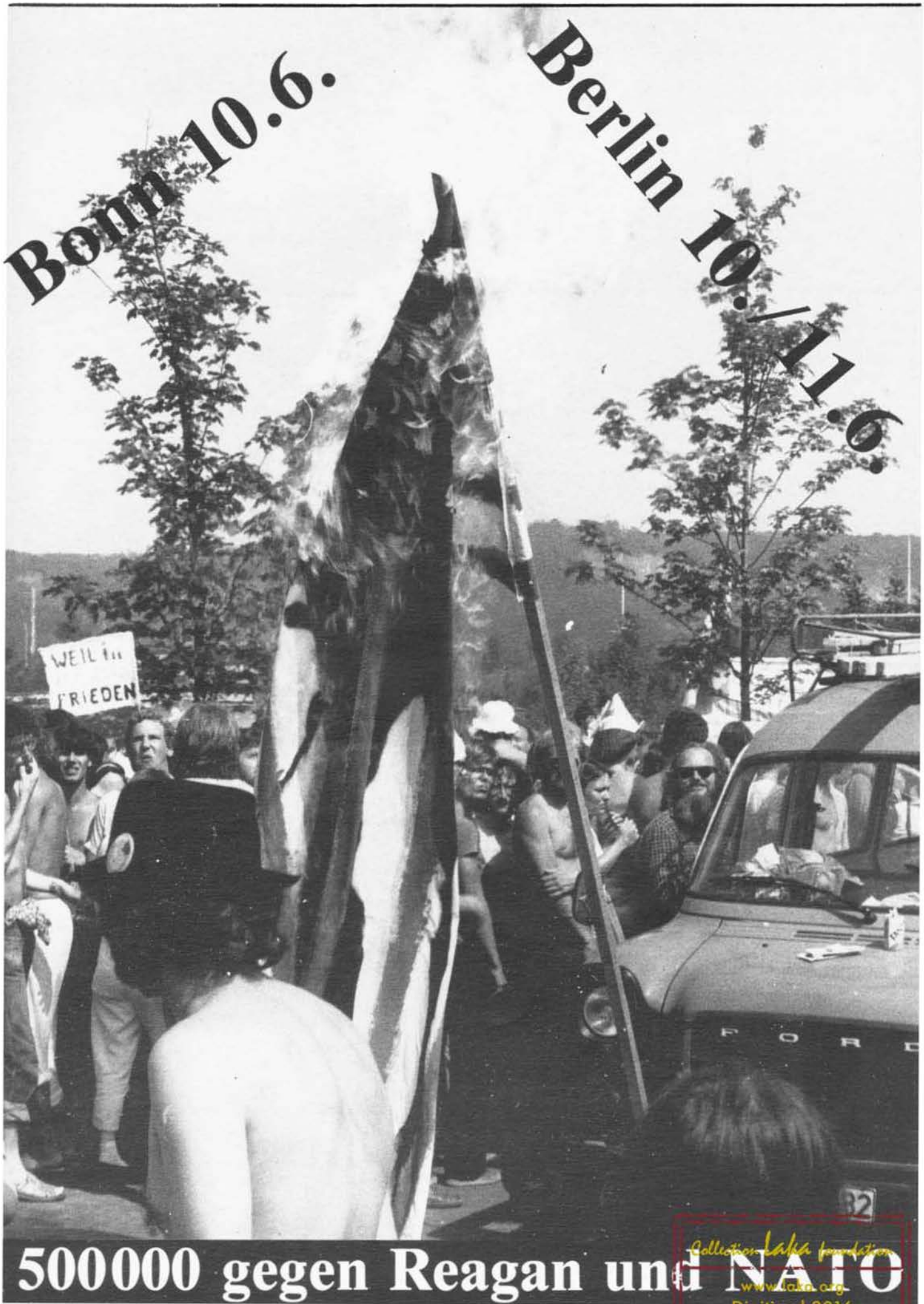
Ein Freizeitsee für's Volk —
Ein Speichersee für's AKW

Nach Abschluß der Erörterungstermine im atomrechtlichen und wasserrechtlichen Verfahren für den Lingener 1300 MW-Reaktor – Bestandteil der Baulinie 80 – konzentrierten sich die Bemühungen der Betreiber und ihrer Handlanger auf den Speichersee in Geeste, ohne den kein AKW im Emsland läuft.
Die Bürgerinitiativen versuchten derweil, ihren Widerstand auf eine breitere Basis zu stellen, was angesichts der starken Verschmutzung der geistigen Umwelt durch jede Form und die unbedingte Akzeptanz von Propagandalügen bis heute ein schwieriges Unterfangen blieb.
Zu mehr als vereinzelten Aktionen, wenn auch teilweise recht phantasievoll, reichte es dann eben nicht: so wurde aus dem Mai-Spaziergang mit Bauplatzbesuch am 2.5. eine Art Verulkungsdemo gegen das Speicherbecken, insbesondere gegen die propagierte Spielart „Freizeitzentrum". Demonstranten jeden Alters mit Badekappen, Schwimmflossen, Gummitieren, Taucherbrillen usw. Selbstverständlich aber, daß die Lokalpresse mit keinem Sterbenswörtchen davon Notiz nahm. Unsere Hofjournalisten berichten nur über das, was sie dürfen, und nur so, wie sie dürfen.
Im Mai fand in Lingen der Erörterungstermin für das Speicherbecken statt, der dank der klugen Fragerei aus den Reihen der Einwender länger dauerte als vorgesehen. Aus dem Krach beim atomrechtlichen Erörterungstermin im letzten Jahr hatten die Behörden (Betreiber) Konsequenzen gezogen: man tagte nachmittags, wochenends. Im Verfahren wurden die Schwachpunkte der gesamten Planung in den Bereichen Standfestigkeit, Wasserentnahme, Ökologie usw. von den Einwendern unter Berücksichtigung späterer Gerichtsverfahren herausgearbeitet.
In Geeste derweil spart man auf Segelboote, sorgt sich um Lizenzen für Pommes-frites-Buden am Seeufer, Wirte träumen vom „Hotel am See", die Vorstände für den Surfclub und den Segelverein sind längst ausgeguckt.
Der Gemeinderat von Geeste – äußerst besorgt auch genügend Steuern aus dem Speichersee-Projekt zu schlagen zwecks Sanierung der ruinierten Gemeindefinanzen – zierte sich nicht länger künstlich und stimmte dem Projekt am 14.6. mit den Stimmen von CDUSPDFDP gegen einen wütenden, aber hilflosen Grünen zu. Unmittelbar vor der Beschlußfassung besann sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion auf den Inhalt des „C"s im Parteinamen und ging in seinem Schlußwort davon aus, daß Gottes Segen über diesem Projekt schweben müßte, alldieweil ja Christdemokraten an der Entscheidung entscheidenden Anteil hätten, allerdings nicht ohne dankenswerterweise zu erwähnen, daß dieser Segen möglicherweise auch dringend vonnöten sei.
Der Dummheit emsländischer Politik sind wahrhaft keine Grenzen gesetzt.
In den Kneipen redet man wieder von „vergasen" und „totschlagen", „abschlachten" und „zum Dorf rausprügeln" und meint die BI-ler und die Grünen, von denen sich manche mancherorts besser nicht mehr blicken lassen.
Der Speichersee-Erörterungstermin gab dem Vertreter des nieders. Sozialministers auch die Gelegenheit, die Notwendigkeit eines weiteren Baulinie 80-Reaktors in Meppen deutlich zu machen und stellte die Beantragung in Aussicht. Schließlich solle das Wasser des Sees genügen, zwei 1300 MW-Reaktoren in trockenen Zeiten über die Runden zu helfen.
Die Ruine des alten Lingener Reaktors, unweit des Geländes für den neuen, soll möglichst bald abgerissen werden, zur Demonstration, daß das auch geht und unter der neugierigen Fragestellung, wie Menschen darauf wohl reagieren. Als Projekt europäischer Dimension ist ihm die Unterstützung der EG sicher.
Alles das macht der Bevölkerung nicht viel aus: „Früher gab es die Pest, heute ist es eben Krebs, und wenn wir alle daran sterben, und wenn es auch aus dem Atomkraftwerk kommt, jede Zeit hat ihre Probleme, unsere hat eben diese."
Im Augenblick bemühen sich die emsländischen BIs nach Abschluß der Speichersee-erörterung ihre Strategien im Rechtsweg gegen die Atomanlagen klarzubekommen und vor allen Dingen Geld zu beschaffen für kommende Prozesse, für die aufgrund der Vielzahl und Vielfalt der Projekte und Planungen ungeheure Summen aufgebracht werden müssen. Im Rechtshilfefond sammeln sich langsam Gelder von bemerkenswerter Höhe, die aber längst noch nicht ausreichen. Kein Wunder, wenn potentielle Spender dem Bankgeheimnis nicht mehr trauen und lieber Scheine klammheimlich und ganz privat vollkommen ungesehen irgendeinem ihnen bekannten BIler zustecken (müssen). In der Bank könnten das zu viele Leute mitkriegen und das wäre unter Umständen fatal in seinen Auswirkungen für Arbeit, Frau und Kinder.
Eine Reihe von Aktionen größerer und kleinerer Art wurden neben denen, die stattgefunden haben, von den Bürgerinitiativen durchgedacht, durchgespielt. Was daraus werden kann, besonders hinsichtlich des baldigen Baubeginns für das AKW – die erste umfangreiche Teilerrichtungsgenehmigung wird in der Sommerpause erwartet – und des Abholzens des Waldes für das Speicherbecken im Herbst, hängt zu einem großen Teil von der Solidarität der Anti-AKW-Bewegung insgesamt ab.

Ein AKW-Gegner aus der Region

Kontaktadresse:
BEgA, Gartenstr. 53, 4478 Geeste 3

Unterstützung für Prozeßkosten:
Rechtshilfefond Emsland, Volksbank Bawinkel (BLZ 280 699 95) Konto 3089



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Sind die Raketen noch zu verhindern?

Na klar, 400 000 war ein Erfolg. Damit hatten wir nicht gerechnet. Insgeheim hatte ich vorher kalkuliert, wenns mehr als 200 000 werden, wärs nicht schlecht. Ich hatte mir auch schon die Gründe zurechtgelegt, warum wir diesmal weniger sein würden, als am 10.10.. Stichworte: Arbeitstag im Norden, polarisierte Situation, die Freaks haben keinen Bock auf Bonn, SPD-Flügel mobilisiert nicht mit usw. Das wir trotzdem 100 000 mehr waren, als voriges Jahr, zeigt nur, wie elementar das Bedürfnis der Leute sein muß, gegen den Kriegskurs der NATO Partei zu ergreifen.
Wenn 400 000 demonstrieren, haben sich 1 Million Leute das überlegt. 5 Millionen darüber diskutiert, weil sie die Leute persönlich kennen, die hinfahren, 10 Millionen Leute sympathisieren damit und sind identifiziert, 20 Millionen nehmen das Ereignis zur Kenntnis. Dieses, zugegeben etwas euphorische Zahlenspiel soll nur zeigen, wie diese Demonstration aus dem Kampf um die öffentliche Meinung hervorgegangen ist. So nervig der Aufmarsch in Bonn ist, es ist bisher noch nichts wirksameres (für diesen Zweck) erfunden worden. Wie anders wollten wir gegen die pausenlos und als Publikrelation koordinierte "Willkommen, Mr. President" Kampagne der bundesdeutschen Medien bestehen?

Aber im folgenden geht es um etwas anderes. Ein paar Thesen, ohne ausgearbeiteten Zusammenhang, die bei uns in der Diskussion während der Vorbereitung der Demonstration eine Rolle gespielt haben.

1. Bahros Eskapaden

In Polen haben Jaruszelskys Panzer die Unantastbarkeit der östlichen Blocklogik gegen die Freiheitsbewegung von Solidarnosc durchexerziert. Neben allem, was das sonst noch bedeutet, war das ein **Krückstock** auch für den westlichen Blockzusammenhalt. Ein Argument für die NATO-Freunde und Aufrüster gegen die Friedensbewegung. Wie sind wir damit fertig geworden? Wir haben das Thema den Grünen überlassen, die damit gewuchert haben. Auf unserem Kongress in Osnabrück ist diese Sorte Autonomie, nämlich die Autonomie von den Blöcken schon mal als erstes beerdigt worden.

2. Die NATO ist nicht nur für den Ost-West Gegensatz da.

Das NATO Bündnis erklärt sich für den ganzen Globus zuständig. - Englands Krieg gegen Argentinien, Israels Krieg gegen die Palästinenser, Washingtons Krieg gegen die Guerilla von El Salvador - Die Herrschaften liefern wirklich reichlich Material dafür, daß sie es ernst meinen.
Im Aufruf wird das endlich angesprochen. Und wenn wir aufpassen, wird die Solidarität mit der 3.Welt und ihren Befreiungsbewegungen auch nicht wieder hinausgedrängt werden können aus dem Konsens der Friedensbewegung.
Die Friedensbewegung in England galt lange Zeit als vorbildlich. Aber gegen den chauvinistischen Taumel wegen der Falklandinseln konnte sie sich nicht behaupten. - Wie wir eines Tages da stehen werden, wenn die staatstragende Mehrheit gegen die Mullahs und Ölscheichs mobilisiert wird, weiß keiner. Aber vorbereiten können wir uns auf diese Situation. Und dazu müssen wir von einigen Rücksichten Abschied nehmen.
Krieg gegen den Süden ist unvermeidlich, wenn es uns nicht gelingt, die Kriegsgründe aufzudecken und zu beseitigen. 'die alten Stichworte - Rohstoffe - Märkte - Kapital - Anlagesphären - reichen schon lange nicht mehr aus. Es geht um die ganze Struktur der Weltarbeitsteilung. Um die Stellung der BRD als hochgerüstete Werkstatt der Welt. Also letztlich um unsere Lebens- und Produktionsweise selbst. Wenn uns 'der Ölhahn' zugedreht wird, weil in Saudi-Arabien Revolution ist, dann müssen wir begründen können, wieso das **kein Kriegsgrund** ist - weil der Individualverkehr auch anders abgewickelt werden kann. Das Problem, das vor Jahren schon von der Ökologiebewegung aufgeworfen worden ist, stellt sich hier also wieder. Solidarität mit dem Befreiungskampf von El Salvador, Sammeln für Waffen, das ist schon nicht mehr radikal genug. Wir müssen begründen, daß sich mehr ändern muß, als 'Außenpolitik'.

3. Unser Krach wegen Genf

Wir haben viel Geschrei gemacht, wegen dem positiven Bezug auf die Genfer Verhandlungen im zentralen Aufruf. Das wir in dieser Frage in der Minderheit sind, ist eine Tatsache. Aber das eigentliche Problem in uns liegt doch darin, daß wir noch so schrecklich grobschlächtig und abstrakt sind, wenn wir die Diplomatie und die ganzen anderen Verkleidungen der imperialistischen Politik kritisieren. Reagan hat seine demagogische Wendung gemacht und seine radikalen Sprüche gedämpft. Weil er auf jeden Fall vermeiden muß, daß der Widerspruch zwischen uns und seiner Politik als die Alternativen von Krieg und Frieden wahrgenommen wird. Wenn die Herrschaften jetzt manövrieren, ist das ein Hinweis auf unsere Macht. Aber noch kein Erfolg in der Durchsetzung unserer Ziele. Die Herrschaften wollen wieder in die Initiative kommen, das ist alles.
Gegen unsere Demonstration hat das Manöver noch nicht gewirkt. Aber die Anforderungen an unsere Kritik werden höher, und wenn wir uns nicht auf die Auseinandersetzung mit den **verschiedenen Varianten der NATO-Politik einlassen, werden wir überrollt werden.**
Aber mit Genf hängt immer noch ein zweites Problem zusammen. Wenn wir bestreiten, daß die Raketen durch diese Verhandlungen zu beseitigen sind, müssen wir erklären, wie denn sonst?

4. Sind die Raketen noch zu verhindern?

Vor dieser Frage drücken wir uns. Wir geben uns damit zufrieden, die Beschränkung der Friedensbewegung auf die Raketenfrage aufzubrechen. Und damit kommen wir auch voran. Aber unsere Propaganda für die Aufkündigung des deutsch-amerikanischen Bündnisses und für Blockfreiheit **ersetzt** nicht die Diskussion über das konkrete Kräfteverhältnis und unseren realen Möglichkeiten, den Kampf gegen die Raketen zu gewinnen.

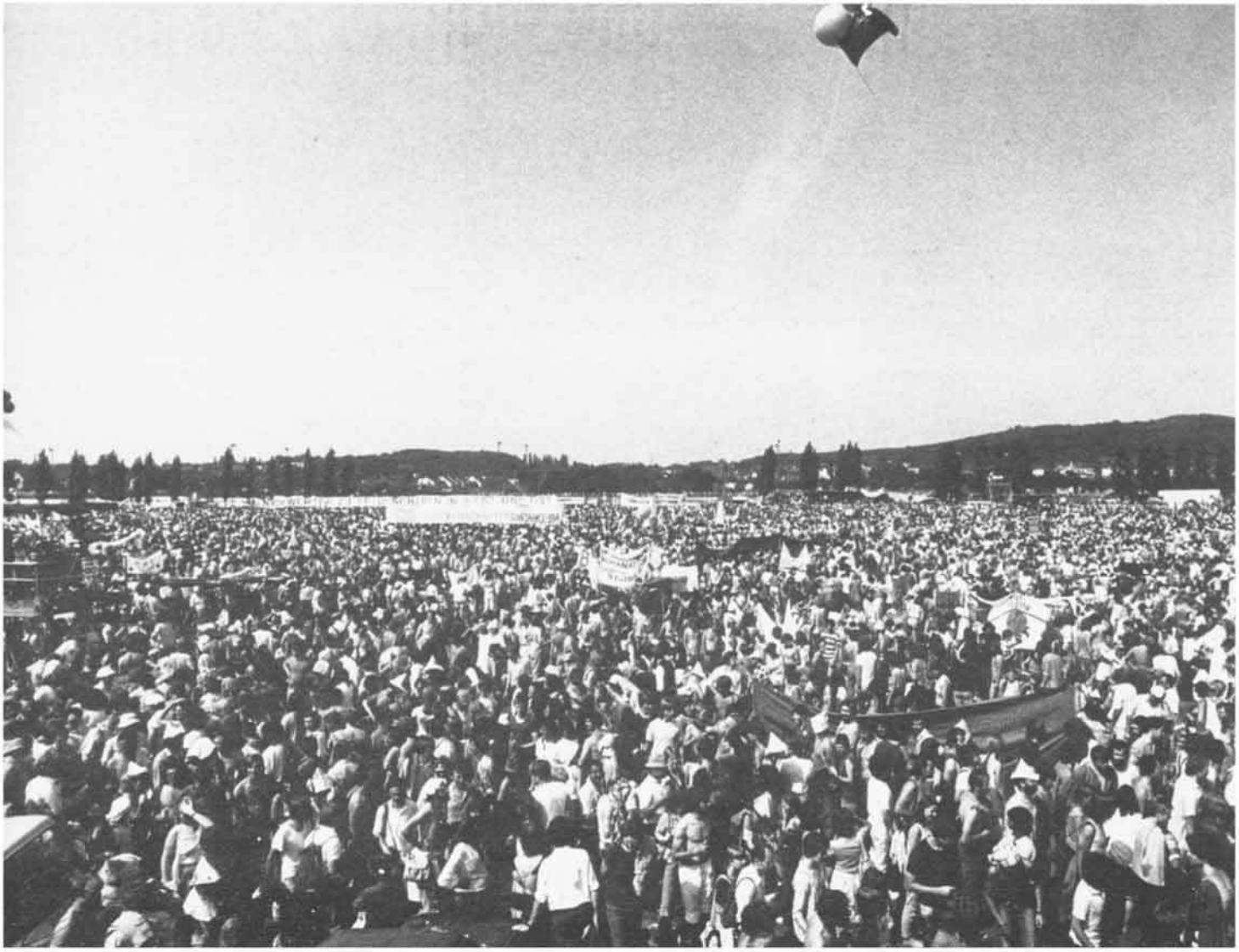
Am 10.10. hat Eppler den meisten Beifall bekommen. Das drückte die Hoffnung der Mehrheit der Friedensbewegung auf einen Erfolg der Raketengegner in der SPD aus. Diese Hoffnungen waren verknüpft mit Spekulationen über einen Sieg der Friedensbewegung über den Weg parlamentarischer Kombinationen. -Die Liebe dauerte kein halbes Jahr. In München ist die SPD auf Regierungskurs gegangen, und die Linke ist zu Kreuze gekrochen.
Jetzt können wir sagen "Wußten wir schon vorher, haben wir schon vor Jahren gelernt. Wenn Illusionen zerplatzen, ist das kein Grund zum Trauern." Nur sollten wir uns klarmachen, unser Weitblick ist keine Antwort auf die Frage: Wie zum Teufel kann man diese Bewegung, ohne das ein Wunder geschieht, gegen den geschlossenen Block der offiziellen Politik durchsetzen und zwar bis 1983 und nicht erst beim jüngsten Gericht.

Und als wenns nicht schon schwer genug wäre, erobert die CDU mit einem Programm des Angriffs auf die Friedensbewegung die Mehrheit der bundesdeutschen Staatsbürger. Nach 12 Jahren Abstinenz wird die neue CDU-Regierung durch keinerlei innere Reibung gebremst ihre ganze Macht und die Autorität der frischen Mehrheit gegen uns ins Feld führen. Kohl ist erledigt, wenn er in dieser Frage nachgibt. Und bis jetzt sind die Kräfte nicht zu sehen, die diese Regierung verhindern oder stürzen könnten.

Im Grunde läuft also alles auf die Frage hinaus, wie wir aus der Minderheit heraus den Schwung der neuen Regierung blockieren können, um Zeit zu gewinnen, damit die Leute ihre Erfahrungen mit der CDU sammeln können und die Opposition wachsen kann. Das AKW-Programm haben wir auf diese Weise 5-10 Jahre verzögert (wohlgemerkt das Programm, nicht die einzelnen Kraftwerke). Wahrscheinlich gehts uns beim Kampf um die Raketen genauso. Wir werden die Stationierung nicht verhindern können, weil wir die CDU-Regierung nicht stürzen können.

Daran wird auch eine Radikalisierung der Kampfformen nichts ändern. Wir haben als streetfighter weder in Berlin noch an der Startbahn-West die Kraft, den Staatsapparat in die Knie zu zwingen, wir werden das auch an den Raketensilos nicht schaffen.

Aber wir können den Gesamtplan, der dieser Stationierung zugrunde liegt, ernsthaft gefährden. Die



USA wollen die Bundesrepublik vollständig, also politisch, ökonomisch und militärisch in ihren Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion und die 3.Welt einbauen.

Diese US-Politik muß die Widersprüche zu den europäischen Nationen (insofern wir das nicht überleben) und in gesissem Maße auch zu den europäischen Kapitalisten (insofern das geschäftsschädigend ist) verschärfen.

Eine Blockade der herrschenden Politik aus der Minderheit heraus hat also laufend Ansatzpunkte in den offiziellen Regierungsgeschäften selbst. Wir können die Wunden offenhalten, Salz reinstreuen. Massenhafter Verlust von Konsens mit der herrschenden Politik ist eine schlimme Drohung in einer Situation, wo von diesem Konsens gerade die internationale Zuverlässigkeit und Handlungsfähigkeit der Regierung abhängt.

5. Armselige Widerstandskultur

Was die Formen und die Ebenen des weiteren Kampfes angeht, fällt uns auch nur das Modell der Anti-AKW-Bewegung ein. Uns nervt die Alternative, sich entweder am Nollendorfplatz den Schädel einschlagen zu lassen oder in Bonn auf den Rheinauen Woodstock zu feiern.
Es geht nicht nur um den Kampf um die **Öffentlichkeit**, es geht auch um den Kampf selber. Unsere Politik ist angewiesen auf die 'Symbolik' und 'Sinnlichkeit' direkter Auseinandersetzungen. Gegen den Bauplatz, die Abschußrampe, den NATO-Gipfel. - Direkte Auseinandersetzung, in der die Form nicht bestimmt wird von der Polizeiverordnung und dem STGB, sondern einzig und allein vom Konsens der Bewegung selber.

Wahrscheinlich war diesmal in Bonn was anderes, als tatsächlich abgelaufen ist, nicht drin. Und unsere Idee zum Regierungsviertel zu gehen, war ein bißchen abseitig. Aber das Problem liegt doch tiefer: Dort, wo die Frage anderer Aktionsformen überhaupt nicht aufgeworfen wurde. Oder mit dem Hinweis auf die Gefahr der Eskalation der Militanz totgeschlagen wurde, statt zu diskutieren, wie wir unseren Gehorsam aufkündigen und Zivilcourage und Selbstbewußtsein demonstrieren können, gestützt auf die Zustimmung der Mehrheit der Bewegung.

Robert

Robert ist Mitarbeiter der Gruppe "Krieg dem Krieg" Bremen. Sein Beitrag stellt jedoch kein Konsenspapier dieser Gruppe dar.

Bonn 10.6.

Fortschritt oder Katastrophe?

ein Leserbrief

Liebe Freundinnen und liebe Freunde,
in eurem letzten Atomexpress hattet ihr einen relativ ausführlichen Artikel über die Vorbereitungen zum 10.6. Er enthält neben etlichen Plattheiten und einigen Unrichtigkeiten ein Politikverständnis, das ich - sollte es tatsächlich die politische Basis der BAF sein - als fatal ansehen würde. Da ich einerseits mich dem BAF-Spektrum zugehörig fühle, andererseits auch an der Vorbereitung der 10.6. Demo beteiligt war, hatte ich große Lust, etwas näher auf eueren Artikel einzugehen. Wahrscheinlich wird mein Papier den Ereignissen etwas hinterherhinken, andererseits enthält es im wesentlichen grundsätzliche Dinge, die mit dem Ablauf des 10.6. noch lang nicht gegessen sind und wahrscheinlich nur noch besser diskutiert werden können.

10.6. Katastrophe oder Fortschritt?

Durch den ganzen Artikel zieht sich fast nahtlos ein geradezu statisches Politikverständnis: einerseits wird sehr klar gesagt, daß angesichts der Verlegung des Nato-Gipfels nach Bonn (ja immerhin auf Einladung der SPD) für die Friedensbewegung angesagt wäre: Aktionen, die geeignet sind, massenhaft den Protest gegen die Nato-Kriegspolitik auszudrücken, die unseren entschlossenen Widerstand ankündigen und zum Ausdruck bringen, die schließlich Ansätze einer Be- oder Verhinderung in sich tragen. Diese Positionen kommen in dem Göttinger Aufrufentwurf ja auch sehr gut zum Ausdruck.
In einem zweiten Absatz steht dann das Ergebnis der Verhandlungen über den Aufruf: "katastrophal, desillusioniert" sind die wesentlichsten Begriffe, mit denen ihr den Diskussionsprozess und dessen Ergebnis charakterisiert.
Ihr betrachtet damit sowohl euere Standpunkte als auch den verabschiedeten Aufruf lediglich aus der Sicht des Zeitraumes von ca 5 Wochen; jede Betrachtung des Ganzen vor dem Hintergrund einer sich rasant entwickelnden Bewegung habt ihr augenscheinlich gar nicht im Auge. Maßstab eueres Urteils ist somit im wesentlichen euere eigene Logik, nicht aber die Logik einer Massenbewegung, zu der sich die Friedensbewegung entwickelt bzw. entwickeln muß, will sie ihrem Ziel, nämlich FRIEDENSbewegung zu sein - gerecht werden. Von dieser Sichtweise her will ich einige Bemerkungen zu euerem Artikel anbringen.

Die Friedensbewegung hat sich anders entwickelt, als beispielsweise die Anti-AKW-Bewegung: Weniger Basisinitiativen haben jahrelang die Arbeit getragen, als vielmehr einige wenige, dafür aber schlagkräftige Organisationen unter Führung des KOFAZ/DFU, die ihrerseits die Bewegung ziemlich dicht gegen alternative Meinungen und auch Strukturen abschotteten. Erst im vorletzten Jahr - als Stichtag für das öffentliche Bewußtsein mag da der 6.Mai 80 in Bremen gelten - formierte sich ein neuer Flügel. Diesem ist es dann aber relativ schnell gelungen, sich zu formieren und Einfluß auf die Entwicklung der Friedensbewegung zu nehmen. Die Demonstrationen im Juni 81 in Hamburg und im September des gleichen Jahres in West-Berlin zeigten denn auch in der Art der offenen Vorbereitung, des Spektrums des Trägerkreises und in der inhaltlichen Ausgestaltung der Kundgebung neue Qualitäten. Gleichzeitig kamen direkte Aktionen an Militärstützpunkten in die Diskussion.

Die Demonstration am 10.10.81 und ein Großteil der Ostermärsche waren - sicherlich auch als Reflex - wieder relativ abgeschottet und autoritär organisiert.
Für den 10.6. war wieder das gleiche in Planung: mittels Kungeleien versuchte ein Spektrum aus dem Trägerkreis des 10.10.81 (im wesentlichen KOFAZ, AGDF und Sühnezeichen, BBU) einen Aufruf ebenso wie die wichtigsten organisatorischen Fragen im Durchmarsch zu klären. Es ist im wesentlichen der ESG und anwesenden BAF-Mitgliedern zu verdanken, (die im übrigen ja schon in der Vor- und Nachbereitung des 10.10. lauthals ihren Unmut geäußert hatten), daß zu den weiteren Vorbesprechungen breiter eingeladen wird und in Konsequenz daraus dann auch folgende Beschlüsse verbindlich gefaßt wurden:

1. Die Demonstration findet am 10.6. in Bonn statt, also zeitlich und örtlich mit dem Nato-Gipfel übereinstimmend.

2. Endgültig werden Aufruf, Trägerkreis und wichtige organisatorische Entscheidungen erst auf einem bundesweiten Treffen am 4.4. beraten und beschlossen.

3. Parallel zur CDU-Demonstration am 5.6. finden auf regionaler Ebene Gegendemonstrationen statt. Speziell die West-Berliner, die gesondert von Reagan besucht werden, werden aufgefordert, einen eigenen, 'Empfang' zu organisieren.

4. Auch gerade nach der Ausladung des Redners der Befreiungsbewegungen am 10.10. muß am 10.6. dieser Aspekt ganz besonders deutlich in Aufruf und Kundgebung hervortreten.

Schon an diesen 4 Punkten ist absehbar, daß eine Einschätzung des 10.6. wie die euere, es wäre letztlich doch nur eine Neuauflage des 10.10., falsch ist.

Um den 10.6. politisch zu beurteilen, ist aber auch folgende Differenzierung sehr wichtig: Allen an den Vorgesprächen Beteiligten war klar, daß zu dieser Demonstration massenhaft Leute kommen werden, eben weil der Nato-Gipfel in Bonn als spezieller Bonbon der BRD-Regierung an die US-Politik und als Provokation gegen die Friedensbewegung empfunden wird. Das DKP und SPD Spektrum hat nun nichts unversucht gelassen, um der Aktion gerade diese Spitze zu nehmen:
das zeigte sich schon bei der Diskussion um den Termin und den Ort, aber auch bei den Formulierungen des Aufrufs, wo alle die, die diese Stimmung innerhalb der Bewegung aufgriffen und zu qualifizieren versuchten, gekippt wurden und statt dessen dann allgemeine Abrüstungs- und Friedensbeschwörungen hineinkamen.

Was die Formulierung des Aufrufs anbetrifft, ist das nun einmal so gelaufen, nicht zuletzt übrigens deshalb, weil unser Spektrum bei dem Treffen am 4.4. sehr sehr schwach vertreten war. Aber das eine werden auch alle Bemühungen des DKP-SPD Spektrums nicht erreichen: daß diese Demo nicht doch als eine Art Anti-Nato-Demonstration aufgenommen wird - das zeigt schon lange die öffentliche Resonanz, und da werden auch alle entgegengesetzten Beteuerungen, wie beispielsweise die der Grünen nicht fruchten - eine Erklärung übrigens, die ihr in euerem Beitrag fälschlicherweise der Demo insgesamt zurechnet.

UNSERE politische Aufgabe muß es angesichts dessen vor allem sein, diesen Charakter der Demo am 10.6. und aller zukünftigen Aktionen so stark wie irgendmöglich zu progagieren: Friedenspolitik kann per se nur Anti-Nato-Politik sein! .....
Wie sehr es notwendig ist und sein wird, innerhalb der Friedensbewegung deutlich zu machen, daß Friedenspolitik nur Anti-Nato-Politik sein kann, zeigt das Aufkommen starker sozialdemokratischer Tendenzen:

- Die Ankündigung des sogenannten Kopenhagener Kreises (Sühnezeichen, AGDF, IKV u.a.m.), ganz bewußt das Bündnis mit der Spitze der So-

zialdemokratie zu suchen, weil nur mit ihr die 'Nach'rüstung verhindert werden könne;

- die gleichzeitige Erklärung dieses Kreises, daß Anti-Natopolitik nicht Grundlage der Friedensbewegung sein dürfe, weil damit die weltpolitische Situation destabilisiert werde;

- die aus diesen beiden Punkten resultierende Ablehnung dieser Kreise der 10.6. Aktion;

- die gleichzeitige Offensive sozialdemokratischer Politiker für sogenannte 'neue' Null-Lösungen, die sicher bei Teilen der Bewegung verfangen wird.

– das alles macht doch deutlich, wie wichtig ein möglichst weitgehend organisiertes Eingreifen der Linken in die politische Diskussion und den Formierungsprozess der Friedensbewegung ist.

Erschwerend kommt dann natürlich hinzu, daß erstens Teile der Bewegung - da vor allem das DKP Spektrum - die ideologisch eine Anti-Nato-Ausrichtung mittragen würden, diese aus bündnispolitischen Zielsetzungen (in Richtung SPD) zur Zeit nicht offen unterstützt, eher sogar abblockt und zweitens andere organisierte Teile, wie vor allem Teile der Grünen, die Hauptkriegsgefahr in dem bloßen Bestehen zweier Militärblöcke und nicht so sehr in der Zielsetzung der Nato sehen.

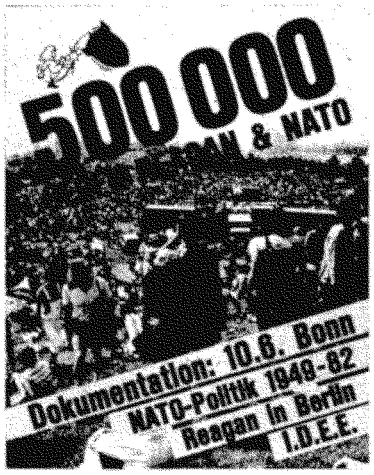
Vor diesem Hintergrund lassen sich natürlich Mängel am Aufruf, an der Durchführung des 10.6. finden. Diese Aktion jedoch als Ganzes als Neuauflage des 10.10. zu beurteilen, halte ich für eine fast gefährliche Fehleinschätzung.
Als konkretes Faktum dazu noch folgendes, was übrigens pikanterweise gerade von euch selten angeführt wird:
als es am 4.4. in einer der ersten Abstimmmungen darum ging, welcher der beiden Aufrufe (BAF oder BBU/DFG & Co) zur Grundlage genommen werden sollte, da stimmten gut 30% für den Göttinger Aufruf. Dazu muß man nun noch die Stimmen hinzuzählen, die dem Göttinger Entwurf als Diskussionsgrundlage keine Chance einräumten, ihn ansonsten aber gut fanden. Und man muß bedenken, daß das BAF-Spektrum schlecht repräsentiert war (max. 30 Leute von 900), dagegen die DKP sehr gut mobilisiert hatte. Also an diesem Punkt ist eine falsche Bescheidenheit völlig unangebracht. Und auch die Tatsache, daß an all den Punkten im weiteren Verlauf der Vorbereitung, wo von uns aus inhaltlich argumentiert wurde (beispielsweise an dem Einleitungsbeitrag), konnte da von anderen wenig bis gar nichts entgegengesetzt werden.
Mit all diesem bisher Gebrachten habe ich noch nichts über die konkret von euch geäußerte Kritik am Aufruf und an der Organisation der Demo gesagt. Es sind auch meiner Ansicht nach etliche Schnitzer passiert, die aber zum Teil auch auf unsere gemeinsame Schwäche, organisiert vorzugehen, zurückzuführen sind. Ich denke, daß wir - was die punktuelle Kritik angeht - gar nicht weit auseinander liegen, auch wenn ich den Aufruf insgesamt nicht als 'Katastrophe' werte.
Auseinander liegen wir jedoch in der Beurteilung der Tendenz, in die ihr den Aufruf hinneinstellt: "Wir halten das für einen schweren Rückschlag im Kampf gegen den Krieg". Das ist meines Erachtens falsch: Wo war die Friedensbewegung **als gemeinsames Bündnis** denn schon mal weiter als jetzt? Wo hat sie sich - als breites Bündnis wohlgemerkt - schon einmal zumindest annähernd direkt einer Provokation gestellt?

Sicherlich ist das Erreichte gemessen an dem Notwenigen (Zerschlagung der Nato) viel zu wenig (und ich möchte hier auch deutlich sagen, daß es mir nicht darum geht, im Namen des Erreichten alle weitergehenden Forderungen abzubügeln). Aber die Richtung stimmt, und unsere - d.h. die linke - Position hat noch selten zuvor soviele Sympathien und Mitstreiter gehabt, wie zur Zeit. Und wir hätten sogar noch erheblich mehr für den 10.6. erreichen können - da müssen wir aus unseren Fehlern lernen.
Spätestens mit dem 11.6. - für mich persönlich aber schon erheblich früher - ist denn auch angesagt, deutlicher als bislang unsere Diskussion in die Bewegung hineinzutragen und dafür zu werben. Das aber wird uns nur gelingen, wenn wir die vergangene Entwicklung richtig sehen lernen und uns nicht mit falschen Einschätzungen selbst außen vor stellen. In diesem Sinne steht die BAF-Erklärung zur Demo ja auch in einem erfrischenden Gegensatz zu euerem Artikel!

(Von der Redaktion leicht gekürzt)

Theo/Hamburg

Bonn 10.6.



Bilder, Reportagen, Reden, Kontroversen und Dokumente vom "Gipfel-Treffen" der 400 000 in Bonn

Außerdem: I.D.E.E. Hannover, Reagan in Westberlin und andere Friedensaktionen
Artikel zu Geschichte und Politik der NATO und zur Strategie einer Friedensbewegung "von unten".

Herausgeber: die Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) sowie des Bundeskongresses Autonomer Friedensgruppen (BAF) im Koordinationsausschuß der Demo.

Umfang: 120 Seiten A4. Preis: 9,80 DM. Bestellungen an den **Verlag Die Werkstatt,** Düstere Eichenweg 5, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42014:
Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse (10 DM incl. Porto).
Bei Abnahme von mind. 5 Exemplaren gibt's 35% Rabatt, für je 10 bestellte Bücher zusätzlich ein Freiexemplar.

Arbeitskreis Umwelt Baumberge
Hagenstr. 13, Tel. 02507/2616
4405 Nottuln
Archiv Adebar
Mathildenstr. 89
28 Bremen 1, Tel. 0421/702866
10 cm Durchmesser ab 10 Exemplaren 0,50DM

Materialien der BAF

1. "Texte zur Friedensarbeit", Hrsg.:Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage AGBF, Hamburger Friedenskoordination, Osnabrücker Friedensinitiative und Antimilitaristische Gruppe Bonn. Din A 4 Broschüre, 36 Seiten, Preis: 3.50 DM. Zu bestellen bei Friedenswerkstatt Stöckheim, Alter Weg 17, 33 Braunschweig (Tel.0531/612198)

2. "Die Geschichte der Nato", achtseitiges Infoblatt über Nato-Politik und Nato-Strategien 1949-82, Preis 20 Pfennig/Stück + Porto. Zu bestellen bei Göttinger Arbeitskreis - Antikriegsgruppe - Postfach 45 Marienstr.10
34 GÖTTINGEN (Tel.0551/7700158)

3. Plakat "Wir wollen sterben, damit Amerika lebt", Din A 2, dreifarbiger Kunstdruck. Preis 2.- DM, ab 10 Stück 1.-DM. Zu bestellen bei Göttinger AK gegen Atomenergie (Adresse s.o.)

4. Material-Liste Anti-Kriegsarbeit, Aufkleber, Bücher, Broschüren, Plakate usw. Zusammengestellt vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Bitte frankierten Briefumschlag schicken an Göttinger AK.

A. Frangi

Leiter des PLO-Büros in Bonn

Rede am 10.6. auf dem Forum 3.Welt

Liebe Freunde!

Seit fünf Tagen marschieren die Israelis in den Libanon. Seit fünf Tagen fliegen die Phantoms, die von den USA an Israel geschenkt wurden, und bringen die Kinder um. Seit fünf Tagen marschieren die Israelis mit amerikanischen Waffen, und Reagan hat vorgestern die Israelis gesegnet und behauptet, sie wollten dort bleiben, bis sie den Terror geschlagen haben. Ausgerechnet der amerikanische Präsident, ausgerechnet die amerikanischen Politiker, die überall gemordet haben, in Asien, in Lateinamerika, in Afrika, ausgerechnet diejenigen, die soviel Waffen überall exportiert und verschenkt haben, ausgerechnet diejenigen, die Diktatoren und Faschisten gezüchtet haben, um ihre eigenen Völker zu ermorden, diese reden vom Terrorismus. Ist das so, weil sie so viele Millionen Menschen umbringen können, ohne sich direkt daran zu beteiligen? Sie drücken nur auf Knöpfe, sie sehen ihre Opfer nicht. Aber wir in der Dritten Welt, in Afrika, in Asien, in Lateinamerika, wir haben beschlossen, um zu überleben, Widerstand zu leisten. Und wir wollen überleben!

Liebe Freunde, 85 000 Israelis versuchen die Palästinenser zu vernichten nach den Worten von Sharon und Begin. 85 000 Soldaten versuchen, den Widerstand des palästisensischen Volkes zu vernichten. Und sie betätigen all das, was sie von den Amerikanern besitzen: Phantoms, Flugzeuge, Raketen, ganz moderne Bomben, die gesteuert werden können. Und wir haben in fünf Tagen mehr als 5 000 Tote. Und wir haben in fünf Tagen mehr als 25 000 Zivilisten, die obdachlos geworden sind, und über 8 000 Verletzte. Und doch, wir geben nicht auf! Wir werden weiter Widerstand leisten!

Wir wollen Frieden haben. Aber wir wollen nicht einen amerikanischen Frieden haben. Wir wollen Frieden haben, aber keinen Frieden nach den imperialistischen Vorstellungen. Wir wollen Frieden haben, wo unsere Kinder in Freiheit auftmen können. Wir wollen Frieden haben, aber nicht im Schatten der Phantoms und Raketen. Wir wollen Frieden haben, damit wir Bauern und Arbeiter in Lateinamerika, in Palästina, in Asien, in Afrika einmal, ein einziges Mal eine Mahlzeit bekommen, ein Brot bekommen. Der Friede nach amerikanischen Vorstellungen bedeutet nur Ausbeutung, Morden, Umbringen und Kriege.

Heute ist ein großer Tag, daß die Deutschen hier sich beteiligen an der Demonstration, daß sie ablehnen, daß noch einmal Krieg stattfindet, daß sie dagegen sich wehren, daß nochmal auf ihrem Boden Krieg betrieben wird. Heute ist ein großer Tag, weil wir spüren, daß wir in der Dritten Welt nicht alleine sind.

Liebe Freunde, wir haben als Palästinenser von 1948 bis 1967 gewartet, daß die UNO-Beschlüsse uns den Frieden bringen. Vergebens haben wir gewartet. Man hat uns ausgelacht. Wir haben die Kommuniqués der westlichen Länder gesehen, wo sie immer milde Worte gefunden haben, nachdem die Israelis viele Menschen umgebracht haben. Damit man uns nicht mißversteht: Wir verurteilen im Namen der Palästinenser, im Namen aller Freiheitskämpfer, verurteilen wir die Judenmorde überall in der Welt. Wir verurteilen die Verfolgung der Juden überall. Aber wir sind nicht bereit, von den Zionisten zu akzeptieren, daß sie das gleiche tun, was die Nazis mit den Juden getan haben.

Liebe Freunde, die "Welt", Springer und all seine Zeitungen, sie schreiben von einer "Strafexpedition" der israelischen Armee, der "unbesiegbaren Israelis". Sie schreiben von den "palästienensichen Terroristen". Aber die ganze Welt weiß ganz genau, daß diese Organe Instrumente gewesen sind für diejenigen, die früher Menschen umgebracht haben, und für diejenigen,die vorhaben, heute viele Menschen umzubringen. Diese Zeitungen, die immer bestimmte und gute Worte finden, wenn man tausende von Menschen umbringt, dann haben sie immer entschuldigende Worte gefunden. Diese Menschen stellen eine Gefahr nicht nur für die Dritte Welt dar, sondern für eure Kinder hier in Deutschland auch. Deswegen laßt uns alle und überall, wo wir uns begegnen und treffen, laßt uns alle zusammenarbeiten, damit wir die Waffen ins Meer schmeißen, überall und von wem sie sind. Laßt uns aufstehen und Widerstand leisten gegen all diejenigen, die Kriege führen wollen. Laßt uns gemeinsam vorwärts marschieren, um Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit nach den Vorstellungen der Völker zu verwirklichen, nach den Vorstellungen der Menschen, die einfach Angst um die Zukunft ihrer Kinder haben. Laßt uns gemeinsam diesen Frieden gestalten. Wir sind überzeugt, daß die Phantoms niemals Frieden herbeischaffen können. Wir sind überzeugt, daß wir niemals aufgeben. Wir sind überzeugt, daß wir alle gemeinsam siegen!

Revolution bis zum Sieg!
Für einen dauerhaften, gerechten Frieden!
Solidarität mit den Pälenstinensern!

WAS EIN KÖNIGLICH BRITISCHER SOLDAT KOSTET

Die Briten haben eine Berufsarmee. Das ist eine vertrackte Falle für Arbeitslose in Glasgow oder Liverpool: man verpflichtet sich auf ewig und drei Tage, bekommt ein paar Pfund auf die Hand und kommt nie wieder weg, weil man dann eine irrsinnig hohe Konventionalstrafe zahlen müßte. Woher soll ein einfacher Soldat, ansonsten Arbeitsloser, 45 000 DM nehmen, um seinem Soldatennaufen den Rücken zu kehren? Dieses Zwangsverhältnis fördert eine fatale Treue zur Armee.
Die aber gerät in jüngster Zeit ins Wanken. Es gibt definitiv britische Soldiers, die ihrer Royal Army den Rücken kehren wollen: Schnauze voll von Nordirland & die Falklands vor Augen. Wir wollen denen helfen, aber wie? Einige haben Kinder & Familie und möchten gern legal die Armee verlassen, können der Kinder wegen kaum illegal desertieren. Also muß das Geld her für die dann fällige Konventionalstrafe. Andere sind ledig und benötigen nur einen Zuschuß für die Fahrkarte Richtung anderswohin.
Wir sollten uns das finanziell leisten können: einen Soldaten, der keiner mehr sein will. Geld wurde gesammelt für Waffen in El Salvador. Gut so. Wir sammeln hier einmal für die Entwaffnung. Die Chancen sind günstig, weil die Moral der britischen Rhine Army miserabel ist. Listige nutzen mit uns die Gunst der Stunde. Klar, daß wir nicht alle Soldaten der Briten auf diese Weise wegschaffen können: aber jeder, der demonstrativ geht, ist ein harter moralischer Schlag und eine öffentliche Niederlage für Maggi Thatcher. Sinnvoller ist Geld kaum je angelegt worden.

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK) D 637 OBERURSEL 5 – Postfach 35 –
POSTSCHECKKONTO: WISK 406 293–609 FFM

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Beide Fotos: Peter Hebler

1.Juni
- Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier in Frankfurt
- Sprengstoffanschlag auf den AFN Berlin
- Sprengstoffanschlag ITT Hannover
- Sprengstoffanschlag auf IBM Düsseldorf
- Sprengstoffanschlag auf "Control Data" Düsseldorf
- Sprengstoffanschlag US Offiziersclub Bamberg
- Sprengstoffanschlag US Offiziersclub Gelnhausen

4.Juni:
- Brandanschlag "Burns Ketronic Flugtechnik" Hamburg

5.Juni:
- Sprengstoffanschlag Deutsch-amerikanisches Institut Tübingen

9.Juni:
- Sprengstoffanschlag Mc Donell Douglas (Rüstungskonzern) Köln

(Nach einem Flugblatt der "Revolutionären Zellen")

Foto: Argus

Bekanntmachung

In der Nacht vom 7. auf den 8.Juni haben wir einen ständig zwischen Bremerhaven und Berlin verkehrenden amerikanischen Militärzug an mehreren Orten mit Farbbeuteln gekennzeichnet und gut getroffen. Auch wir wollen nicht warten, 'bis der Reagan kommt', sondern sind der Meinung, daß dem Nato-Gipfel eine Welle von Protest und Widerstand entgegenschlagen muß. ...
Der Zug ist dafür nur ein Beispiel: Es handelt sich um einen US-Transportzug, der die Küste mit Berlin verbindet und umgekehrt.
Er schafft Menschen, Waffen, Lebensmittel usw. in die heimliche Hauptstadt von Carstens & Co.
Der Zug kommt (meistens) aus Richtung Wunsdorf um 23.37 Uhr auf Gleis 12 im Hauptbahnhof an und verläßt ihn um 0.02 Uhr in Richtung Lehrte. Ein zweiter Zug nach Berlin fährt ebenso täglich zwischen 03.00 und 04.00 Uhr durch Hannover (genaueres steht in der Ankunfts- und Abfahrtstabelle im HBF).
Wir haben viel Zeit und eine lange Bahnstrecke, die sie nicht lückenlos kontrollieren können! Und es sind die vielfältigsten Aktionen denkbar, Sprühaktionen, Öffentlichkeitsarbeit oder, oder, oder ... Setzt euch zusammen, brütet was aus, vielleicht kommen viele bunte Eier bei raus!

AMI GO HOME !
Viele Grüße an die Menschen, die sich VDO, ITT, den Siemensbulli und den Bundeswehrwagen vorgeknöpft haben.

Hamburg: Beginn des „Friedensdemos"-Karussell

Eine ganz normale friedliche Demo von rund 3-4.000 Menschen zog am Samstag durch die Hamburger Innenstadt. Drei Stunden lang kamen die erotischen Vorzüge der Hamburger Linken voll zur Geltung, war der bleibende Eindruck des taz-Redakteurs. Aufgerufen hatte die „Hamburger Friedenskoordination".

Straßenagitation in Göttingen

GIPFELTANZ 5.-12.6. BONN

„NATO zerschlagen" auf städtischen Bussen

In Stuttgart fuhren am Donnerstag Busse der stadteigenen Straßenbahnen-AG mit Parolen wie „NATO zerschlagen" und „Folter und Mord - Natopolitik" ihre Touren. In einem Depot war es unbekannten Tätern gelungen, in der Nacht 30 Busse zu besprühen, die die Gesellschaft nicht alle stehen lassen konnte. Ein Sprecher der Straßenbahn teilte mit, daß „zum Glück" Unterbodenschutz verwendet worden sei, der sich leicht entfernen ließ.
Am Freitag um 22.30 Uhr sendete erstmals Radio Venceremos Stuttgart auf 104 MHz. Der Empfang war im Tal schlecht, in den Halbhöhenlagen konnten sich die durch ausgelegte Zettel von der Sendung Informierten (wahrscheinlich ziemlich wenige) einen Text anhören, der dazu aufrief, die Front gegen den Imperialismus auf allen Ebenen aufzubauen und am 11.6. nach Berlin zu fahren.

Demonstranten vor US-Kaserne in Stuttgart
Kelley Barracks blockiert

Stuttgart (taz). Ca. 60 Personen versuchten am vergangenen Donnerstag die Zufahrt zu den Kelley Barracks, einem der fünf Standorte bzw. Kasernen der US-Armee in Stuttgart, zu blockieren. Bis zum unerwartet brutalen Einsatz der Polizei, u.a. der Reiterstaffel, gab es keine Auseinandersetzungen. Die MP bewachte den Haupteingang der Kaserne, die Demonstranten hatten sich um Transparente wie „Not you are our enemies, but the kind of thinking which stands behind weapons" gruppiert, Fahrzeuge, die in die Kaserne gelangen wollten, benutzten den Hintereingang, als der Einsatzleiter der Polizei, unter dem Vorwurf der „Nötigung", durch ca. 30 Polizeibeamte und den Einsatz der Reiterstaffel, räumen ließ.
Neun Personen wurden wahllos herausgegriffen und vorläufig festgenommen, sie sollen die eingesetzten Polizisten „Natobullen" genannt haben. Anträge amerikanischer Stellen zur Räumung der Blockade lagen der Polizei nicht vor, sie fühlten sich durch die Blockade scheinbar zu nichts genötigt.

Infoblätter FRIEDEN

ATOMWAFFEN IN DER BRD
Plakat mit einer Karte aller Atomwaffenstandorte in der BRD.
50 Plakate 5,– DM + Porto

NACHRÜSTUNG & RÜSTUNGSWETTLAUF
Argumente gegen den NATO-Doppelbeschluß; Aktionsmöglichkeiten.
50 Infoblätter 6,– DM + Porto

NEUTRONENBOMBE
Argumente gegen die „Perversion des Denkens"; Funktion & Wirkung.
50 Infoblätter 5,– DM + Porto

WEGE ZUM FRIEDEN
Horst Afheldt + Bernt Engelmann: Sicherheitspolitische Alternativen.
50 Infolätter 5,– DM + Porto

HANNS DIETER HÜSCH: GLEICHGEWICHT
Satire über das Gleichgewicht des Schreckens.
100 Flugblätter 3,– DM + Porto

DANIEL SILLESCU,
CARL-ORFF-STR. 53
6500 MAINZ 33

STARTBAHN-WEST

FOTOS & INTERVIEWS

dokumentiert mit 270 Fotos 2 J. Platzbesetzung, das Hüttendorf, die Räumungsaktionen 1981/82, die erneuten Platzbesetzungsversuche, die Volksbegehren-Demo der 150.000, die Flughafenblockaden bis zu den Aktionen gegen die Flughafen-„Schandmauer" im Frühling 1982. Acht Interviews beschreiben Erfahrungen, Lernprozesse und Radikalisierung aktiver Bürger. – 108 Seiten

Vierfarb-Umschlag, 15 DM – in linken Buchläden, oder direkt bei: B. Kretschmann, Jungstr. 11, 6 FFM 90, Tel.: 0611/77 13 84

„Man kann also durchaus Kernkraftwerke eher als militärische Groß-Produktionsreaktoren bezeichnen, bei denen Elektrizität als Nebenprodukt anfällt, denn als harmlose Anlagen zur Elektrizitätserzeugung, bei denen nebenbei unerwünschtes Plutonium entsteht, (und zwar handelt es sich dabei ... um eine potentiell besonders günstige Art der Produktion von Bombenmaterial im großen Stil)" (Amory B. Lovins).
Unser Schwerpunktteil **„Atomwaffen aus Atommüll"** belegt anhand von bisher z.T. unveröffentlichten US-Materialien (u.a. über die Laserisotopentrennung), daß jedes Atommüllager eine potentielle Rohstoffbasis für Atombomben ist — der Kampf gegen den Krieg läßt sich nicht trennen vom Widerstand gegen Atomanlagen!

Weitere Schwerpunktthemen unserer 19. Ausgabe:

— Berichte vom wachsenden Widerstand gegen eine WAA in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen
— Vorbereitungen auf die Gorleben-Großaktion im September
— Atommüllkorrespondenzen aus Ahaus, Hanau Salzgitter und Obrigheim u.v.m.

Herausgegeben vom Lüneburger AK gegen Atomanlagen (LAGA), Einzelpreis: 3.— DM, ab 10 Ex. à 2,20 (& Porto) Bestellungen an: G. Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg
Probeexemplar anfordern!

Wer sind wir – was machen wir?

Im Laufe der Auseinandersetzung um das geplante Entsorgungszentrum Gorleben entstand 1977 die Zeitung «Gorleben aktuell», die über die Vorgänge im Landkreis und über die Hintergründe der Entsorgungspläne informierte.
Durch die zunehmende Dezentralisierung der Entsorgungspolitik spielen jetzt neben Gorleben auch andere Standorte eine wichtige Rolle. Das Konzept der Zeitung hat sich deshalb dahingehend verändert, daß Gorleben nur noch ein Schwerpunkt neben anderen bildet. So wurde aus der «Gorleben aktuell» die «Atommüllzeitung».
Wir berichten auch weiterhin über Gorleben, gerade weil hier in diesem Landkreis exemplarisch einige Eigentümlichkeiten des Atomstaates vorgeführt werden. In jeder Ausgabe beschäftigen wir uns außerdem mit einem Schwerpunktthema zur Entsorgungsproblematik (bisher: Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung, AKW-Abriß, Atommüll und Atomwaffen). Bei dem wissenschaftlich-technischen Teil dieses Schwerpunktthemas arbeiten wir mit der Gruppe Ökologie, Hannover, zusammen.
Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Berichte über die WAA-Standorte Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Durch das Schreiben einiger Artikel wirken die direkt betroffenen BIs an der Erstellung dieses Teils mit.
Mithilfe der direkt Betroffenen ist es möglich, hautnah und kontinuierlich über den Widerstand und über die Hintergründe der Entsorgungspolitik zu berichten. Wir freuen uns deshalb über alle BIs, die sich mit Berichten, Fotos usw. an der Zeitung beteiligen wollen. Die Zeitung ist als **Ergänzung** und nicht als Konkurrenz zu anderen Zeitungen gedacht.
Unter nebenstehender Adresse kann die «Atommüllzeitung» abonniert werden. Ein Probeexemplar kann kostenlos angefordert werden. Um die Zeitung längerfristig finanzieren zu können, sind wir auf neue Abonnenten angewiesen.
Und wenn ihr jetzt schön neugierig geworden seid, dann abonniert mal fix!!

NORDKURIER
Gliesmaroder Str.48
3300 Braunschweig
Tel.0531-330965

Wir suchen dringend:
Atomexpress Nr. 1, 2, 3, 10, 12
Aktionskreis Leben Nr. 2-7, 10, Extra I
Anti-AKW-Telegramm Nr. 1-17
IKA-Kritik Nr. 1-22
Gorleben aktuell Nr. 1
Atommüll Ausg. 1
Was wir wollen 1.-3. Jahrgang
Prozessinfo Brokdorf Nr. 2-5
Alles übrige Anti AKW Material insbs. Katastrophenschutzpläne. Angebote an: H.Dankers, Hauptstr. 6, 2211 Hohenaspe

HILFE!!!

KLOPP, KLOPP, KLOPP STARTBAHN WEST

Die Bunte Hilfe bittet alle Leute, die im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen an der Startbahn festgenommen wurden und Anhörungsbögen der Polizei, Vorladungen als Betroffene bzw. Zeugen, Anklageschriften, Strafbefehle, Prozeßtermine oder Einstellungsbenachrichtigungen erhalten haben, sich im Büro der Bunten Hilfe zu melden.

Telefon 28 39 48

Bürozeiten: täglich von 16.00 bis 20.00 Uhr

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt/M.

DRINGEND WICHTIG

CATTENOM

Der Kampf ist schwer ...

Zur Lage: Cattenom liegt nur wenige km von der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze entfernt. Um den Standort liegen Städte wie Metz, Thionville (F), Luxemburg und Esch/Alzette (L) ...
In einem Umkreis von 25 km um das AKW wohnen 450.000 Menschen, davon ⅔ der luxemburger Bevölkerung. Erweitert man diesen Umkreis auf 35 km, so werden es weit über eine Million.

Die Atomlobby (EDF und französischer Staat) schert sich nicht um die Meinungen und Befürchtungen der regionalen Bevölkerung. Eine offizielle Umfrage, die im Sommer 1977 in Lothringen durchgeführt wurde, ergab klare Resultate: von 134 befragten Gemeinden haben sich 11 enthalten, 42 Gemeinden mit 61.000 Einwohnern sprachen sich für den Bau aus, 81 Gerneinden mit insgesamt 346.000 Einwohnern waren dagegen. Nicht befragt wurden dabei die angrenzenden Gemeinden in der BRD und in Luxemburg, die sich fast alle gegen ein AKW in Cattenom ausgesprochen hatten.
Der organisierte Widerstand wurde zuerst von einer lokalen Vereinigung,der „Association pour la Sauvegarde de la Moselle"(ASVM) getragen. Sie organisierte erste Kundgebungen in Cattenom.
1976 kam es dann zur ersten größeren Demonstration in Thionville, organisiert ebenfalls von der ASVM. Der Beschluß des ASVM-Vorstandes, nach der Demo in Richtung Baugelände aufzubrechen, wird im letzten Augenblick zurückgezogen. Dies führt zur Abspaltung einiger ASVM-Lokalgruppen und neue „Comites Anti-Nucleaires" (CAN) entstehen überall in Lothringen.
Im Frühjahr 1977 protestieren, einem gemeinsamen Aufruf der ASVM, der CANs, PS, PCF, CGT, CFDT u.a. folgend, 5.000 AKW-Gegner aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland in Thionville.
Im Herbst 1977 entsteht nach einem gemeinsamen Meeting in Luxemburg die internationale Koordination des Saar-Lor-Lux-Gebietes. Sie umfaßt alle CAN's aus Lothringen, die ASYM, die BIM-Regionalgruppe aus Luxemburg und die Bürgerinitiativen aus Saarbrükken und Trier. Ihre erste gemeinsame Aktion ist eine Demo in Cattenom am 4. Juni 1978. Schon zu dieser Demo mobilisierte die kommunistische Partei Frankreichs (PCF) nicht mehr als Folge der Spaltung der „Union de la Gauche". Ab jetzt findet die Anti-Atom-Bewegung in Lothringen keine Unterstützung mehr bei den Massenorganisationen PCF und CGT. Nur noch lokale Sektionen der PS und der CFDT unterstützen die Atomgegner weiterhin.
Im Rahmen der internationalen Pfingstage 1979 organisierte die interregionale Koordination für den 4. Juni eine große Demo in Thionville. Doch die Grenzen nach Lothringen waren zu. Auf einer Länge von mehr als 100 km waren alle Grenzposten abgeriegelt und die Stadt Thionville von Polizei umstellt. So konnten aus Lothringen nur etwa 1500 AKW-Gegner nach Thionville gelangen. Die Luxemburger und die Deutschen blockierten ihrerseits für mehrere Stunden die Grenzübergänge nach Frankreich und 3.000 demonstrierten am Nachmittag vor dem französischen Konsulat in Luxemburg. Als Antwort auf das Vorgehen der französischen Autoritäten organisierte die interregionale Koordination einen Monat später einen Grenzmarsch an der Dreiländerecke Apach-Perl-Schengen.
Doch in Cattenom wurde – trotz des Widerstandes und eklatanter Ungereimtheiten im Genehmigungsverfahren – weitergebaut. So hatte sich z.B. die französische Reaktorsicherheitsbehörde gegen den Standort Cattenom ausgesprochenund eine definitive Baugenehmigung lag noch immer nicht vor. Im Saarland und in Luxemburg löste das verstärkte Proteste aus. In Lothringen wurde der Widerstand jedoch langsam schwächerwegen der Spaltung und der zweideutigen Haltung der Linken, aber auch wegen sozialer Probleme besonders in der Stahlindustrie.
Im Saarland entstand eine regionale saarländische Koordination von über 20 Bürgerinitiativen gegen Cattenom, in Luxemburg das „Nationale Aktionskomitee gegen Cattenom" (CNAC), dem über 50 Organisationen angehörten (Parteien, Verbände, Gewerkschaften ...).

Pfingsten 1980 fanden kleinere Aktionen statt, besonders an den Grenzen, die wiederum von der französischen Polizei gesperrt waren. Hoffnungen konnten viele danach nur noch in die Wahlversprechen Mitterands setzen, der vor den Wahlen in Frankreich von einem totalen Baustopp in Cattenom sprach.

Im Wahlkampf wurde in Thionville ein Rund-um-Gespräch organisiert, wo die Sozialistische Partei nochmals ihren Widerstand auch gegen die Blöcke 1 und 2 versprach. Als die neue französische Linksregierung aber dann

für die Blöcke 1 und 2, später für Block 3 und vor kurzem auch für den Block 4 grünes Licht gab, zog sich auch die regionale PS aus dem Anti-Atom-Kamof zurück; von den größeren Arbeiterorganisationen verblieb nur noch die Gewerkschaft CFDT.
Der Stand heute: In Cattenom ist ein Kühlturm fertiggestellt, der 2. ist im Bau. Die Betonarbeiten der beiden ersten Reaktorgebäude sind fast abgeschlossen. Die Bewegung in Lothringen ist abgeflaut, wenn auch die ASVM und das CAN Sierck noch aktiv sind. In Luxemburg und im Saarland gibt es noch regelmäßig arbeitende Anti-AKW-Gruppen. Diese Initiativen werden versuchen, das AKW Cattenom weiter auf verschiedenen Ebenen zu hekämpfen.

Foto: DAN-Foto

... doch er geht weiter

... und weiter ... und weiter ... und weiter ... und weiter ... und weiter ...

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016